

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl Wilhelm Fricke

„Schild und Schwert der Partei“

Das Ministerium für Staatssicherheit – Herrschaftsinstrument der SED

Ehrhart Neubert

Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen

Wolfgang Buschfort

Das Ostbüro der SPD 1946–1981

Astrid von Borcke

Vom KGB zum MBRF:

Das Ende des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit  
und der neue russische Sicherheitsdienst

B 21/92

15. Mai 1992

Karl Wilhelm Fricke, Journalist, geb. 1929; Leiter der Abteilung Dokumentation/Ost-West beim Deutschlandfunk in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1990<sup>2</sup>; Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989<sup>3</sup>; Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991.

Ehrhart Neubert, geb. 1940; Studienreferent in der Studien- und Begegnungsstätte der EKD in Berlin (Ost).

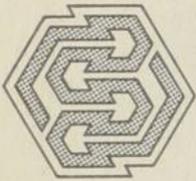
Veröffentlichungen u. a.: Zwischen Angst und Zuwendung. Sozialethische und theologische Aspekte des AIDS-Komplexes, Berlin 1989; Eine protestantische Revolution, Berlin 1990; Aufsätze zu sozialethischen und politischen Fragen des DDR-Protestantismus.

Wolfgang Buschfort, Dr. rer. soc., geb. 1961; Studium an der Ruhr-Universität Bochum; Journalist; seit 1989 Pressesprecher der Bundesknappschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

Astrid von Borcke, Dr. rer. pol., geb. 1940; Studium der politischen Wissenschaft am Radcliffe College (Harvard University), in Hamburg und am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf; seit 1972 wissenschaftliche Referentin am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: KGB. Die Macht im Untergrund, Neuhausen–Stuttgart 1987; Unsichtbare Weltmacht KGB. Steht sie hinter Gorbatschows Perestrojka?, Neuhausen–Stuttgart 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## „Schild und Schwert der Partei“

### Das Ministerium für Staatssicherheit – Herrschaftsinstrument der SED

---

#### I. Einleitung

---

Jedermann wußte um seine Existenz, viele haben das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gefürchtet, aber seine Einordnung in die von stalinistischen Strukturen geprägte Staats- und Rechtsverfassung der DDR ließ sich an keiner gesetzlichen Bestimmung festmachen. Das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Februar 1950 (Gesetzblatt der DDR, S. 95) – gleichsam die Geburtsurkunde des MfS – enthielt dazu keine Aussage. Sie war darin ebensowenig niedergelegt wie die Abgrenzung seiner Aufgaben und Zuständigkeiten, ein Defizit, das nicht unbeabsichtigt war. Gesetzliche Schranken für die Staatssicherheit, das war mit stalinistischem Machtdenken unvereinbar.

Erst als das MfS in seinem Bestand bereits in Frage gestellt war, sprach sich Egon Krenz, der Generalsekretär der SED für 47 Tage, in seinem Grundsatzerferat auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees am 8. November 1989 für „die Erarbeitung eines Gesetzes über die staatliche Sicherheit“ aus, „das auch die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, seine Befugnisse und die Grundsätze seiner Arbeitsweise regelt“<sup>1</sup>. Die Empfehlung kam vier Jahrzehnte zu spät.

Statt gesetzlicher Regelungen wurden zu Aufgaben und Zuständigkeiten des MfS interne Richtlinien, Befehle und Dienstanweisungen erlassen, die strengster Geheimhaltung unterlagen, darunter auch ein Statut<sup>2</sup>, das vom Nationalen Verteidigungsrat bestätigt wurde. Es ist unlängst in Stasi-Akten aufgefunden worden. Immerhin wurde darin versucht, die Stellung des MfS im Herrschaftssystem der DDR formaliter zu definieren.

1 Egon Krenz, Referat auf der 10. Tagung des ZK der SED, in: Schritte zur Erneuerung, (Ost-)Berlin 1989, S. 34.

2 Vgl. Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates Nr. 5/69 vom 30. Juli 1969 („Geheime Kommandosache“), zit. nach einer Kopie des Originals. Das erste bekannt gewordene Statut stammt vom 15. Oktober 1955. Zu diesem Zeitpunkt war der Apparat der Staatssicherheit als Staatssekretariat in das Ministerium des Innern integriert, ein Zustand, der vom 23. Juli 1953 bis zum 24. November 1955 dauerte.

Paragraph 1 des Statuts charakterisierte das MfS als „ein Organ des Ministerrates“, das „die staatliche Sicherheit und den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik“ zu gewährleisten hatte. Seine Tätigkeit „als Sicherheits- und Rechtspflegeorgan“ war „auf die Aufklärung und Abwehr zur Entlarvung und Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten der aggressiven imperialistischen Kräfte und ihrer Helfer“ konzentriert.

Zu verwirklichen hatte das MfS seine Aufgaben „auf der Grundlage des Programmes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, der Erlasse und Beschlüsse des Staatsrates, der Beschlüsse und Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates und der Befehle, Direktiven und Weisungen seines Vorsitzenden, der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates sowie anderer allgemeinverbindlicher Rechtsvorschriften.“

Für das Ministerium für Staatssicherheit waren also Beschlüsse der Staatspartei verbindliche Richtschnur seiner Tätigkeit. Sie rangierten nicht zufällig vor Gesetzen und anderen staatlichen Normen.

Die Führung des MfS war dem Minister für Staatssicherheit „nach dem Prinzip der Einzelleitung“ übertragen worden, wie durch das Statut in Paragraph 8 festgelegt worden war. Er war „persönlich für die gesamte Tätigkeit des MfS verantwortlich“. Ein Kollegium, das beim MfS bestand, diente als „beratendes Organ des Ministers“ ohne Entscheidungskompetenz. Seine Mitglieder wurden entsprechend Paragraph 11 des Statuts vom Minister berufen.

In der Endzeit der DDR hatte Erich Mielke seine vier Stellvertreter in das Kollegium berufen: Generaloberst Rudi Mittig, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz und Generalleutnant Gerhard Neiber, alle drei aus dem Bereich Abwehr, und Generaloberst Werner Großmann, den Chef der Hauptverwaltung Aufklärung; hinzu kamen der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im MfS, Generalmajor Horst Felber, und eine Reihe von Hauptabteilungsleitern und Leitern von Bezirksverwaltungen des MfS. Im Gegensatz zu früheren

Jahrzehnten hatte das Kollegium in den achtziger Jahren freilich an Bedeutung und Einfluß verloren: Mielke neigte mehr und mehr zu einem autoritären Führungsstil, dem sich niemand zu widersetzen wagte.

Bestimmungen zur horizontalen und vertikalen Struktur des MfS, dessen Zentrale sich seit 1952 auf Bezirksverwaltungen, Kreisdienststellen entsprechend der territorialen Verwaltungsgliederung der DDR sowie auf Objektdienststellen stützte, enthielt das Statut nicht. In Paragraph 12 war lediglich festgelegt, daß sich das MfS „in Dienstseinheiten entsprechend der bestätigten Struktur“ gliederte. Auch hier waltete der Grundsatz strikter konspirativer Abschirmung. Einzelheiten durfte auch intern niemand erfahren.

Nur wenige Führungskader des MfS dürften detailliert darüber informiert gewesen sein, daß sich die Zentrale in 13 Hauptabteilungen und 20 selbständige Abteilungen, ferner in mehrere zentrale Arbeitsgruppen, Stäbe und Verwaltungen – darunter die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) mit annähernd fünfhundert Mitarbeitern – sowie in die Hauptverwaltung Aufklärung gliederte<sup>3</sup>.

Im Statut des MfS spiegelte sich im übrigen nur ein blasser Schein dessen wider, was das Ministerium in Wirklichkeit war: ein konstitutives Herrschaftsinstrument der SED, „Schild und Schwert der Partei“, das die Führung der SED zielbewußt zur Durchsetzung und Sicherung ihres Machtanspruchs in Staat und Gesellschaft einsetzte, und zwar unter der Ägide sowohl Walter Ulbrichts als auch Erich Honeckers. Unterschiede, die beider Regime geprägt haben, waren im wesentlichen quantitativer, nicht qualitativer Art – bezogen auf die Staatssicherheit!

Schon 1950, im ersten Jahr seiner Existenz, zählte das MfS ca. 1000 hauptamtliche Mitarbeiter<sup>4</sup>. 1957, als Mielke zum Minister für Staatssicherheit aufstieg, war deren Zahl bereits auf etwa 17 500 gestiegen<sup>5</sup>, das heißt, die Tendenz zu unverhältnismäßiger Stärkung des Kaderbestandes der Staatssicherheit hatte sich bereits in den fünfziger Jahren durchgesetzt; daß die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter nach dem Führungswechsel Ulbricht/Honecker geradezu groteske Dimensionen annahm und sich 1973 auf 52 700 steigerte<sup>6</sup>, 1989

schließlich ca. 85 500 erreicht<sup>7</sup> hatte, veranschaulicht auf drastische Weise die Illusion der Machthaber, die innere Stabilität ihrer Herrschaft durch Stärkung der Staatssicherheit zu bewirken.

---

## II. Der Führungsanspruch der SED gegenüber dem MfS

---

In ihrem ideologischen Selbstverständnis begriff die SED ihre Herrschaft als eine Form der Diktatur des Proletariats. Die DDR erschien laut Artikel 1 der Verfassung als „ein sozialistischer Staat“, als „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“. Nach dieser Prämisse war es logisch, das MfS als „ein spezielles Organ der Diktatur des Proletariats“<sup>8</sup>, als „ein zuverlässiges Machtinstrument der Diktatur des Proletariats zur Sicherung und zum Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden“<sup>9</sup> zu charakterisieren. Seitdem die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz (9. bis 12. Juli 1952) die Staatsmacht zum „Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ deklariert hatte, bestimmte hauptsächlich dazu, „den feindlichen Widerstand zu brechen und die feindlichen Agenturen unschädlich zu machen“<sup>10</sup>, hatte auch die Instrumentalisierung der Staatssicherheit zum Zweck der Herrschaft der Partei ihre ideologische – eine stalinistische – Begründung erfahren.

Als Honecker, damals für die Militär- und Sicherheitspolitik der SED verantwortlicher Sekretär des ZK, das 20jährige Bestehen des MfS 1970 bejubelte, führte er dessen Erfolge „in erster Linie“ darauf zurück, „daß sich unsere Genossen der Staatssicherheit stets von den Beschlüssen der Partei leiten lassen und sie konkret auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit anwenden“<sup>11</sup>. Umgekehrt hatte der Sturz Wilhelm Zaisers, des ersten Ministers für Staatssicherheit, unmittelbar nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 nicht zuletzt seine Ursache darin, daß er geglaubt hatte, sich über den

3 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 22 ff.

4 Vgl. Wilfriede Otto, SED und MfS – zur Rolle einer stalinistischen Grundstruktur (Manuskript), Berlin 1991, S. 5.

5 Vgl. Ministerium für Staatssicherheit. Aufbau und Arbeitsweise, hrsg. von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Berlin 1957, S. 11.

6 Vgl. David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 34.

7 Vgl. K. W. Fricke (Anm. 3), S. 21.

8 Gruß des ZK der SED zum 30. Jahrestag des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Neues Deutschland vom 8. Februar 1980.

9 Gruß des ZK der SED zum 35. Jahrestag des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Neues Deutschland vom 8. Februar 1985.

10 Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus, Entschließung der 2. Parteikonferenz der SED, in: Dokumente der SED, Bd. IV, (Ost-)Berlin 1954, S. 73.

11 Erich Honecker, Zuverlässiger Schutz des Sozialismus, (Ost-)Berlin 1977<sup>2</sup>, S. 131.

Führungsanspruch der SED hinwegsetzen zu können. Ulbrichts Abrechnung mit Zaisser, „daß in der Führung der Staatssicherheit die Unterschätzung der Parteiarbeit vorhanden war“, gipfelte in dem Vorwurf, „Tendenzen der Überheblichkeit der Mitarbeiter der Staatssicherheit gegenüber der Partei“<sup>12</sup> geduldet zu haben. Nun nützte es Zaisser nichts mehr, daß er selbst einst die in der Staatssicherheit herrschende Meinung wie folgt formuliert hatte: „Das, was wir hier machen, ist Parteiarbeit. Wir sind das Schwert der Partei. Wir stehen an vorderster Stelle im Klassenkampf. Alles, was wir tun, tun wir für die Partei.“<sup>13</sup>

Gleichwohl hat diese Auffassung „die Tschekisten der DDR“ – so verkärten die Mitarbeiter des MfS sich selber in revoluzzerhafter Erinnerung an die Tscheke<sup>14</sup> – seit Existenz des MfS beseelt. „Ein scharfes Schwert“ sollte die DDR-Staatssicherheit zu allen Zeiten sein, auch für Ernst Wollweber, den zweiten Minister für Staatssicherheit – „ein scharfes Schwert . . . , mit dem unsere Partei den Feind unerbittlich schlägt“, so Wollweber 1954 auf dem IV. Parteitag der SED. „Unsere Genossen in der Staatssicherheit haben einen besonderen Auftrag; aber das ist ein Parteauftrag.“<sup>15</sup>

Mielke folgte derselben Philosophie. „Unter Führung unserer Partei“, schwor er 1958 auf dem V. Parteitag der SED, „wollen wir den Kampf gegen die Feinde führen“<sup>16</sup>. Er blieb dieser Maxime treu, so lange er sein Ministeramt bekleidete. Stets war „die gesamte Arbeit“ des MfS „unter der bewährten Führung unserer marxistisch-leninistischen Partei und auf der Grundlage ihrer Beschlüsse“<sup>17</sup> zu leisten. 1984 definierte er die Aufgabenstellung des MfS dahingehend, „die strategische Linie der Partei (sei) offensiv durchzusetzen“<sup>18</sup>. Bis zuletzt erneuerte er sein Credo: „Die Staatssicherheit wird sich jederzeit als zuverlässiger Schild und scharfes Schwert der Partei und der Arbeiter-und-Bauern-Macht erweisen.“<sup>19</sup> Mielkes Treue zur Partei schloß seine Loyalität jeweils zur Nummer eins in der

SED nicht unbedingt ein: Er hat sowohl 1971 beim Sturz Ulbrichts als auch 1989 beim Sturz Honeckers mitgewirkt<sup>20</sup>, überzeugt davon, daß ein Wechsel an der Spitze der Partei zum Nutzen gereichte.

---

### III. Das Selbstverständnis der DDR-Tschekisten

---

Es waren keineswegs verbale Pflichtübungen, denen sich die drei Minister zu ihren Amtszeiten mit derlei Äußerungen unterzogen. Die unbedingte Ergebenheit gegenüber der SED nährte durchaus den elitären Kampfgeist in der Staatssicherheit. Selbst die schriftliche Verpflichtung, die jeder hauptamtliche Mitarbeiter bei seinem Eintritt in den Dienst des MfS unterzeichnen mußte, legte ihn ausdrücklich darauf fest, „die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . . einzuhalten und mit schöpferischer Initiative durchzuführen“<sup>21</sup>.

Ebenso wurde in Richtlinien, Dienstanweisungen und Befehlen des MfS konkret auf die Beschlüsse der SED verwiesen. Gefragt war zudem das unbedingte Ja zum Sozialismus: „Das Ministerium für Staatssicherheit ist beauftragt, alle Versuche, den Sieg des Sozialismus aufzuhalten oder zu verhindern – mit welchen Mitteln und Methoden es auch sei –, vorbeugend und im Keime zu ersticken.“<sup>22</sup> Diese Forderung entstammte nicht einer Agitationsrede, sondern der Richtlinie Nr. 1/58 über die politisch-operative Bedeutung der Arbeit des MfS mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) in der Deutschen Demokratischen Republik, einem Grundsatzdokument, nach dem das DDR-interne Informationsnetz zu organisieren war. Es regelte die Werbung und den Einsatz von IM zur „flächendeckenden Überwachung“, deren Zahl ein Ex-General der Staatssicherheit anderthalb Jahre nach der Wende auf 180 000 bezifferte<sup>23</sup>, während sich Schätzungen aus Bürgerkomitees „republikweit“ sogar auf einige Hunderttausend belaufen. Die Spitzelei als Dienst am Sozialismus?

Auch später erlassene, aktualisierte Richtlinien des Ministeriums für Staatssicherheit zur Arbeit

12 Das 15. Plenum des Zentralkomitees der SED, (Ost-)Berlin 1953, S. 106, 74.

13 W. Otto (Anm. 4), S. 9.

14 Die Tscheke – Abkürzung (russ.) für „Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Sabotage und Spekulation“ – war die Vorläuferinstitution der sowjetischen Sicherheitsorgane GPU, NKWD/NKGB, MWD/MGB und KGB. Zur Geschichte vgl. Astrid von Borcke, Unsichtbare Weltmacht KGB, Neuhausen-Stuttgart 1989.

15 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, Bd. 2, (Ost-)Berlin 1954, S. 710.

16 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Bd. 1, (Ost-)Berlin 1959, S. 555.

17 Erich Mielke, Sozialismus und Frieden – Sinn unseres Kampfes. Ausgewählte Reden und Aufsätze, (Ost-)Berlin 1987, S. 64.

18 Erich Mielke auf einer Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der SED im MfS, in: Neues Deutschland vom 20. Februar 1984.

19 Erich Mielke auf dem Kampfmeeting des MfS zum 35. Jahrestag seiner Gründung, in: Neues Deutschland vom 7. Februar 1985.

20 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Honeckers Sturz mit Mielkes Hilfe, in: Deutschland Archiv, (1991) 1, S. 5 ff.

21 D. Gill/U. Schröter (Anm. 6), S. 28.

22 K. W. Fricke (Anm. 3), S. 13.

23 Vgl. Stasi-General warnt vor Gewaltaktionen Ehemaliger, Interview mit Heinz Engelhardt, in: Brandenburgische Nachrichten vom 24. Mai 1991; ferner: Stasi intern. Macht und Banalität, hrsg. vom Bürgerkomitee Leipzig, Leipzig 1991, S. 157.

mit Inoffiziellen Mitarbeitern<sup>24</sup> bezogen ihre Rechtfertigung ausdrücklich aus politisch-ideologischen Leerformeln der SED.

Die Bindung an die SED wird von ehemaligen Stasi-Angehörigen heute uneingeschränkt bestätigt. „Die Arbeit des MfS stand von Beginn an unter Führung der Partei. Die Beschlüsse und prinzipiellen Orientierungen der Partei waren die generelle Richtschnur des operativen Handelns“, bekundete ein ehemaliger Mitarbeiter des MfS auf einer 1991 von der PDS veranstalteten Konferenz über das Verhältnis Stasi/SED. „Die Treue zur Politik der Partei war für jeden Mitarbeiter oberstes Gebot.“ Sie schloß die Bereitschaft ein, „jeden Auftrag der Partei (Partei und MfS wurden dabei auf eine Stufe gestellt, d. Verf.) bedingungslos an jedem Ort und zu jeder Zeit zu erfüllen“<sup>25</sup>.

Auf Parteiaktivtagungen und Dienstkonferenzen des MfS wurden die Ergebnisse von Parteitagungen und Plenartagungen des Zentralkomitees der SED „ausgewertet“ und als „Klassenauftrag“ verpflichtend weitergegeben. „Für das MfS kommt es in Verwirklichung des Klassenauftrages des X. Parteitages vor allem darauf an, auch weiterhin nicht zuzulassen, daß die Feinde des Sozialismus die gesellschaftliche Ordnung in der DDR unterminieren und die Arbeiter-und-Bauern-Macht untergraben.“<sup>26</sup> Das war der Ungeist, der den DDR-Tschekisten indoktriniert wurde.

Solche Grundüberzeugungen, die absoluten Gehorsam einschlossen, waren für die Staatssicherheit prägend. Sie blieben gültig bis in die Endzeit der SED. Noch am 15. September 1989 beschwor Stasi-Vizeminister Schwanitz vor leitenden Kadern „die Einheit, Reinheit und Geschlossenheit der Partei“, verbunden mit einer unmißverständlichen Aufforderung: „Die weitere Stärkung der Kampfkraft der Partei erfordert, daß jeder einzelne Tschekist seinen Kampfposten in und außerhalb des Dienstes bezieht. Die Durchsetzung einer eisernen Parteidisziplin und tschekistischen Disziplin sowie die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind Aufgaben, die Sie nicht aus dem Blickfeld verlieren dürfen. Entsprechend dem Statut unserer Partei darf etwaigen Aufweichungserscheinungen keinerlei Raum gegeben werden.“<sup>27</sup>

24 Vgl. speziell Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), in: D. Gill/U. Schröter, (Anm. 6), S. 414ff.

25 Materialien der Arbeitsgruppe des PDS-Landesverbandes Berlin zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS, Berlin 1991, S. 3, 19 (hektographiert).

26 Erich Mielke auf einer Kollegiumssitzung des MfS am 19. Februar 1982, in: K. W. Fricke (Anm. 3), S. 12.

27 Wolfgang Schwanitz vor leitenden Kadern des MfS am 15. September 1989, in: K. W. Fricke (Anm. 3), S. 13.

## IV. Die Parteiorganisation der SED im MfS

„Wo ein Genosse ist, da ist die Partei.“ Dieser Losung der SED folgend, war die Partei in der Staatssicherheit überall präsent: In keiner anderen Institution der DDR war der Organisationsgrad der SED so hoch wie unter den Angehörigen des MfS. Mit Ausnahme des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ und einiger wissenschaftlich-technischer Bereiche gab es keine Diensteinheiten, in denen die hauptamtlichen Mitarbeiter nicht vollzählig in der SED organisiert gewesen wären.

In ihrer Gesamtheit bildeten sie die Parteiorganisation<sup>28</sup> der SED im MfS, die nach besonderen Instruktionen des Zentralkomitees arbeitete. Sie hatte den Status einer Kreisorganisation, war aber einer Bezirksorganisation gleichgestellt. Ihre Spitze bildete eine Kreisleitung mit Sekretariat, bestehend aus dem 1. Sekretär der Kreisleitung, dem 2. Sekretär und dem Sekretär für Agitation und Propaganda. Der Apparat der Kreisleitung, in dem zuletzt 158 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt waren, umfaßte das Büro des Sekretariats, eine spezielle Arbeitsgruppe des Leiters sowie die Abteilungen Parteiorgane und Agitation/Propaganda. Außerdem existierte bei ihm eine MfS-interne Kreisparteikontrollkommission der SED. Der Kreisleitung war ferner die MfS-eigene Parteischule „Robert Mühlpforte“ angeschlossen.

Die Gliederung der Parteiorganisation entsprach horizontal und vertikal der inneren Struktur des MfS. In der Zentrale, den Bezirksverwaltungen sowie den Kreis- und Objektdienststellen existierten Grundorganisationen, Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen, die innerhalb der Staatssicherheit ein ähnliches „Parteileben“ gestalteten, wie es die SED in anderen Ministerien und Verwaltungen exerzieren ließ. Zweimal monatlich wurden Versammlungen der Parteigruppen bzw. Abteilungsorganisationen durchgeführt, dazu kamen Seminare und Zirkel im Rahmen des sogenannten Parteilehrjahres; nach wichtigen Tagungen des Zentralkomitees sowie zur Eröffnung des Parteilehrjahres wurden Parteiaktivtagungen des MfS auf zentraler Ebene einberufen, um die Sekretäre der Grundorganisationen, die Parteigruppenorganisatoren und Propagandisten der SED in der Staatssicherheit mit den sich aus der jeweiligen Beschlußlage ergebenden Schwerpunktaufgaben vertraut zu machen. Schließlich fanden in der Parteiorganisation auch regelmäßig sogenannte Parteiwahlen statt, in denen die Parteileitungen

28 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989<sup>3</sup>, S. 71ff.

auf allen Ebenen überprüft und wieder- oder neu gewählt wurden, wobei der Begriff „Wahl“ nur die Form der personell vorbestimmten Entscheidungen traf.

Die Steuerung der Parteiorganisation der SED im MfS erfolgte durch die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, der das Sekretariat der Kreisleitung der SED im MfS mit dem 1. Sekretär als politischer Schlüsselfigur unterstand. In den achtziger Jahren hat diese Funktion ununterbrochen Generalmajor Horst Felber ausgeübt. Die Kreisleitung war für die politische Arbeit mit den Genossen in der Staatssicherheit verantwortlich. „Sie hatte die Aufgabe, die Beschlüsse des ZK und seines Politbüros sowie die allgemeinen daraus abgeleiteten Orientierungen für die Arbeit des MfS zu erläutern, die Parteimitglieder zur Lösung ihrer Aufgaben politisch zu motivieren und zu mobilisieren sowie sich dabei zeigende Hemmnisse und Mängel in den eigenen Reihen eben ‚mit der Kraft der Partei‘ zu überwinden.“<sup>29</sup>

In der Tat wären Leistungen und Zuverlässigkeit der Staatssicherheit ohne die ideologische Erziehung und politische Mobilisierung der hauptamtlichen Mitarbeiter durch die Parteiorganisation der SED undenkbar gewesen. „Die Parteiarbeit im MfS“, so ein ehemaliger Stasi-Offizier, „war ausgerichtet auf das ideologische Motivieren der Mitarbeiter zum Vollziehen der Arbeitsprozesse. Der Parteifunktionär nahm eine geachtete Stellung in den Kollektiven ein, hatte ein wesentliches Mitspracherecht bei Entscheidungen in Kaderfragen, jedoch keinen Einfluß auf Entscheidungen in den politisch-operativen Arbeitsprozessen, sofern er nicht gleichzeitig dienstlicher Leiter war, was insbesondere in den unteren Ebenen häufiger der Fall war.“<sup>30</sup> Zusätzlich zu der zentralen Steuerung der Parteiorganisation waren die Parteisekretäre in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS jeweils den 1. Sekretären der Bezirks- bzw. Kreisleitungen der SED zur politischen Anleitung unterstellt.

Nach dem Parteistatut der SED hatten die Parteiorgane im Staatsapparat der DDR generell das Recht und die Pflicht, „die Kontrolle über die Tätigkeit des Apparates bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und Regierung, bei der Einhaltung der sozialistischen Rechtsnormen auszuüben“<sup>31</sup>. Bei der Staatssicherheit ist davon, wenn überhaupt, nur des schönen Scheins wegen Gebrauch gemacht worden, das heißt, die kontrollie-

rende Funktion der Parteiorganisation der SED im MfS darf auch im nachhinein nicht überschätzt werden.

---

## V. Das MfS und die Führung der SED

---

Das wirksamste Mittel, den Führungsanspruch der SED auch in der Staatssicherheit durchzusetzen, bestand in der Kaderpolitik – in der gezielten Auswahl ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter. „Das MfS wählte sich prinzipiell seine Mitarbeiter selbst aus, sogenannte Selbstbewerber wurden nicht eingestellt. Das MfS versuchte sich derart, vor dem Eindringen feindlicher Agenturen zu sichern. Den Einstellungen gingen umfangreiche Überprüfungen voraus, in die auch Verwandte ersten und mitunter zweiten Grades einbezogen waren.“<sup>32</sup>

Wie in allen Schlüsselstellungen in Staat und Gesellschaft waren auch im MfS die Führungspositionen mit Nomenklaturkadern zu besetzen, was in dem ersten Statut der Staatssicherheit sogar ausdrücklich vorgeschrieben war: „Die Bestätigung der leitenden Kader erfolgt entsprechend der Nomenklatur des ZK der SED.“<sup>33</sup> Einschlägige Entscheidungen fielen indes nicht im Plenum des Zentralkomitees, sondern im Politbüro und im Sekretariat des ZK.

Im Zentralkomitee selbst war das MfS stets durch den Minister und einen oder mehrere seiner Stellvertreter vertreten, was den politischen Stellenwert des MfS in der Hierarchie der Macht ermes- sen ließ. Dem letzten ZK der SED gehörten außer Mielke auch Mittig und Felber als Mitglieder, Schwanitz als Kandidat an. Allerdings sollte die politische Bedeutung dieses Sachverhalts nicht überschätzt werden. Seitdem das Zentralkomitee der SED zu einem Akklamations- und Deklamationsforum verkommen war, das im Schnitt nur noch alle sechs Monate zusammengerufen wurde, hatte die Zugehörigkeit zu dem zwischen den Parteitagen „höchsten Organ“ der SED nur noch repräsentativen Wert.

Schwerer fiel da die Zugehörigkeit des Ministers für Staatssicherheit zum Politbüro ins Gewicht. Sie traf für Wilhelm Zaisser für die Jahre 1950 bis 1953 zu, bis zu seinem Sturz, und für Erich Mielke für die Jahre 1971 bis 1989. In den dazwischenliegen-

29 Horst Felber, Zur führenden Rolle der SED gegenüber dem MfS und zur Rolle der Parteiorganisation in diesem Organ (Manuskript), Berlin 1990, S. 7.

30 Materialien der Arbeitsgruppe des PDS-Landesverbandes Berlin (Anm. 25), S. 20.

31 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der SED, Bd. XVI, (Ost-)Berlin 1980, S. 106.

32 Materialien der Arbeitsgruppe des PDS-Landesverbandes Berlin (Anm. 25), S. 18.

33 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15. Oktober 1955, in: Rita Sélitrenny/Thilo Weichert, Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, S. 212f.

den Jahren hatte Ulbricht den Chef der Staatssicherheit vom Politbüro ferngehalten. Seine traumatische Erfahrung, wonach sowohl Zaisser als auch Wollweber gegen ihn konspiriert hatten, sollte er nie vergessen. Dagegen hatte Honecker unverzüglich für Mielkes Einzug ins Politbüro gesorgt, um sich dessen Schützenhilfe bei der Stabilisierung seiner Position als Erster Sekretär/Generalsekretär der SED zu sichern.

Zur Leitung der laufenden Arbeit, hauptsächlich zur Durchführung und Kontrolle der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader, wählte das ZK der SED ein Sekretariat. Seine Mitglieder waren jeweils für einen bestimmten politischen Verantwortungsbereich in der Führung der Partei zuständig – so auch für die Militär- und Sicherheitspolitik. Unter Honeckers Ägide hieß der dafür zuständige ZK-Sekretär zunächst Paul Verner; er wurde im November 1983 durch Egon Krenz abgelöst. Dieser war folglich in den letzten sechs Jahren vor dem revolutionären Umbruch in der DDR auch für die politische Kontrolle des MfS verantwortlich – eine Verantwortung, die er heute allzu gern bagatellisieren möchte.

In seiner Funktion unterstand dem für die Sicherheit zuständigen ZK-Sekretär im bürokratischen Apparat des Zentralkomitees die Abteilung Sicherheitsfragen, die formal für die Anleitung und Kontrolle auch des MfS zuständig war. Sie stand seit 1985 unter Leitung von Wolfgang Herger, einem engen Vertrauten von Krenz, der sich, soweit er mit dem MfS zu tun hatte, auf den Sektor Staatssicherheit stützen konnte. Bei ihm war auch die Kreisleitung der SED im MfS angebunden.

Der Einfluß der Abteilung Sicherheitsfragen auf die Staatssicherheit war in den achtziger Jahren nicht mehr groß. Seitdem Mielke dem Politbüro angehörte und somit Zugriff auf alle Entscheidungen der Parteispitze hatte, tendierte er im MfS mehr und mehr zu einem autoritären Führungsstil. Ein besonderes Vertrauensverhältnis, das ihn mit Honecker verband, kam ihm dabei entgegen.

Augenscheinlich haben Honecker, der sich intensiv um die Arbeit des MfS kümmerte – schließlich war er selber von 1958 bis 1971 ZK-Sekretär für Militär- und Sicherheitspolitik gewesen –, und Mielke alle Beschlüsse zur Staatssicherheit in trauer Zweisamkeit gefaßt. „Jeden Dienstag nach der Sitzung des Politbüros empfing Honecker Mielke in seinem Arbeitszimmer. Es ist anzunehmen, daß in ihren Gesprächen das Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte ebenso besprochen wurde wie bestimmte Aufgaben und Resultate der Aufklärung. In diesem Vier-Augen-Konventikel wurden operative und prinzipielle Entscheidungen getroffen“, bekundet Günter Schabowski in seinen Memoiren. „Aus den acht Jahren, die ich dem Politbüro ange-

hörte, ist mir kein Beschluß zur Arbeit der Staatssicherheit in Erinnerung.“<sup>34</sup> Für Krenz als Sicherheitssekretär des ZK hatte Mielke nur Verachtung übrig.

---

## VI. Das Zusammenwirken von MfS und ZPKK

---

Die Instrumentalisierung des MfS zur Machtsicherung im Dienst der Parteiführung schloß notwendigerweise ein enges Zusammenwirken zwischen dem MfS und der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED ein. Hatten die Parteikontrollkommissionen, die 1948 auf zentraler Ebene sowie auf Landes- (später Bezirks-) und Kreisebene geschaffen waren, nicht „die Sauberkeit der Partei zu sichern“ und „den Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenten in der Partei zu führen“<sup>35</sup>? Damit aber waren Kompetenzen auch des MfS berührt.

Die Frage ihrer Abgrenzung zwischen MfS und ZPKK hat Wollweber 1957 als Minister für Staatssicherheit zu beantworten versucht. Nach seiner Logik war die Zuständigkeit des MfS da gegeben, wo die Entlarvung „feindlicher Agenten in der Partei“ deren strafrechtliche Verfolgung notwendig machte. „Die spezielle Aufgabe der Sicherheitsorgane beginnt dort, wo nicht nur ideologische Abweichungen, sondern Merkmale einer feindlichen Tätigkeit und Verbindungen zu feindlichen Zentren festgestellt werden, weil die staatsfeindliche Tätigkeit in eventuell konspirativ abgedeckten Organisationen auch mit speziellen Methoden bekämpft werden muß.“<sup>36</sup> Indes blieb Wollwebers Unterscheidung pure Theorie.

Zu den politischen Realitäten der DDR zumindest der fünfziger Jahre gehörte auch der Einsatz der Staatssicherheit zur Austragung innerparteilicher Machtkämpfe – was keineswegs in Unkenntnis des Zentralkomitees geschah; im Gegenteil, am 24. August 1950 stimmte das ZK der SED einer Empfehlung des damaligen Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck ausdrücklich zu, Mielke in die bis dahin von der ZPKK geführten „innerparteilichen Untersuchungen einzubeziehen“<sup>37</sup>. Es war dasselbe Plenum des ZK, auf dem prominente deut-

34 Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 115.

35 Ausführungsbestimmungen zum Beschluß des Parteivorstandes über die Schaffung der Parteikontrollkommissionen vom 16. September 1948, in: *Dokumente der SED*, Bd. III, (Ost-)Berlin 1952, S. 97 ff.

36 Ernst Wollweber, *Für die Stärkung und Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht*, in: *Einheit*, (1957) 5, S. 558.

37 W. Otto (Anm. 4), S. 6.

sche Kommunisten, die während der nationalsozialistischen Diktatur in westlicher Emigration gewesen waren, wegen „umfangreicher Hilfe für den Klassenfeind“ aus der SED ausgeschlossen und entweder unverzüglich oder erst 1952 nach dem Prager Schauprozeß gegen Rudolf Slansky und andere tschechoslowakische Kommunisten von der Staatssicherheit in Haft genommen wurden: Männer wie Paul Merker, ehemals Mitglied des Politbüros der SED, Kurt Müller, einst Vorsitzender der KPD, Fritz Sperling, vormals Landesvorsitzender der KPD in Bayern, oder Leo Bauer, Ex-Chefredakteur des Deutschlandsenders, die damals in den Gefängnissen des MfS verschwanden und entweder von DDR-Gerichten, wie Merker und Sperling, oder von sowjetischen Militärtribunalen, wie Müller und Bauer, zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden<sup>38</sup>. Keiner von ihnen hatte jemals „Verbindungen zu feindlichen Zentren“ unterhalten.

Als während des politischen Tauwetters 1956 die Führung der SED die Rehabilitierung einiger dieser unschuldig verfolgten Genossen einleitete, zumindest ihre Entlassung aus dem Gefängnis verfügte, war wiederum die Staatssicherheit in die Entscheidungen darüber einbezogen. Der zu diesem Zweck am 19. April 1956 gebildeten achtköpfigen „Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern“<sup>39</sup> gehörten nicht nur Hermann Matern, der Vorsitzende der ZPKK, sondern auch Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber an.

Mehr noch: Materns Stellvertreterin Hertha Geffke und Erich Mielke, Wollwebers 1. Stellvertreter damals, waren zwar nicht Mitglieder der Kommission, aber sie haben an allen sechs Sitzungen der sogenannten Achterkommission teilgenommen und wirkten so an der Entscheidung darüber mit, wer von den in Haft gehaltenen Genossen entlassen werden sollte. Dieselben Entscheidungsträger, die ein paar Jahre zuvor für deren Verhaftung gesorgt hatten, befanden nun im Auftrag der Partei über ihre Freilassung.

38 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, *Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation*, Köln 1971, S. 78 ff.; Peter Brandt/Jörg Schumacher/Götz Schwarzrock/Klaus Sühl, *Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912–1972*, Berlin–Bonn 1983; Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/90, S. 3–15; Kurt Müller, Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: ebd., S. 16–29; *Gegen die Allmacht der Staatssicherheit. Bericht von Fritz Sperling aus dem Gefängnis*, Berlin 1956, veröffentlicht von Karl Heinz Jahnke, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (1991) 6, S. 789 ff.

39 Vgl. Zur Entlassung werden vorgeschlagen... *Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern. Dokumente*, Berlin 1991.

„Verfahren, die das Ministerium für Staatssicherheit bearbeitete... , sind von den Organen der Staatssicherheit zu überprüfen und dem Generalstaatsanwalt zur Stellung des Antrags auf bedingte Strafaussetzung bei Gericht zu benennen.“<sup>40</sup> Die Staatssicherheit, deren Kontinuität sich in der Person Mielkes verkörperte, sorgte somit für die „Bereinigung“ des Unrechts, an dem sie selber, namentlich Mielke, mitgewirkt hatte. Sie war auch in dieser Hinsicht Instrument der Parteiführung.

---

## VII. Staatssicherheit und Herrschaftsstabilität

---

Ohne die Herrschaft der SED wäre das MfS nicht geschaffen worden, ohne das MfS hätte die SED ihre Herrschaft nicht realisieren können. In dieser Dialektik stellt sich die DDR-Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“ dar. Beides zusammen, „Abwehr“ im Innern und „Aufklärung“ nach außen, haben im gegenseitigen Zusammenwirken das MfS zu jener Überwachungs- und Unterdrückungsmaschinerie gemacht, mit deren Hilfe die Führung der SED ihre Politik durchsetzen konnte.

Die besondere Gefährlichkeit des MfS lag in der Bündelung seiner parlamentarisch unkontrollierten, gesetzlich nicht definierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan in schweren politischen Strafsachen, speziell bei Staatsverbrechen, und als geheimer Nachrichtendienst begründet. Das Fehlen einer prinzipiellen gesetzlichen Bestimmung seiner Befugnisse hat einer Entwicklung Vorschub geleistet, die die Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatssicherheit mehr und mehr ausufern ließ. In den 1955 und 1969 erlassenen internen Statuten des MfS hat sich dieser Trend, wie eine vergleichende Analyse belegt, übrigens deutlich widerspiegelt.

In den siebziger und achtziger Jahren war dem MfS laut Statut aufgegeben, „feindliche Agenturen zu zerschlagen, Geheimdienstzentralen zu zersetzen und andere politisch-operative Maßnahmen gegen die Zentren des Feindes durchzuführen“, wie es in Paragraph 2 hieß; ferner war es zuständig dafür, „Straftaten, insbesondere gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte (!) sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik aufzudecken, zu untersuchen und vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet zu treffen“; weiterhin hatte das MfS „die staatliche Sicherheit in der Nationalen Volksarmee und den

40 Ebd., S. 53.

bewaffneten Organen zu gewährleisten“ und die Staatsgrenze sowie den grenzüberschreitenden Verkehr „mit spezifischen Mitteln und Methoden“ zu „sichern“.

Zudem war das MfS laut Statut verpflichtet, „die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren“. In der alltäglichen Praxis lief dies auf eine regelmäßige Unterrichtung der führenden Kader der SED hinaus, speziell des Parteichefs, ausgewählter Mitglieder des Politbüros sowie der 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen – womit nicht gesagt sein soll, daß die Informationen auch zur Kenntnis genommen oder gar zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht worden wären. Je höher die Entscheidungsebene, desto geringer war das Interesse daran.

Auf dem wachsenden Umfang seines Auftrags, zu dem in den siebziger Jahren der personalaufwendige Ausbau der elektronischen Funkaufklärung kam, beruhten sowohl die Überdimensionierung des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes im MfS als auch die ins Absurde gesteigerte Zahl seiner Inoffiziellen Mitarbeiter, die alles und jeden bespitzeln sollten – ausgenommen lediglich den hauptamtlichen Apparat der SED.

Das Ergebnis sind Myriaden von Akten, in denen Millionen „Operativer Personenkontrollen“ und „Operativer Vorgänge“ sowie „Untersuchungsvorgänge“ erfaßt sind, Archivbestände, die aneinandergereiht eine Länge von über zweihundert Kilometer ergeben: die fatale Erblast der Stasi<sup>41</sup>!

Zu erwähnen wäre in diesem Kontext die Einbindung des MfS in die Strukturen des Nationalen Verteidigungsrates und der ihm unterstellten Zentralen Einsatzleitung bzw. der Einsatzleitungen in Bezirken und Kreisen, die nicht nur in Spannungszeiten zusammentraten, sondern die auch in normalen Zeiten regelmäßig über aktuelle Fragen der inneren und äußeren Sicherheit ihres Verantwortungsbereiches beraten und entschieden haben. Hier hatten übrigens der Generalsekretär der SED in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates sowie die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED unmittelbare Befehlsgewalt und folglich Weisungsbefugnis auch gegenüber dem MfS und seinen Bezirks- und Kreisdienststellen.

Dem Wirken der DDR-Staatssicherheit lag letztlich eine schier psychopathische Sicherheitsdoktrin zugrunde, die Bürgerrechtler auf folgende Formel gebracht haben: „1. Jeder ist ein potentielles Sicherheitsrisiko. 2. Um sicher zu sein, muß man alles wissen. 3. Sicherheit geht vor Recht.“ Ihr Scheitern erklärt sich aus der für stalinistisches Denken typischen Illusion, wonach um so mehr politische Stabilität erreichbar wäre, je größer der Aufwand an Staatssicherheit war. Der kampflose Zusammenbruch des MfS hatte ideologische Gründe: Als die SED im revolutionären Herbst 1989 in die politische Krise driftete, zersetzte sich auch die politische Moral der DDR-Tschekisten. Das MfS konnte nicht Herrschaftsinstrument einer Staatspartei sein, die selbst dem Verfall preisgegeben war.

41 Vgl. Joachim Gauck, Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR, Reinbek 1991.

## Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen

### I. Zur Aufgabe der Aufarbeitung

Wir sind Zeugen und Akteure des erregenden und einmaligen Vorganges der Aufarbeitung einer historischen Periode mit weitreichenden politischen, sozialen und kulturellen Folgen. Für den Osten geht es um die Fortführung der politischen Wende und eine erste Bewährung von Demokratie und rechtsstaatlichen Prinzipien. Für den Westen geht es um die Akzeptanz der Lasten, die die Vereinigung mit sich brachte. Für beide aber geht es um die Gestaltung einer politischen Kultur, die solche Orientierungen kräftigt, die in zukünftigen Herausforderungen Fundament rationaler Politik sein können.

Im Aufarbeitungsprozeß ist die Stasifrage nur ein Segment totalitärer und autoritärer Herrschaft, aber in ihrer Konkretheit steht sie für vieles, was noch nicht zugänglich ist. So muß jetzt eine Einführung der Vergangenheitsaufarbeitung in Kauf genommen werden, wie der gesamte Prozeß eine Fülle von Nebenwirkungen hat, die ihn stören, aber deswegen nicht erübrigen. Wenn die Boulevardpresse die Stasi neben Sex als trivialen Anmacher vermarktet, andere die Stasi als Blitzableiter für soziale Ängste benutzen und wenn die Stasiverstrickung schließlich auch noch politisch instrumentalisiert wird, zeigt sich die Dringlichkeit einer Aufarbeitung. Würde diese durch eine Rücknahme der Möglichkeit zur Einsicht in die Stasiakten oder andere Hindernisse erschwert, verkäme das Ganze zur schlechten Unterhaltung und zur Spekulation. Die hochgradige Emotionalisierung und das Entstehen von Legenden können aber schon jetzt die Aufarbeitung und ihre positiven Wirkungen nicht mehr gefährden.

Ein besonderes öffentliches Interesse wird den Stasiverstrickungen in den Kirchen entgegengebracht. Fast wie zu DDR-Zeiten scheinen die Kirchen hier wieder eine Stellvertreterrolle in der Gesellschaft übernommen zu haben. Im kirchlichen Raum formierte sich der wesentliche Widerstand gegen die SED. Nun wird bekannt, daß in den Kirchen die Stasi zahlreiche Agenten plazieren konnte. Das löst Enttäuschung aus, was wiederum zu berechtigter Verunsicherung führen muß, da die maßgebliche Instanz einer ethischen Normenkontrolle sich als interessenabhängige Großinstitution zu erweisen scheint. Neben Trauer über jede Enttarnung

von Stasimitarbeitern in den Kirchen provoziert dieser Vorgang auch entlastende Verteidigungs- und Entschuldigungsäußerungen. Der Schmerz verzerrt die Wahrnehmung ebenso wie die alten nicht aufgearbeiteten Ängste. Und selbst Westdeutsche sind ratlos, wollen sie doch weder durch schnelle Urteile noch durch Besserwisserei Anlaß zum Vorwurf der Einmischung in Angelegenheiten bieten, die sie selbst in der Regel nur mittelbar betrafen. Aber auch Westdeutsche müssen in diesen Fragen an Sicherheit gewinnen, denn bis in den kirchlichen Bereich hinein hat sich gezeigt, daß die Vergangenheitsaufarbeitung im Osten die gesamtdeutschen Altlasten gemeinsamer Schuldverstrickungen nicht ausklammern kann. Urpötzlich flakern in der Stasifrage wieder die Irrlichter auf, die Unbewältigtes signalisieren. Stasitäter werden zu Opfern hochstilisiert und mit den Juden zur Nazizeit verglichen<sup>1</sup>.

Um das Durcheinander von Interessen und Zielen einer Vergangenheitsaufarbeitung zugänglich machen zu können, müssen die verschiedenen Ebenen auseinandergehalten werden. So wird es zunächst einer genauen Klärung bedürfen, ob es den Kirchen gelungen ist, ihre Selbständigkeit gegenüber dem totalitären Staat zu bewahren. Eine andere Ebene betrifft die moralische und sozial-ethische Dimension. Hier muß nach ethischen Kriterien der Bewertung von Stasiverstrickung und nach der sozialetischen Verantwortung der Kirchen bei der Aufarbeitung gefragt werden. Drittens müssen die rechtlichen Aspekte betrachtet werden, die einerseits schon zu DDR-Zeiten von Bedeutung waren und nun Handhaben zur praktischen Umsetzung bieten. Schließlich tangiert die Stasiproblematik auch theologische Fragen, weil im kirchlichen Bereich ein großer Erfahrungsschatz im Umgang mit Schuld erwartet werden kann. Hier wäre zu überprüfen, ob die Kirchen einen Beitrag leisten können, eine nachhaltige „Entfeindung“ der deutschen Gesellschaft zu fördern, die über ihre internen Interessen hinaus auch eine gesellschaftliche Bedeutung haben kann.

<sup>1</sup> In diesem Sinne äußerte sich die Pastorin Renate Schönfeld auf der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche (13.-17. 11. 1991).

---

## II. Ziele und Grenzen der Staatssicherheit

---

Die Enthüllungen seit dem Winter 1989/90 haben viele Details von Stasiaktivitäten ans Licht gebracht, aber die ostdeutschen Bürger nicht mit einem unbekanntem Phänomen konfrontiert. Zu den spontanen und schon in den ersten Massendemonstrationen 1989 skandierten Losungen gehörte: Stasi in die Produktion! Auch die Bürgerbewegungen haben in dieser Zeit die Auflösung der Stasi gefordert. Die DDR-Bürger und die Kirchen lebten mit der unheimlichen Macht der Stasi und mußten angesichts ihrer Machtlosigkeit lernen, das Problem zu verkraften. Oppositionelle und Kirchenleute haben in besonderer Weise von diesem Apparat gewußt und informell wie offiziell gewarnt, sich mit der Stasi einzulassen. Der spätere Bischof von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, hat schon 1958 als Studentenpfarrer auf großen Studentenkonferenzen erklärt, daß Stasimitarbeit für einen Christen nicht möglich sei<sup>2</sup>. Immer wieder wurden Fälle von Anwerbungsversuchen zur Spitzeltätigkeit auch von kirchlichen Angestellten und Pfarrern bekannt, die angeworben worden waren und nach einiger Zeit dies offenbarten. Ebenso wußte man, daß das MfS mit perfiden Mitteln sowohl auf Einzelpersonen wie auch auf Institutionen Druck ausübte. Eine jetzt oft zur Schau gestellte überraschte Entrüstung über die Stasiaktivitäten dokumentiert mehr eine Verdrängung schon zu DDR-Zeiten als einen Wissensstand, der in Gesellschaft und Kirche selbstverständlich war.

Die politische Aufgabe der Stasi, ihre Geschichte und ihre Methoden, die jetzt gut erforscht werden können, waren schon vor 1989 überschaubar. Die Stasi war ein relativ selbständiger Teil des bürokratischen Herrschaftsapparates neben dem Staatsapparat der Partei, der Justiz und anderen. Dabei hatte die Herrschaft der SED zu keiner Zeit Konkurrenz<sup>3</sup>. Die Stasi diente innenpolitisch der konspirativen Durchdringung der Gesellschaft und zielte auf die absolute Verfügbarkeit der Individuen. Dabei hatte sie Anteil an den allgemeinen Staatszielen und sollte die Umsetzung der Politik „sichern“. Das konnte auch bedeuten, daß sich die Stasi um soziale Belange kümmerte. Die Anteil-

nahme der Stasi an positiven Ordnungsfunktionen muß aber im Zusammenhang mit dem konspirativen Charakter dieses Organs gesehen werden. Im monolithischen Organisationsgefüge durfte es keine kontrollierende und regulierende Öffentlichkeit geben. Öffentlichkeit mußte darum so inszeniert werden, daß sie mit dem Gesellschaftsverständnis der SED nicht kollidierte, denn die Partei allein hatte das Monopol auf Öffentlichkeit. Die Aufbereitung dieser Scheinöffentlichkeit organisierte das MfS. Die Beschaffung von Informationen über das gesellschaftliche Leben war nur die Voraussetzung der eigentlichen operativen Funktionen, des Ausschaltens aller öffentlichen Interessen, die der Repräsentation der Gesellschaft durch die SED zuwiderliefen. Dies konnte nur konspirativ geleistet werden.

Einerseits war die Stasi neben SED und Staatsapparat eine dritte Bürokratie, die erfolgreicher als die beiden anderen Herrschaft in Verwaltungsakte – und umgekehrt! – transformierte. Sie erreichte dies durch eine strikte innere Informationsverknappung (jeder darf nur soviel wissen, wie er zur Lösung seiner Aufgaben unbedingt wissen muß), was eine „Versachlichung“ aller Vorgänge ermöglichte. Außerdem hatte die Stasi mit ihrem Tschechistenkult neben dem Glauben an die Partei und an den Sozialismus ein zusätzliches Legitimationsarsenal, das die innere Hierarchisierung absicherte. Andererseits war aber die Stasi auf Grund der konspirativen Arbeitsweise noch nicht einmal an solche Regeln gebunden, die für SED und Staatsapparat in der Öffentlichkeit gelten mußten. Das sollte sie in die Lage versetzen, das schier unmögliche Ziel zu erreichen, die Gesellschaft so zu rechtzubiegen, daß nur noch solche Probleme in Erscheinung traten, die die SED lösen konnte.

Diese Aufgaben hat das MfS letztlich nicht erfüllen können. Mit den wachsenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Krisen hat sie zwar ihren Apparat gewaltig aufgebläht, konnte aber den Kontrollverlust seit Mitte der achtziger Jahre nicht mehr aufhalten. Dies zeigte sich auch an der Kirchen- und Religionspolitik, in der die Stasi eine zentrale Funktion gewann<sup>4</sup>, weil die Kirchen einen Öffentlichkeitsbereich darstellten, der in das monolithische Gesellschaftssystem nicht einzupassen war.

Das weitreichendste strategische Ziel des MfS war, entsprechend der ideologischen Vorgabe von der Aufhebung der Religion, die Kirchen zu „zersetzen“ und gesellschaftlich auszugrenzen. So hat die Stasi einzelne Arbeitszweige und Institutionen der Kirchen lahmlegen wollen, Personen und Gruppen mit verdeckten Methoden paralyisiert und sich an

---

2 Dieses berichtet ein Spitzelbericht über ein Treffen der Evangelischen Studentengemeinden, der an die FDJ-Leitung gegangen war. Kopie aus einer Akte des Archivs des ehemaligen Zentralvorstandes der FDJ, eigenes Archiv, erarbeitet von Rudi Pahnke.

3 Zur politischen Funktion und Stellung des MfS vgl. Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit*, Köln 1989<sup>3</sup>; David Gill/Ullrich Schröter, *Das Ministerium für Staatssicherheit, Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991; Ulrich von Saß/Harriet von Suchodoletz, „feindlich-negativ“. Zur politischen Arbeit einer Stasi-Zentrale, Berlin 1990.

4 Zur Funktion des MfS in der Kirchenpolitik vgl. Gerhard Besier/Stephan Wolf, „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 2.

Strategien zur Religionsbekämpfung aktiv beteiligt. Selbst in Perioden der offiziellen Entspannung des Staat-Kirche-Verhältnisses hat die Stasi intern ihr Feindbild Kirche gepflegt. Die gesellschaftliche Ausgrenzungspolitik traf besonders die Protestanten. Sie waren auf Grund ihrer theologisch-historischen Voraussetzungen und ihrer Prägung auf gesellschaftliche Handlungsfelder angewiesen. Nach reformatorischem Selbstverständnis konnten sich die Evangelischen Kirchen nicht auf innerkirchliche Bereiche, auf ihren „Kult“ zurückziehen. Die „frommen“ Erwartungen der SED, daß Kirche Kirche sein müßte, die strategischen Pläne von Mielke, daß die kirchlichen Aktivitäten „theologisiert“ und „verkirchlicht“ werden sollten, waren darum ein schwerer Angriff auf die kirchliche Identität. Die Evangelischen Kirchen haben immer wieder versucht, sich gesellschaftliche Handlungsfelder zu bewahren oder neu zu erschließen. Die Formeln „Kirche für andere“, „Kirche im Sozialismus“ oder „kritische Solidarität“ drücken diesen Versuch aus. Wenn SED und Stasi diese Ansprüche nicht zurückweisen konnten, sollten die Aktivitäten der Kirchen wenigstens kanalisiert werden.

Zur Instrumentalisierung und Beeinflussung der Kirchen wurden von Staat und Stasi verschiedene Strategien entwickelt. Die wichtigsten waren die institutionalisierten Kommunikationsstrukturen zwischen Staatsorganen und Kirchenvertretern und der verdeckte Einsatz von Offizieren der Stasi im besonderen Einsatz (OibE) sowie inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Im ersten Fall nutzte die Staatsmacht die defizitäre Rechtslage der Kirchen gegenüber dem Staat und ihre unklare gesellschaftliche Rolle aus. Die Kirchen waren auf diese Weise trotz einiger Restbestände verlässlicheren Rechts auf dauernde Verhandlungen angewiesen, die zu Abmachungen und Vereinbarungen führen sollten, die aber jederzeit von staatlicher Seite wieder in Frage gestellt werden konnten. So war es für die Kirchen nahezu unumgänglich, die vom Staat gebotenen Gesprächsebenen zu nutzen. Hier aber lagen die Fallstricke. Alle Gespräche wurden auf Verwaltungsebenen geführt, die etwa den kirchlichen Strukturen entsprachen. Dabei nahm die Entscheidungskompetenz von oben nach unten stark ab, so daß auf den unteren Ebenen nur noch nachvollzogen werden konnte, was die übergeordneten Stellen vereinbart hatten. Damit wurde versucht, die kirchlichen Strukturen in die vertikalen Machtstrukturen einzubinden, es sollte „durchgestellt“ werden. Somit waren auch die unteren kirchlichen Dienststellen immer von den Verhandlungen auf höherer Ebene abhängig. Zudem saßen in den staatlichen Verwaltungen zahlreiche OibE und IM, so daß alle Vorgänge direkt mit dem MfS verbunden waren. So konnte immer wieder die Situation eintreten, daß Konflikte, die von der Stasi

organisiert waren, von Beschwerde führenden Kirchenleuten mit jenen verhandelt wurden, die selbst hinter den Schwierigkeiten steckten. In diesem System der organisierten Abhängigkeiten war die Stasi stets im Vorteil, der für die „Zurückdrängung“ kirchlicher Aktivitäten genutzt wurde.

Steuerung und Beeinflussung der Kirchen sollte weiterhin durch den Einsatz der IM in den Kirchen erfolgen. Diese waren spezialisiert und für ihre Aufgaben „qualifiziert“ worden. Sie sollten Entscheidungsprozesse stören oder inhaltlich beeinflussen, nahmen an der kirchlichen Personalpolitik teil und sollten systemkonforme Personen fördern und begünstigen. Sie sollten die ökumenischen Beziehungen zur Verbesserung der internationalen Reputation der DDR nutzen, die innenpolitischen Konflikte aber als staatliche Angelegenheiten deklarieren, in die die Kirchen sich nicht einzumischen hätten. Mit Hilfe der IM sollte in den Kirchen „differenziert“ und „polarisiert“ werden, Privilegien erteilt und Aufmüpfige „diszipliniert“ werden. Stets wurden auch innerkirchliche Konflikte benutzt und nach Möglichkeit verstärkt. Voraussetzung dieser Strategien war eine umfassende Informationsbeschaffung.

Für die historische Aufarbeitung ist die Einschätzung des tatsächlichen Einflusses des MfS wichtig. Der ungeheure personelle und sachliche Aufwand und die in vielen Dokumenten belegten Erfolgsmeldungen legen zunächst nahe, diesen Einfluß als ziemlich bedeutend zu betrachten. Es macht keinen Sinn, die Akten der Stasi als gefälscht oder als unglaubwürdig einzustufen. Die Akten präsentieren die Ergebnisse der Arbeit der Stasi und der Kirchenpolitik der SED einigermaßen zutreffend. Aber diese Ergebnisse müssen an den Zielen von MfS und SED gemessen werden. Daran gemessen hat die Stasi trotz erheblicher Einflußnahme weder die Eigenständigkeit kirchlichen Handelns ernsthaft gefährdet, noch eine gesellschaftliche Ausgrenzung der Evangelischen Kirchen erreicht. Es ist Reinhard Henkys zuzustimmen, wenn er über die Dokumente der Kirchenpolitik der Stasi urteilt, daß sie „die Geschichte eines Mißerfolges“ anzeigen. „Trotz immer intensiverer Bemühungen und eines riesigen konspirativen Aufwandes gelang es der Staatssicherheit nie, das Steuer der Kirche in die Hand zu kriegen.“<sup>5</sup>

Die protestantischen Kirchen sind keine zentralistischen Organisationen, sondern ein pluralistisches Institutionengeflecht, das in sich eine Fülle von kontrollierenden Öffentlichkeitsebenen besitzt. Die autoritäre und hierarische Staatsorganisation fand in den Evangelischen Kirchen keine

<sup>5</sup> Reinhard Henkys, In wortreiches Schweigen gehüllt. Die Stasi hat das Steuer der Kirche nicht in die Hand bekommen, in: Evangelische Kommentare, 25 (1992) 2, S. 74.

Entsprechung. Dies verhinderte, daß politische Meinungen und Interessen „durchgestellt“ werden konnten. Dafür sorgten die parlamentarischen Ebenen, Synoden und Gemeindevertretungen sowie die kirchliche Rechtsordnung. Zum anderen schloß der Kirchenkörper eine Vielzahl von durchaus nicht einheitlichen Interessen ein. Gemeinden, die Theologenschaft, unterschiedlichste Gruppen, Werke und andere Gliederungen besaßen eine rechtlich gesicherte Unabhängigkeit in der Gesamtkirche und wurden zu eigenständigen Trägern politischer und kirchlich-politischer Willensbildung. Wenn einzelne Personen oder gar Gremien die Loyalität zum Staat überzogen, löste das eher innerkirchliche Widerständigkeit und Konflikte aus, als daß dadurch Staatsinteressen wahrgenommen werden konnten. In vielen Fällen fühlten sich die Kirchenmitglieder, die Theologen oder kirchliche Gruppen nicht mehr repräsentiert, was sich in den Synoden und in der kirchlichen Öffentlichkeit auch artikulieren konnte.

Die vom Staat benutzten Einflußorganisationen, wie die CDU (Ost) oder die Christliche Friedenskonferenz (CFK), wurden schon gar nicht ernst genommen. Durch das gesellschaftliche Engagement der Protestanten wurden die sozialen und politischen Konflikte der Gesellschaft immer auch in den Kirchen ausgetragen. Die Kirchen waren geradezu das einzige Feld öffentlicher Konfliktbearbeitung. Wer auch immer – staatsergebene Theologen oder die Staatsorgane selbst – die Kirchen beeinflussen wollte, mußte den Verhältnissen hinterherlaufen. Weil die Evangelischen Kirchen keine einheitliche soziale Größe darstellten, erschöpfte sich die Reichweite der konspirativen Taktiken auf Einzelpersonen und deren Politik und – schon abgeschwächer – auf die mögliche Gestaltung von Gremienbeschlüssen. Diese verloren regelmäßig an Kraft, wenn sie die Interessen anderer in den Kirchen tangierten. Festzuhalten wäre also, daß das Herstellen von Öffentlichkeit oder von Teilöffentlichkeit das adäquate und wirksamste Mittel war, den Einfluß des MfS auf Gremien und Personen zurückzuweisen. Nur wenn sich kirchliche Einrichtungen, Gremien und Personen auf Vertraulichkeit, d. h. auf konspirative Kontakte einließen, hatte das MfS eine Chance, seine Interessen durchzusetzen. Die Öffentlichkeit scheute dieses Organ.

Ein weiterer Grund der Minderung des Stasieinflusses liegt in den eingesetzten Mitteln selbst. Mit konspirativen Zersetzungsmaßnahmen konnten zwar kirchliche Planungen gestört, ein geordnetes kirchliches Leben erschwert, Vorgänge und Handlungsabläufe behindert oder auch verhindert, jedoch kaum konstruktiv und zielgerichtet kirchliches Handeln gelenkt werden. Sicher war die Destruktionsarbeit der Stasi in dem Sinne effektiv, daß sie ihre Blockierungsmacht einsetzen konnte

und den Kirchen, Gemeinden und Einzelpersonen auch empfindlich geschadet hat. Aber dies konnte nicht dazu beitragen, daß sich die Betroffenen staatskonform verhielten. Im Gegenteil, das MfS hat dadurch nur Widerstände provoziert. In Kirche und Gesellschaft wurde die Verbundenheit mit dem politischen System durch die Stasi selbst gestört und gesellschaftliche Prozesse auf Grund allgemeiner Frustration blockiert. Dies gehört zu den irrationalen Folgen eines nahezu perfekten und in seiner Konstruktion auch rationalen bürokratischen Herrschaftsapparates. Dafür gibt es anschauliche Belege. Berliner Bürgerrechtler<sup>6</sup> fanden in ihren Akten geradezu phantastische Produkte eines absurden Theaters. So bestand eine Untergruppe einer Menschenrechtsgruppe nur aus IM, die voneinander natürlich nichts wußten. Sie haben ihr Arbeitsprogramm erfüllt und anschließend alle ihrem Führungsoffizier darüber berichtet, indem sie das feindliche Treiben der anderen denunzierten. Hier war die Stasi das Opfer ihrer eigenen Taktik geworden. Aus dieser sich verstärkenden Disfunktionalität, die nur noch mühsam durch den Legitimationsglauben der Apparatschiks überbrückt werden konnte, rührten die Flexibilitäts- und Kontrollverluste in den letzten Jahren und das unrühmliche Zusammenbrechen des MfS in den Revolutionsmonaten. Die Stasi hatte die Probleme, die sie schuf – auch im kirchlichen Bereich –, nicht mehr in der Hand.

Die Feststellung der beschränkten Reichweite der Stasiaktivitäten wird bisweilen erschwert, weil es im Verhältnis zwischen Staat und Kirche durchaus auch Interessenübereinstimmungen gab, die aber auf unterschiedliche oder gar gegenläufige Motive zurückgingen. So wollten die Kirchenleitungen innerkirchliche Konflikte eindämmen. Das stand mit staatlichen Interessen bisweilen formal in Übereinstimmung. Während aber kirchlicherseits das Bemühen zum Ausdruck kam, Staat und Stasi möglichst wenige Angriffsflächen zu bieten, wollte der Staat mit seinen Konfliktminimierungsstrategien die gesellschaftliche Auseinandersetzung verhindern. In den scharfen Auseinandersetzungen um die kritischen und politisch engagierten Theologen und Gruppen in den achtziger Jahren hatte das Folgen.

Der Staat wollte diese Gruppen mit Hilfe des MfS vollständig eliminieren oder sie wenigstens durch „Theologisierung“ politisch neutralisieren. Von Kirchen und Gemeindeleitungen wurden die Gruppen als ein ständiger Unruheherd erlebt, der die kirchliche Arbeit gefährdete. Tatsächlich war mit diesen Theologen und Gruppen in den Kirchen ein sozialer Konflikt entstanden, der auch unabhängig vom Staat ausgetragen werden mußte. Der Dissens lag in dem unterschiedlichen Politikver-

6 Nach Auskunft von Ulrike Poppe, Berlin.

ständnis in den Kirchen, den emanzipativen und partizipativen Ideen und Praktiken der kritischen Gruppen und in deren Konfliktbereitschaft. Heino Falcke hat diesen Dissens als den Konflikt zwischen zwei verschiedenen „Veränderungsstrategien“<sup>7</sup> beschrieben. Dieser Konflikt ist zu DDR-Zeiten nicht lösbar gewesen und findet in der gegenwärtigen Aufarbeitung seine Fortsetzung. Hierher gehört der Vorwurf, daß die Kirchenleitungen, oder einige ihrer Vertreter, einen Beitrag zur Verhinderung einer starken Opposition in der DDR geleistet hätten<sup>8</sup>. Eine sachgerechte Aufarbeitung muß zwischen dem innerkirchlichen Interessenkonflikt und dem Interesse der Stasi unterscheiden.

Ein anderes und oft genanntes Beispiel für eine Interessengleichheit von Staat und DDR-Kirchen ist die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen im Jahre 1969 und die gleichzeitige Lösung von der EKD<sup>9</sup>. Auch hier waren die Motive auf beiden Seiten verschieden. Die Machthaber wollten in ihre Abgrenzungspolitik auch die Kirchen einbeziehen und setzten alles daran, die Ostkirchen von der EKD zu trennen. Für die Kirchen kam es unter den gegebenen Umständen darauf an, in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen wieder handlungsfähig zu werden. Die Ostkirchen haben auch in diesem Falle eigenständig gehandelt, die „besondere Gemeinschaft“ mit den westlichen Schwesterkirchen bewahrt und entgegen den Erwartungen der SED und ihrer konspirativ und offen agierenden Hilfwilligen sich nicht vereinzeln lassen.

Andere Fragen warten noch auf eine gründliche geschichtliche Aufarbeitung. Dabei wird es sehr darauf ankommen, unter welchen Aspekten und mit welchen Interessen diese Aufarbeitung vorangetrieben geht. Schon jetzt ist es so, daß die Aufarbeitung der DDR-Kirchengeschichte äußerst kontrovers verläuft und die unterschiedlichsten Gesichtspunkte deutlich werden. Diese Spannungen enthalten einen produktiven Faktor, der die Wahrheitssuche befördert. Nicht akzeptabel ist es, wenn die Täter von einst, die Verantwortlichen für die SED-Kirchenpolitik und die Stasibetreuer der Kirchen, in dieser Diskussion als seriöse Interpreten

und Zeitzeugen auftreten<sup>10</sup>. Auf Kosten ihrer früheren Opfer werden sie sich entlasten wollen, und sie werden in die Lage versetzt, zum zweiten Mal als Schicksals- und Geschichtsmacher aufzutreten. Der umstrittene Vorwurf der „Kumpanei“<sup>11</sup> zwischen SED-Regime und Kirche würde noch nachträglich bestätigt, wenn der nötige Abstand nicht eingehalten würde.

Wenn auch festzustellen ist, daß die Kirchen insgesamt ihre Eigenständigkeit bewahren konnten und die Stasiaktivitäten oft kontraproduktiv waren, sind die Schäden für Gesellschaft, Kultur und Kirche beträchtlich. An diesen Schädigungen haben jene ihren Anteil, die als Mitarbeiter der Stasi inoffiziell und konspirativ in den Kirchen arbeiteten. Das ist ein vorwiegend individuelles Problem dieser Menschen. In der Aufarbeitung kann aber nicht davon abgesehen werden, daß es in den Kirchen offenbar begünstigende Faktoren gab und daraus auch eine gesamtkirchliche Verantwortung abzuleiten ist.

---

### III. Moralische und sozioethische Aspekte der Stasiverstrickung

---

Die Stasiverstrickungen im kirchlichen Raum können nicht wertfrei behandelt werden. Noch leidet aber eine ethische Urteilsfindung an den Affekten, die der politische Wandel provoziert. Enttäuschungen, Selbstmitleid, idealistische Posen von Betroffenen samt zahlreicher Entrüstungsattitüden von denjenigen, die mit der Stasi nicht in Konflikt geraten waren, mischen sich fast zwangsläufig in die berechtigten Anklagen und die verständlichen Verteidigungsideologien. Das kann dazu beitragen, daß es zu einer unangemessenen Überhöhung des politischen Widerstandes einer Minderheit kommt, daß die Faszination des Bösen und seiner Methoden politisch wirkt oder jede individuelle und kollektive Verantwortlichkeit geleugnet werden könnte, weil das Verhalten mit den Umständen verrechnet wird. Es ist zu hoffen, daß die breite öffentliche und innerkirchliche Debatte, die jetzt in Gang gekommen ist, jene Distanz schafft,

7 Heino Falcke, Vor allem ist Selbstkritik unserer Kirchen angebracht, in: epd, Interview, Landesdienst Ost, (1992) 1.

8 Diesen Vorwurf hat zuerst Bärbel Bohley öffentlich erhoben. Dem haben sich inzwischen viele Bürgerrechtler angeschlossen, und er wird vor allem in Berlin in öffentlichen kirchlichen Veranstaltungen diskutiert.

9 Vgl. G. Besier/S. Wolf (Anm. 4), S. 19ff. und in Auseinandersetzung mit den Urteilen von Besier/Wolf: Werner Krusche, Nun wissen wir endlich, wer wir waren, in: Informations- und Dokumentationsstelle der EKD, Recht und Versöhnung II. Texte aus den Kirchen zum Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit, Staatssicherheitsproblematik, Informationen und Texte Nr. 6, Berlin 1992, S. 74ff.

10 Bedauerlicherweise haben auch Besier und Wolf in ihrem Buch (Anm. 4) den Mitarbeiter des Staatssekretariats für Kirchenfragen Horst Dohle und den Chef der Kirchenabteilung des MfS Joachim Wiegand als Quelle gelten lassen. Diese und andere Funktionäre und MfS-Offiziere treten in der Öffentlichkeit immer häufiger als Ent- und Belastungszeugen auf.

11 Der Begriff „Kumpanei“ ist von Besier und Wolf (Anm. 4) verwendet worden und hat zahlreiche heftige Reaktionen ausgelöst. Es ist jedoch empfehlenswert, das Zitat im Zusammenhang zu lesen. Dort erklären die Autoren, daß es zu keiner „vollständigen Vereinnahmung der Kirchenleitungen durch den SED-Staat“ gekommen sei.

die zur Formulierung ethischer Kriterien führen kann. Solche ethischen Kriterien müssen individuelle moralische Motive und sozialetisch begründetes Handeln verbinden, wie sie auch die Zeitschranke der Wende überwinden sollten.

Einen Anhalt bietet die Erfahrung mit Charakter und Funktionsweise von Herrschaft in der DDR. Diese Herrschaft beruhte nicht nur auf äußeren Machtmitteln, der Verteilung von Gratifikationen und der Verhängung von Sanktionen, die die Individuen in die Paßform des Organisationsstaates zwängten. Nicht nur die für autoritäre und totalitäre Systeme typische technische und physische Gewalt mittels einer perfekten zentralistischen Organisation, der militärischen Ordnung und geheimdienstlichen Durchdringung der Gesellschaft, hat die Macht weniger über viele gesichert und die Selbstverleugnung der Individualität ermöglicht. Vielmehr hat die Organisation des Denkens und Fühlens das System erhalten. Das konnte gelingen, weil auch der Kommunismus als geistesgeschichtliche Bewegung der noch nicht verkrafteten Aufklärung und Säkularisierung und deren industriegesellschaftlich bedingten Enttraditionalisierung und Entsolidarisierung ein neues Remythisierungsprogramm entgegenstellte. Wie der Faschismus die Natur verklärte, so verzauberte der Kommunismus die Geschichte. Dieses Programm besaß eine hohe Plausibilität. Einerseits knüpfte es an die verdrängten und nicht aufgearbeiteten Denkmuster an und funktionalisierte andererseits – trotz der tendenziellen Wissenschaftsfeindlichkeit – auch Sektoren des technisch-wissenschaftlichen Denkens. Vermittelt wurde das Programm durch quasireligiöse Rituale und Symbole, die sich fast aller sozialpsychologischer Muster bedienen. Zwar wurde die Individualität unterdrückt, aber zugleich fand das verunsicherte Individuum in Natur und Geschichte wieder einen Platz. Das entlastete das geknebelte Individuum, denn die Repression ließ sich positiv wenden. Aus der Unterdrückung wurde eine Selbstunterdrückung im Namen unverfügbarer Gegebenheiten. Fanatismus auf Abruf und massenweise „Überzeugung“ konnten nur in dieser Atmosphäre gedeihen. Die verinnerlichte Repression ließ die triste Realität des Sozialismus als unausweichliches Schicksal erleben.

Diese Abhängigkeiten und Bindungen kamen zum Vorschein, wenn die Unterdrücker sich von Zehntausenden anlässlich befohlener Aufmärsche umjubeln ließen, wenn Millionen in der SED und anderen Massenorganisationen sich in Überzeugungen einübten, und sie wurden vor allem auch von der Stasi genutzt. Die individuell zugeschnittenen Anwerbungsstrategien der Stasi zielten in der Regel auf eine Mitarbeit aus Überzeugung. Hier erklärt sich auch das Phänomen, daß selbst

in kirchlichen und oppositionellen Kreisen Menschen von der Stasi angeworben werden konnten. Die Stasi war gerade für diese Personengruppen ein angstbesetztes Macht- und Unterdrückungsinstrument. Eine Mitarbeit, zunächst auch nur das Gespräch mit Stasioffizieren, entlastete, weil es an der Macht – wenn auch um den Preis der Selbstunterdrückung – teilhaben ließ. Doch das erzeugte eben Bindungen und Abhängigkeiten, auf die die Stasi abzielte und die sie nutzte. In den einschlägigen Anleitungen zur Kontaktierung und Werbung von IM wird darauf hingewiesen, daß über den Führungsoffizier eine persönliche Bindung hergestellt werden soll: „Vertrauliche Beziehungen des IM-Kandidaten zum MfS werden vielfach über persönliche Bindungen, durch Zuneigung und Sympathie zum operativen Mitarbeiter eingeleitet.“<sup>12</sup>

Bei den IM und auch bei den Stasioffizieren findet sich daher kein Sonderverhalten, das sie für ihre konspirative Arbeit prädestinieren oder disponieren würde. Sie sind weder irgendwelche Monster, noch entsprechen sie den Helden oder Bösewichtern, der in der Unterhaltungsindustrie vermarkteten Agenten. Es sind „normale“ Menschen mit zumeist sehr durchschnittlichen Biographien<sup>13</sup>.

Die Stasi hat allerdings „vor der Kontaktierung ein Bild von der Persönlichkeit des IM-Kandidaten“ erarbeitet, „um so treffsicherer... dann die einzelnen Maßnahmen vorbereiten“<sup>14</sup> zu können. Dabei war es für die Werbung günstig, wenn sie auf Menschen stieß, die Bindungsprobleme hatten: Waisenkinder, Außenseiter, Menschen mit Partnerproblemen. In diesen Fällen ließ sich eine intensive Beziehung zu den Führungsoffizieren relativ leicht aufbauen. Auch das als „Schizophrenie“<sup>15</sup> beschriebene Phänomen der offensichtlichen Doppelbindungen von IM gehört hierher. So gibt es oft bei der Auswertung von IM-Berichten und dem Vergleich mit Verhalten und Lebensführung ihrer Verfasser große Schwierigkeiten, „eine“ Identität festzustellen, bzw. zu ermitteln, in welchem Interesse diese Menschen gearbeitet haben. Sie hatten eine doppelte Identität: Ganz Kirchenmann und ganz Stasimann, ganz Freund und ganz Feind, sie liebten Frau und Kinder und fühlten sich zugleich bei ihrem Führungsoffizier geborgen, der Berichte über die Familie verlangte. Solche Doppelbindungen sind eine Alltagserscheinung, da soziale Beziehungen nie vollständig homogen und widerspruchlos sind. Diese Wi-

12 Die Kontaktierung des IM-Kandidaten, Schulungsmaterial des MfS, VVS-0001 JHS Nr. 1/1985, Kopie, S. 47.

13 Vgl. Michael Beileites, *Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz*, Berlin 1991, S. 11f.

14 Die Kontaktierung des IM-Kandidaten (Anm. 12), S. 4.

15 Vgl. Sabine Brandt, *Die geheime Verführung*, in: *Deutschland Archiv*, 25 (1992) 2, S. 115ff.

dersprüche werden subjektiv auch kaum als moralisch verwerflich empfunden, lassen sie sich doch in größeren Zusammenhängen, Zwecken und Absichten positiv verrechnen.

Viele IM verfügen sogar über ein ausgesprochen festes moralisches Korsett. Die Stasi setzte auf Moral, weil nur diese eine stabile Bindung gewährleisten konnte: „Die aus der Aufklärung und Überprüfung des Kandidaten bekanntgewordenen Moralauffassungen und seine Vorstellungen über ‚Wahrhaftigkeit‘, ‚Verlässlichkeit‘, ‚Ehrlichkeit‘ und ‚Vertrauen‘ sind für die Erarbeitung der notwendigen Argumente (zur Werbung, E.N.) eine wichtige Grundlage.“<sup>16</sup>

So geben IM auch immer wieder in ihren Begründungen moralische und ehrenwerte Motive an, die sie zur Mitarbeit bewogen hätten. Gerade auch Theologen und Personen aus den Kirchen wollten dem Dialog dienen, Menschen helfen, zur Entspannung und Entkrampfung beitragen. Und stereotyp sind auch ihre ‚moralischen‘ Äußerungen, wenn sie jetzt der Zusammenarbeit beschuldigt werden: Sie hätten niemandem geschadet, und sie hätten keine Vorteile angenommen.

In der nachträglichen Bewertung ist es wenig sinnvoll, Stasimitarbeitern diese Motive abzusprechen. Freilich sind auch zahlreiche IM schon in DDR-Zeiten in Gewissensnöte gekommen, und mancher hat dekonspiriert – was ihn nicht selten zum Opfer der Stasi machte. Die meisten haben aber – bis heute – den ethischen Konflikt kaum wahrgenommen, der sich aus der Bindung unter moralischen Gesichtspunkten an die Stasi ergab und zu einem Vertrauensmißbrauch gegenüber ihrer Umgebung oder gar zu Aktionen zum Nachteil ihrer Mitmenschen führte. Aus einer abwägenden, den Schaden und den Nutzen verrechnenden Bewertung ist kaum ein Schuldgefühl zu entwickeln. Zumeist überwiegt dann immer noch der Anspruch, doch das Beste gewollt zu haben.

Zur ethischen Bewertung, die auch von IM nachvollzogen werden kann, muß vorrangig der konspirative Charakter der Stasimitarbeit geltend gemacht werden. Die Einhaltung der Konspiration war für die Stasi entscheidend: „Die wichtigste Forderung“ an den IM war „die ausdrückliche Bereitschaft zu ständiger, konspirativer Zusammenarbeit mit dem MfS...“<sup>17</sup> Schriftliche Verpflichtungserklärungen, das Benutzen konspirativer Wohnungen und Decknamen, die Verwendung

von geheimen Telefonnummern zur Kontaktaufnahme oder die Form der mündlichen oder schriftlichen Berichte waren dagegen sekundär und der grundsätzlich zu wahrenen Geheimhaltung untergeordnet.

Die von den IM eingehaltene Konspiration hat sowohl eine individuell moralische wie eine sozial-ethische Dimension, deren Konsequenzen er überschauen konnte. Bereits in der Werbung gab die Stasi zu erkennen, daß die vom IM „geforderte Zusammenarbeit keine Augenblickssache ist, sondern daß sie seine künftige Lebensgestaltung stark berührt“. Und die Stasi wußte, daß er „sich also mit den daraus für ihn ergebenden Auswirkungen und Folgen beschäftigen“<sup>18</sup> würde. Der IM wußte, daß die Mitarbeit ihn aus seinen sozialen Bezügen lösen würde. Es wurde zum „Einzelkämpfer“. Er sprengte die Solidarität der Gemeinschaft, in der er lebte, und ersetzte sie durch eine Abhängigkeit vom MfS, ohne damit eine neue soziale Identität aufbauen zu können. Die eingegangene Bindung an seinen Führungsoffizier und das MfS machte ihn nicht zum gleichberechtigten Partner, sondern zum Befehlsempfänger. Das konnte er kompensieren, indem er seiner ahnungslosen Umgebung gegenüber eine Machtposition einnahm. Für seine Handlungen mußte er sich weder privat noch öffentlich rechtfertigen. Er hatte nur noch Sorge zu tragen, daß er seine Aufgaben gegenüber dem MfS erfüllte. Mit der Konspiration war er in einen Teufelskreis geraten. Die Teilhabe an der Macht wurde zur selbstverschulden Unmündigkeit. Die durch Mitarbeit positiv gewendete Angst vor der Stasi stellte seine Identität in Frage und zerstörte sein soziales Umfeld. Nur eine Dekonspiration hätte ihn aus dem Dilemma befreien können. Doch dazu fehlte die Kraft, hatte er sich doch von denen gelöst, denen gegenüber er sich hätte offenbaren müssen.

Die Abhängigkeit bzw. Bindung an das MfS hat die Wende zumeist überdauert, weniger, weil Führungsoffiziere noch direkt ihre IM an der Leine halten, als vielmehr durch die langanhaltende Störung des sozialen Bezuges der IM. Eine auferlegte und abverlangte Überprüfung der Stasiverstrickung ist darum ein Beitrag, die Bindungen an das MfS zu lösen, die Möglichkeit der individuellen Selbstbestimmung wieder zu schaffen, und die Chance, soziale Beziehungen wieder zu rekonstruieren. Wenn immer wieder das Phänomen auftritt, daß sich IM bis zur letzten Minute, auch angesichts sicherer Überführung, auf Leugnungen festlegen und unsinnigste Verteidigungsstrategien entwickeln, ist das nicht nur einer die Verdrängung fördernden Angst vor dem sozialen Abstieg zuzurechnen, sondern rührt vornehmlich aus der Zerrüttung sozialer Bezüge und Bindungen. Die Aufhel-

16 Die Vorbereitung und Durchführung der Werbung von IM-Kandidaten und die 1. Phase der Zusammenarbeit mit neugeworbenen IM, Schulungsmaterial des MfS, VVS 0001 JHS Nr. 2/1985, Kopie, S. 12.

17 Ebd., S. 11. Zur Konspiration vgl. die Studie des Bürgerrechtlers und evangelischen Pfarrers Walter Schilling, Inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Versuch einer differenzierten Erläuterung, 26. 11. 1991, Typoskript.

18 Ebd., S. 13.

lung von Stasiverstrickungen hat also auch einen therapeutischen und resozialisierenden Effekt.

Was für die Stasiverstrickung des einzelnen gilt, ist auch für den gesellschaftlichen Umgang mit der Stasi insgesamt nötig. Die Stasi als Angstmacher über die politische Wende hinaus ist ein Phantom, ein Mythos. Zweifellos gibt es in Politik und Wirtschaft noch zahlreiche informelle und möglicherweise auch einige organisatorisch verfestigte Beziehungsgeflechte, Seilschaften und Interessengemeinschaften. Für das Vertrauen der Menschen in Institutionen und Personen aber noch gefährlicher sind jene irrationalen und schwer zu kontrollierenden Ängste vor einer mythologisierten Krake Stasi. Die Aufdeckung, Abklärung und Ermittlung tatsächlicher krimineller Aktivitäten von Stasistrukturen ist eine nötige Aufgabe. Sie bliebe aber für das gesellschaftliche Leben unbedeutend, wenn nicht gleichzeitig die Aufklärung über die Mechanismen der durch die Stasi induzierten fortgesetzten Selbstunterdrückung erfolgte. Die Anonymisierung und Abstrahierung der Stasi fördert irrationale Ängste, die zu politischer Passivität führen können und das Verlangen nach Schutzkräften stärken, die wieder stellvertretend für die Bürger handeln. Aber auch einer unangemessenen Ideologisierung des Aufarbeitungsprozesses wäre dringend gegenzusteuern.

Um zu sozialer und politischer Mündigkeit im Osten zu gelangen, die Entscheidungswilligkeit und -freiheit des einzelnen zu stärken, muß eine aufklärerische Aufarbeitung als sozialetische Aufgabe begriffen werden. Dazu bieten die protestantischen Kirchen im Osten Voraussetzungen. Deren sozialetisches Engagement hat in DDR-Zeiten dazu beigetragen, die SED-Herrschaft aufzuklären, weil es die metaphysische Legitimation der Macht in Frage stellte. Nicht anders kann auch die Entmythologisierung und Entmachtung des Stasimythos vollzogen werden.

Für eine ethische und aufklärerische Aufarbeitung der Vergangenheit gibt es in den Kirchen und aus ihnen heraus bereits zahlreiche Ansätze. Öffentlich bekanntgeworden ist vor allem die Initiative des Pfarrers und politischen Moralisten Friedrich Schorlemmer, der die Idee des moralischen Tribunals verbreitete, um Formen politischer Hexenjagd oder ideologischem Exorzismus zu begegnen. Die Tribunalsidee ist zugunsten eines öffentlichen Forums modifiziert und damit auch praktikabler geworden. Im Grunde ist die ethische Aufarbeitung auch eine öffentliche Angelegenheit und kann sich nicht auf den kirchlichen Binnenraum beschränken. Nur haben die Kirchen in diesen Fragen eine besondere Verantwortung, die sich sowohl aus ihrem eigenen Anspruch ergibt, eine der Ethik besonders verpflichtete Institution zu sein, wie ihr auch immer noch in der Gesellschaft eine wesentli-

che Kompetenz in ethischen Fragen zugebilligt wird. Allerdings kann eine ethische und sozialetische Aufarbeitung keinen Ersatz dafür bieten, daß die Gesellschaft innerhalb festgelegter und für alle gültiger Regeln Handlungen bewertet.

---

## IV. Rechtliche Aspekte

---

Recht allein kann nicht vollkommene Gerechtigkeit schaffen, aber der Verzicht auf eine rechtliche Aufarbeitung oder auch nur deren Behinderung hätte fatale Folgen für die öffentliche Moral und das Rechtsempfinden. Die Bedingungen für eine rechtliche Aufarbeitung von Stasiverstrickungen sind im kirchlichen Bereich im Vergleich zu den staatlichen Möglichkeiten nahezu optimal. Da das staatliche Recht ohnehin nicht für die Bedingungen eines politischen Systemwechsels zugeschnitten und von daher auch überfordert ist, wirkt sich das positive Rechtsverständnis, wie es im Grundgesetz festgeschrieben und durch den Einigungsvertrag bestätigt wurde, als Hemmnis für eine zügige Verfolgung bestimmter Tätergruppen aus. Das hat zu schweren Enttäuschungen geführt. Das ostdeutsche Rechtsempfinden hat ein starkes moralisches Element, da sich die Menschen über Jahrzehnte von einer „sozialistischen Legalität“ beansprucht sahen, die als nicht legitim erlebt wurde. Die gegen die DDR-staatliche Legalität gerichtete zweite Öffentlichkeit, die Zone einer grauen privaten Ökonomie, jugendliche und intellektuelle Subkulturen, religiöse und inoffizielle Solidaritäten rechtfertigten sich aus einer Moral, die sich außerhalb des staatlichen Rechts reproduzieren mußte. Auch war politische Opposition und schließlich der Aufstand des Volkes nur möglich, wenn illegales Handeln als legitim verstanden werden konnte. Das hat zu einem tendenziellen moralischen Fundamentalismus beigetragen, mit dem das jetzt strikt geltende Legalitätsprinzip nur schwer vereinbar ist und einen sich fortsetzenden „Gefühlstau“ bewirkt. Um hier Abhilfe zu schaffen, müßten mit Hilfe des Rechts in der Logik der friedlichen Revolution der politische Systemwechsel, Elitenaustausch, Wiedergutmachung etc. durchgesetzt werden. Im kirchlichen Bereich ist das möglich und könnte auch gesellschaftliche Bedeutung erlangen. Das Kirchenrecht war nie in das DDR-Recht integriert. Die Kirchen hatten ein unabhängiges und intaktes Rechtssystem, das jetzt auch in der Stasifrage zum Zuge kommen kann. So ist die Rechtslage für die Fälle der inoffiziellen Mitarbeit von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern eindeutig, unabhängig von der moralischen Frage des Vertrauensmißbrauches.

Die kirchlichen Verfassungen sollen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen sichern. So heißt es etwa in der Grundordnung der Berlin-Brandenburgischen Kirche<sup>19</sup> im Artikel 1 (2): „Allein an diesen Auftrag gebunden urteilt die Kirche frei über ihre Lehre und bestimmt selbständig ihre Ordnung. In dieser Bindung und Freiheit erfüllt sie ihre Aufgaben, überträgt Dienste und gestaltet sie ihre Einrichtungen.“ In Artikel 1 (3) heißt es, die Kirche „leitet sich selbst“.

Da IM zur Informationsbeschaffung, zur Beeinflussung von Entscheidungen, zur Steuerung von Stellenbesetzungen, zu sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“ u. a. im Interesse von SED, Stasi und Staat eingesetzt waren, haben sie die in den Verfassungen definierten Grundsätze der Selbständigkeit der Kirche gebrochen. Überdies sind diese Verfassungsgrundsätze im Pfarrerdienstrecht, in den Lebensordnungen und anderen Rechtssetzungen bekräftigt. So ist eine exekutive politische Tätigkeit eines Pfarrers ausgeschlossen. Schon die Mitarbeit in einem legislativen Organ bedarf der Anmeldung und Genehmigung kirchlicherseits.

Ein weiterer Verfassungsbruch bei IM-Tätigkeit betrifft das Beichtgeheimnis und die Dienstverschwiegenheit. In der Grundordnung der Berlin-Brandenburgischen Kirche heißt es in Artikel 3: „Das Beichtgeheimnis ist unverbrüchlich. Beichtgeheimnis und seelsorgerliche Schweigepflicht werden von der Kirche geschützt. Zur Dienstverschwiegenheit verpflichtet sind alle kirchlichen Mitarbeiter und Mitglieder aller kirchlichen Gremien über Angelegenheiten, die ihnen in Ausübung ihres Dienstes zur Kenntnis gelangen...“ IM der niedrigsten Kategorie, die der Informationsgewinnung dienten, haben durch ihre Berichte und Aussagen über Vorgänge und Personen, durch ihre mündliche oder schriftliche Verpflichtung gegenüber der Stasi, durch verdeckte und konspirative Vorgehensweise, durch die Entgegennahme von Gratifikationen und Auszeichnungen usw. einen ganz zentralen Bereich von Rechtssätzen gebrochen. Für Pfarrer kommt hinzu, daß sie ihr Ordinationsgelübde verletzt haben, für dessen Einhaltung notfalls zu leiden sie sich einst verpflichtet hatten. Diese Tatbestände erfordern zwingend ein disziplinarisches Vorgehen, das in der Regel die Entfernung aus dem Dienst zur Folge haben müßte.

Selbstverständlich müssen Beschuldigte Anspruch auf ein ordentliches Verfahren haben. Da es in einigen Fällen schwer sein wird, den Tatbestand einer IM-Tätigkeit genau zu erfassen, weil Akten

<sup>19</sup> Zitate aus der Grundordnung der Berlin-Brandenburgischen Kirche (Region Ost) vom 15. 12. 1948 in der Fassung vom 20. 11. 1978.

vernichtet wurden und einige wenige keine Verpflichtungen gegenüber der Stasi eingegangen sind und trotzdem als IM geführt wurden, muß bei Zweifel und unzureichender Beweislage zugunsten des Angeschuldigten entschieden werden. Notwendige Differenzierungen können immer im Verfahren vorgenommen werden. So wird eine geringfügige Informationstätigkeit disziplinarisch anders bewertet werden als Fälle, in denen junge Offiziere der Stasi sich taufen ließen und Theologie studierten, um dann über eine geschickte Personalpolitik in der Kirche auch noch Schlüsselpositionen zu bekleiden. Die Kirchen haben in DDR-Zeiten vom Disziplinarrecht Gebrauch gemacht, wenn Pfarrer und Mitarbeiter sich Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Das betraf häufig die private Lebensführung und das betraf auch solche, die einen Ausreiseantrag nach Westdeutschland stellten. Ihnen wurde in der Regel befristet wegen Verletzung der Treuepflicht die Rechte der Ordination aberkannt, so daß sie auch in Westdeutschland ihren Beruf nicht ausüben konnten. Darunter befanden sich auch solche, die durch ihre Haltungen mit der Stasi in Konflikt geraten waren und in der Auswanderung eine Möglichkeit der Entlastung sahen<sup>20</sup>. Der Gleichheitsgrundsatz, der auch im Kirchenrecht gilt, erfordert eine Rehabilitation dieser Opfer und eine Sanktionierung der IM.

In der Rechtspraxis der Kirchen hat die eindeutige Rechtslage bisher nur bedingt Niederschlag gefunden. In allen östlichen Landeskirchen sind schon befristete und unbefristete Entlassungen ausgesprochen oder andere Formen der Sanktionierung gewählt worden. Dennoch wird noch sehr zögerlich vorgegangen. Hier mag sich auswirken, daß noch immer eine Reihe ehemaliger IM diesen Prozeß behindern. Außerdem sind die Verfahren recht kompliziert, wenn nicht eindeutiges Material aus den Stasiarchiven vorliegt. Das wichtigste Hemmnis rührt aber aus einem Kirchenverständnis, das aus theologischen Gründen die Kirche als einen rechtlichen Sonderraum betrachtet bzw. in einer theologisch geleiteten Wahrnehmung von Kirche deren soziale und rechtliche Realität ausblendet. So schrieb Propst Furian in Berlin an die kirchlichen Mitarbeiter: „Hinter dieser Forderung (der Überprüfung, E.N.) steht meines Erachtens ein grundsätzliches Mißtrauen... Dieses Mißtrauen widerspricht dem Bekenntnis (Barmen IV) und der Erfahrung... Wer... Überprüfung... fordert, führt objektiv Stasi-Methoden in die Kir-

<sup>20</sup> Als Beispiel mag der oppositionelle Thüringer Pfarrer Reinhard Weidner gelten, der mit Hilfe kirchlicher IM verfolgt und diszipliniert wurde und auch seine Ordinationsrechte verlor. Vgl. Berliner Zeitung vom 31. 1. 1992, S. 3: Ein diabolisches Spiel mit christlichen Hirten; zur rechtlichen Situation von Pfarrern, die als IM angeworben wurden, vgl. Richard Schröder, Nischen im Zwielicht, Stasi und Kirche in der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 12. 1991.

che ein.“<sup>21</sup> Eine solche Äußerung, deren es zahlreiche gibt, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Von Vertrauen kann in den Kirchen überhaupt keine Rede sein, wenn ehemalige IM nicht dekonspirieren und wenn nicht versucht wird, das Vertrauen wiederherzustellen. Dabei kommt wohl immer noch eine traditionelle Rechtskritik des Protestantismus, wie das aus der DDR-Erfahrung weitergetragene Mißtrauen gegenüber dem politisierten Recht, zum Ausdruck. Diese Unsicherheiten sind vor allem in der Frage sichtbar geworden, ob auch im kirchlichen Bereich eine Regelüberprüfung für alle kirchlichen Mitarbeiter in der Gauckbehörde angestrebt werden solle.

Energisch hat zuerst die Mecklenburger Landeskirche eine Regelüberprüfung ihrer Mitarbeiter beschlossen<sup>22</sup>. Die Mehrheit der Kirchen sind aber dieser generellen Vorgehensweise nicht gefolgt. Die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche setzte einen Seelsorgeausschuß ein, an den sich Betroffene wenden können. Außerdem wurde ein Überprüfungsausschuß installiert, der eine Befragung aller kirchlichen Mitarbeiter durchführt und in Fällen des Verdachts, bei privater und öffentlicher Anschuldigung sowie zum Zwecke der Rehabilitation ermittelt und diese Ergebnisse für eventuell zu führende Disziplinarverfahren zur Verfügung stellt. Dieses Verfahren, so wird von Kritikern eingewendet, ermöglicht es einer Reihe von IM, die nicht durch zufällige Aktenfunde bekannt werden, einer Überprüfung zu entgehen. Solche Inkonsequenzen, die sich zwangsläufig aus der Einschränkung von Regelüberprüfungen ergeben, werden im kirchlichen Raum damit gerechtfertigt, daß die Kirche kein „öffentlicher Dienst“<sup>23</sup> sei. Ulrich von Saß sieht in der Regelüberprüfung „eher eine geistliche Bankrotterklärung, denn die Synode (Mecklenburgs, E.N.) gesteht so doch öffentlich ein, daß ihr im Umgang mit Schuld kein besseres oder auch nur anderes Instrumentarium zur Verfügung steht, als jedem Kreistag“<sup>24</sup>. Hier zeigt sich, daß oft ostdeutsche Kirchenleute nicht verstanden haben, was es bedeutet, daß die Kirche Körperschaft öffentlichen Rechtes ist, die Kirche über das Subsidiaritätsprinzip öffentliche Aufga-

ben übernimmt und der Gesetzgeber die Kirchen und ihr Recht so bevorteilt, daß ihre internen Regelungen im materiellen Sinne Gesetzesqualität haben. Außerdem nehmen die Kirchen mit Selbstverständlichkeit staatskirchenrechtlichen Schutz und Sicherung zahlreicher ihrer Aufgaben in Anspruch und können ebenso darauf vertrauen, daß Gewohnheitsrecht und Sitte eine Einschränkung des kirchlichen Dienstes ausschließen und Behinderungen rechtlich sanktionieren. Die Kirchen müssen sich darum ihrerseits in öffentlichen Bereichen so verhalten, daß sie nicht ihre Legitimität verspielen und ihre legalen Ansprüche selbst untergraben. Dies läßt sich am rechtlichen Status des Seelsorgers demonstrieren.

Das Beichtgeheimnis und die Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitsverpflichtung, die durch Stasimitarbeit verletzt wurden, sind nicht nur im Kirchenrecht abverlangt, sondern auch staatskirchenrechtlich geschützt (z.B. Zeugnisverweigerungsrecht). Auch in der DDR wurde dies respektiert. Der Seelsorger, Pfarrer und Priester soll in der Öffentlichkeit, vergleichbar den Berufsständen der Richter, Ärzte etc., unabhängig bleiben können. Bei dienstrechtlichen Vergehen werden entsprechende Sanktionen verhängt, die die Kirchen hoheitlich selbst vollziehen. Diese innerkirchlichen Regelungen erlauben aber nicht, das öffentliche Interesse zu ignorieren. Es muß auch daran erinnert werden, daß besonders in der DDR die Seelsorger über die Kirchen und Gemeindegrenzen hinaus eine zentrale Rolle für bedrängte Menschen spielten. Eine laxer Handhabung oder gar der Verzicht auf eine Sanktionierung von IM würde darum nicht nur die Berufsehre des Pfarrerstandes schädigen, sondern mindestens gegen Recht und Sitte verstoßen. Dazu gehört es auch, daß die Kirchen etwa die Möglichkeit des Stasiunterlagengesetzes ausschöpfen, in dem die Kirchen vom Gesetzgeber mit anderen öffentlichen Institutionen gleichgestellt wurden. Solange die Kirchen sich nicht in den privatrechtlichen Bereich zurückziehen, als informelle Gruppe auf Rechtsansprüche verzichten, müssen sie sich innerhalb eines Rechtsgefüges bewegen, das auch sie beansprucht. Die Unterlassung der Regelüberprüfung ist darum eine fragwürdige Angelegenheit.

Ein rechtliches Sonderproblem ergibt sich in der Bewertung der DDR-Kirchen- und Religionspolitik. Bisher wurde kaum über die Tätergruppe diskutiert, die die kommunistische Kirchenpolitik konzipiert, umgesetzt und vorrangig zu verantworten hatte: bestimmte hochgestellte SED-Funktionäre, die Staatssekretäre für Kirchenfragen und die hohen Offiziere der Stasi in den Kirchenabteilungen. Mit ihren Eingriffen in die kirchliche Hoheit und ihren aktiven Handlungen gegen die individuelle religiöse Selbstbestimmung haben sie

21 Heinz-Otto Furian, Rundbrief des Propstes der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 6. 1. 1992, in: Informations- und Dokumentationsstelle der EKD, Recht und Versöhnung II (Anm. 9), S. 63ff.

22 Zu den Entscheidungen von Kirchenleitungen und Synoden der ostdeutschen Landeskirchen und der EKD vgl. Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen, Recht und Versöhnung. Texte aus den Kirchen zum Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit, Staatssicherheitsproblematik, Information und Texte 1991/5; Informations- und Dokumentationsstelle der EKD, Recht und Versöhnung II (Anm. 9).

23 Vgl. Friedrich Winter, Staatssicherheitsdienst und Kirche, in: Die Zeichen der Welt, 46 (1992) 1, S. 29.

24 Ulrich von Saß, Geistliche Bankrotterklärung, in: Die Kirche vom 21. 7. 1991.

gegen Verfassungsgrundsätze verstoßen. Die Verfassung der DDR von 1968 sicherte im Artikel 39 (1) und (2) diese Rechte ausdrücklich zu. Zudem können die Inhalte der Artikel 42 und 43 der Verfassung der DDR von 1949 als Auslegungshilfe herangezogen werden, weil staatlicherseits die Trennung von Staat und Kirche und die Regelung rechtlicher Beziehungen, soweit sie noch praktiziert wurden, im Sinne der ersten Verfassung der DDR interpretiert und gehandhabt wurden. Diese Verfassungsgrundsätze sind auch strafrechtlich unterlegt. Im Strafgesetzbuch der DDR<sup>25</sup> wurde im Artikel 5 (Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz) und in § 133 (Straftaten gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung) eine Handhabe gegen die Verletzung des ohnehin minimalen Staatskirchenrechtes gegeben. Hier müßte eine Prüfung erfolgen, ob die Bestimmungen des Einigungsvertrages eine auf der Grundlage der DDR-Gesetzgebung mögliche Strafverfolgung gewährleisten.

Da die Kirchen jetzt dem Vorwurf der „Kumpanei“ mit der SED ausgesetzt sind, sollten sie auch in rechtlicher Hinsicht ihre Distanz deutlich markieren und nach Möglichkeiten suchen, ihre einstigen Peiniger zur Verantwortung zu ziehen. Schon das Bemühen würde in Kirche und Gesellschaft als Beitrag verstanden werden, die Hauptverantwortlichen nicht unbillig zu schonen.

---

## V. Theologische Aspekte

---

Wenn auch die Stasiverstrickungen kirchlicher Mitarbeiter bis in die Leitungsebenen als individuelle Grenzüberschreitungen zu bewerten sind, muß bei der relativ großen Anzahl von Betroffenen nach begünstigenden Faktoren gefragt werden, die neben strukturellen Bedingungen in den theologischen Orientierungen zu suchen sind. Insofern „handelt es sich nicht mehr um persönliche Probleme einzelner, sondern um einen tiefer in Theologie und Kirchenverständnis sitzenden Schaden“<sup>26</sup>. Der schnelle Hinweis auf Intention und Konzeption der „Kirche im Sozialismus“, die die Bereitschaft zur Kollaboration gefördert hätte, muß schon aus historischen Gründen abgewiesen werden. Hier spielen theologische Muster eine Rolle, die wesentlich älter sind und die von jeher zur Verhältnisbestimmung zwischen religiösen und gesellschaftlichen Institu-

tionen benutzt wurden. Auch kann nicht von einer einheitlichen Theologie der protestantischen Kirchen in der DDR-Zeit die Rede sein. Vielmehr wirken sich unterschiedlichste Traditionen, Ungleichzeitigkeiten, Niveauunterschiede, Mentalitäten und individuelle Profile aus.

„Einfallstore“ der Stasi in „theologischen Einstellungen und kirchlichen Verhaltensweisen“ sind jüngst von Götz Planer-Friedrich<sup>27</sup> und Heino Falcke<sup>28</sup> herausgearbeitet worden. Planer-Friedrich hat am Fall der Thüringischen Landeskirche nachgezeichnet, daß eine – auch im Habitus antiquierte – patriarchalische Ordnungstheologie, gespeist aus einem simplifizierten neulutherischen Verständnis der Zweireichelehre, allzusehr darauf bedacht war, jeglichem Konflikt mit den Mächtigen auszuweichen, und auch im SED-Staat und dessen Organen eine gottgewollte Ordnungsmacht sah, die solange nicht zu kritisieren war, wie sie die geistlichen innerkirchlichen Vollzüge nicht berührte. Diese Art Trennung von „geistlich“ und „weltlich“ war der Stasi gerade recht und von ihr gewollt, half dies doch die gesellschaftliche Neutralisation der Kirchen zu fördern. Gerechterweise muß ergänzt werden, daß nicht nur in der Thüringer Provinz so gedacht wurde, sondern daß sich ebenso in der preußisch-protestantischen Tradition ein positivistisches Staatsverständnis gehalten hatte, das bis heute in der Stasi, ungeachtet deren konspirativen Charakters, noch ein Wirken für das „Wohl“ der Menschen erkennen kann<sup>29</sup>. So haben Theologen, in ihren Traditionen befangen, dem SED-Staat und dem MfS auch überschüssige Legitimationen verschaffen können, was bei einigen die Schwelle für die Kontaktaufnahme mit der Stasi wesentlich herabgesetzt haben mag.

Falcke hat darüber hinaus daran erinnert, daß auch andere theologische Figuren für die gleichen Aufgaben benutzt werden konnten. Beispielsweise hat Hanfried Müller und der von ihm beeinflusste Kreis nicht davor zurückgeschreckt, Bonhoeffers theologischen Ansatz, seinen Weg „von der Kirche zur Welt“, derart zu interpretieren, daß der reale Kommunismus als die Erfüllung christlicher Verheißung gelten konnte. Kein Wunder, daß diese Theologen das Ende des SED- und Stasystems jetzt noch als Niederlage der Wahrheit beklagen. Für ein Aufsatteln der Stasi waren aber auch eine funktionale Religionstheorie, eine auch in der katholischen Kirche verbreitete, theologisch begründete „Wagenburgmentalität“ und eine pragmatische Kirchenpolitik, die am Überleben der Kirche als Wert an sich orientiert war, geeignet.

25 Vgl. Strafgesetzbuch der DDR vom 12.1. 1968 in der Neufassung vom 19.12. 1974, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR I, 1975/3, S. 14ff.

26 Götz Planer-Friedrich, Einfallstore für die Stasi. Der Thüringer Weg systemkonformer Kirchenpolitik, in: Evangelische Kommentare, 25 (1992) 2, S. 76.

27 Vgl. ebd., S. 75ff.

28 Vgl. Heino Falcke, Verdrängen, vergelten oder versöhnen. Über den Umgang mit der Wahrheit, Vortrag in der Evangelischen Akademie Berlin am 22.2. 1992, Typoskript.

29 Vgl. Ulrich Schröter, Wie wurde man IM?, in: Die Zeit vom 6.3. 1992; F. Winter (Anm. 23).

Alle in diesem Zusammenhang zu nennenden theologischen Muster und Traditionen haben nun nicht zwingend Staatsnähe oder Stasiverstrickung determiniert. Die theologischen Denk- und Sprachgebäude hatten viele Türen, immer auch Notausgänge, die gangbare Wege eröffneten. In der Aufarbeitung käme es darauf an zu untersuchen, inwieweit die Theologie als eine Ideologie gebraucht und mißbraucht werden konnte. Und es muß geklärt werden, welche theologischen Denkweisen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unterstützten, damit in den Kirchen eine gesellschafts- und staatskritische Sozialethik konzipiert und praktiziert werden konnte. Dieser theologische Diskurs muß schon deswegen geführt werden, weil auch jetzt nach der Wende der gesellschaftliche Ort der Kirchen gesucht und theologisch begründet werden muß. Für diese Zukunftsaufgabe kann die auf theologischer Ebene geführte Debatte zur Vergangenheitsaufarbeitung helfen.

In der ostdeutschen Gesellschaft gibt es ein elementares Orientierungsbedürfnis, auf das die Kirchen reagieren müssen. Sie können über ihren eigenen politischen, ethischen und juristischen Beitrag hinaus auch die „metaphysische Dimension der Schuld“<sup>30</sup> aufnehmen.

Da in der ostdeutschen Gesellschaft der Wandel noch keineswegs verkräftet ist und vorerst die Orientierungsdefizite von unkontrolliertem Pragmatismus und Hedonismus besetzt werden, entstehen für das soziale Handeln zahlreiche Bezugsprobleme. Die Formulierung eines gesellschaftlichen Konsenses, in dessen Rahmen die gesellschaftlichen Konflikte ausgetragen werden, verlangt nach einer Transzendierung der Erfahrungen. Eine der theologischen Chiffren für den gesellschaftlichen Konsens wäre der Begriff „Versöhnung“, der inhaltlich gefüllt ist, dem Prozeßcharakter Rechnung trägt und in der theologischen Logik auch nicht mehr begründet werden muß. Daß es um Versöhnung gehen muß, wird in der theologischen und kirchlichen Diskussion auch nicht hinterfragt. Streitig ist vielmehr, wie dahin zu gelangen ist. Entsprechend wird über „billige“, „zuvorkommende“ oder „teure Gnade“<sup>31</sup> disputiert und daraus Anleitung zum Handeln abgeleitet. Ob dieser theologische Diskurs auch einen sozialen Effekt hat und „Vergebung von Schuld“ oder Versöh-

nung auch zu Verhalten bestimmender Realität wird, hängt wahrscheinlich von einer kirchlichen Praxis ab, die innerhalb der Kirchen und über deren Grenzen hinweg normierend wirkt. Dafür gibt es erste Anzeichen. Zahlreiche Gemeinden, Akademien, Bildungseinrichtungen sowie Jugendarbeit und andere Arbeitszweige beschäftigen sich intensiv mit der Problematik und entwickeln partizipative und integrative Modelle. Außerdem haben sich an verschiedenen Orten in Ostdeutschland informelle Gruppen und Zusammenschlüsse gebildet, die Betroffene aller Art zusammenführen<sup>32</sup>. Diese Versuche sind aber nur dann sinnvoll, wenn sie den politischen Konflikt nicht scheuen, die ethisch begründete Anklage nicht vermeiden und die soziale Integration nicht als Alternative zum Recht sehen. Die Zusammengehörigkeit dieser vordergründig als widersprüchlich erscheinenden Dimensionen der Vergangenheitsaufarbeitung der Stasiverstrickungen macht alle entsprechenden Aktivitäten zu Unternehmungen, deren Ausgang offenbleiben muß. Hier können viele Fehler gemacht werden, aber gar nichts zu tun schadet in jedem Falle.

Nach dem Kriege haben die Evangelischen Kirchen einen Neuanfang mit einem öffentlichen Schuldbekenntnis gesucht. Inzwischen wird auch diese Frage in den östlichen Landeskirchen erörtert. Der Anlaß und der Zweck eines neuerlichen Schuldbekenntnisses wäre mit der Stuttgarter Erklärung von 1945 sicherlich nicht vergleichbar. Aber ein solches Bekenntnis erübrigt sich nicht und ein diesbezüglicher Rat<sup>33</sup> trifft nicht das, was im Osten jetzt gebraucht wird. Ein solches Schuldbekenntnis würde nicht die Kirche diffamieren. Es würde eine neue Solidarität mit der von Unsicherheit und sozialen Krisen betroffenen Gesellschaft herstellen. Im Osten wird keine „Kirche von Weißwäschern“<sup>34</sup> gebraucht, die zusammen mit allerlei Wendehälsen ihre Geschichte verleugnet, sondern vielmehr eine Kirche, die mit und unter schuldig Gewordenen wieder Selbstbewußtsein entwickelt, damit die gewonnene Freiheit auch ausgefüllt werden kann.

32 Solche Gruppen existieren in Berlin, Leipzig, Dresden und Jena. Außerdem bildete sich das Netzwerk „Beirat“ von Gruppen und Einzelpersonen, das sowohl Bürgerkomitees, Einrichtungen der Bürgerbewegungen, kirchliche Initiativen u. a. erfaßt. Eine der Gruppen ist die „Initiative Recht und Versöhnung“, dokumentiert in: Informations- und Dokumentationsstelle der EKD, Recht und Versöhnung II (Anm. 9).

33 Gegen ein Schuldbekenntnis hat sich der SPD-Politiker und Präses der EKD-Synode, Jürgen Schmude, ausgesprochen. Vgl. Jürgen Schmude, Interview, in: Neue Osnabrücker Zeitung vom 2. 1. 1992.

34 H. Falcke (Anm. 28).

30 Ludwig Mehlhorn hat in seinem Vortrag „Kontinuität von Täterverhalten“ in der Evangelischen Akademie Berlin am 22. 2. 1992 in Anlehnung an Karl Jaspers auf die metaphysische Dimension der Schuld hingewiesen.

31 Vgl. Ehrhart Neubert, Recht, Verantwortung und Versöhnung. Zum Stasiprobem der Kirchen, in: Die Kirche vom 25. 8., 1. 9., 8. 9. 1991; Christoph Demke, Billige Gnade, in: Die Kirche vom 16. 2. 1992 (Ausgabe für die Kirchenprovinz Sachsen); H. Falcke (Anm. 28).

## Das Ostbüro der SPD 1946–1981

Das Ostbüro der SPD, über Jahrzehnte hinweg ein Mauerblümchen der Zeitgeschichte, war in den vierziger und fünfziger Jahren eine geheimnisumwitterte Organisation im Kalten Krieg. Geschaffen als Reaktion auf die Vereinigungsbestrebungen der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ), sollte diese Organisation des SPD-Parteivorstandes über Jahrzehnte hinweg auf östlicher Seite hysterische Reaktionen auslösen.

Kurt Schumacher, der erste Parteivorsitzende der SPD in den Westzonen Nachkriegsdeutschlands, sah im Vereinigungsdrang der KPD schon früh deren Versuch, zumindest im Osten Deutschlands die Macht zu erringen. Er fühlte sich durch die Berichte über Zwangsmaßnahmen der Sowjets gegen Sozialdemokraten in seiner Anschauung bestärkt. Geprägt hatten ihn seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit: Das Paktieren der Kommunisten mit den Nationalsozialisten gegen die ungeliebte Republik, etwa im Streik der Berliner Verkehrsbetriebe, aber auch die feindselige Haltung, die die KPD in dieser Zeit der SPD gegenüber einnahm, waren ihm noch in frischer Erinnerung. Zum anderen sah Schumacher in dem Stillhalte- oder Legalitätskurs eines Großteils der Sozialdemokraten nach dem Staatsstreich in Preußen eine Kapitulation vor den Nationalsozialisten<sup>1</sup>. Schumacher war nicht bereit, demokratisches Terrain kampfflos antidemokratischen Kräften zu überlassen. Insofern scheint es nur konsequent, daß er sich auch mit den Entwicklungen in der SBZ, mit dem „Parteistreich“ gegen die SPD im Sinne von Stalins Deutschlandpolitik, nicht einfach abfinden wollte. Die SPD hielt ihren Anspruch aufrecht, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Da im Osten Deutschlands eine legale Tätigkeit ausgeschlossen war, wollte sie in der SBZ aus der Illegalität heraus wirken<sup>2</sup>. Diesem Zweck sollte von nun an das Ostbüro dienen. In Anknüpfung an alte sozialdemokratische Traditionen, die sich im Kaiserreich und in der NS-Zeit bewährt hatten, plante Schumacher schon im Februar 1946 die Einrichtung einer „Untergrundorganisation“ in der sowjetischen Zone. Entsprechend äußerte er sich gegenüber dem politischen Berater des britischen Oberbefehlshabers in Berlin, William Strang. Dieser telegraphierte am 23. Februar 1946 nach London: „His plan seems to

be to maintain contact underground organization inside the United Party, for which he is already making arrangement.“<sup>3</sup>

Als „Betreuungsstelle Ost“ unterstützte man in Hannover seit Anfang 1946 Sozialdemokraten, die sich der politischen Verfolgung in der SBZ durch Flucht in den Westen entzogen. Zu ihnen zählte auch der erste Leiter dieser Flüchtlingsbetreuungsstelle, Rudi Dux, ein sozialdemokratischer Journalist, der als NS-Widerstandskämpfer zwei Jahre inhaftiert war, und nach Kriegsende in Magdeburg die SPD mitaufgebaut hatte. Er mußte im Februar 1946 nach Konflikten mit der Sowjetischen Militäradministration fliehen. Zwei Aufgaben bestimmten den Beginn der Arbeit des Ostbüros: die Flüchtlingsbetreuung und die Flugschriften-Propaganda. „Bei der Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost in Hannover findet eine Registrierung und eine Vorprüfung der ankommenden Flüchtlinge statt“, berichtete der sozialdemokratische *Vorwärts*. „Hat es sich in Hannover herausgestellt, daß es sich um einen echten politischen Flüchtling handelt, dann gewährt ihm die SPD jeden nur möglichen Schutz und jede nur mögliche Hilfe und Unterstützung.“<sup>4</sup> Rudi Dux schickte Kuriere in die SBZ, wo versucht werden sollte, alte Verbindungen zu Genossen aufzunehmen bzw. zu vertiefen, um so herauszufinden, ob es sich bei den eingetroffenen Flüchtlingen tatsächlich um verfolgte Sozialdemokraten handelte.

Die Mitarbeiter des Ostbüros betreuten nicht nur die verdeckt agierende Parteiorganisation in der SBZ, sondern befragten auch die in Hannover eintreffenden Flüchtlinge. Nur wer über die grundlegenden Veränderungen im Bilde war, die sich in Ostdeutschland vollzogen, konnte glaubwürdig den Anspruch aufrechterhalten, gesamtdeutsch tätig zu sein. Ausgewertet wurden auch Zeitungen und andere Schriften, die das Ostbüro aus der SBZ erhielt. Dabei erscheint die Arbeit der ersten Informanten rückblickend als noch wenig professionell, fast spielerisch: „Habe Dir die letzten Freiheiten (gemeint ist die *Freiheit*, Halle) geschickt. Bekommst sie von jetzt ab alle lückenlos“, schrieb ein Parteimitglied aus der SBZ dem Ostbüro-Chef Dux im August 1946. „Habe noch ein 2. Exemplar bestellt, damit mir sie Mutti nicht zum Einwickeln

1 Vgl. Frank Moraw, *Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie*, Bonn 1973, S. 75 f.

2 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Parteivorstand (PV)-Protokolle 1955, Manuskript Fritz Heines für die PV-Sitzung am 29./30. 4. 1955.

3 Public Record Office, No. C 2197, Foreign Office No. 371, William Strang an das Foreign Office, Telegramm Nr. 252.

4 Neuer *Vorwärts* vom 24. 8. 1951, S. 3.

nimmt. Verordnungsblätter bekommst Du weiterhin.“<sup>5</sup>

Mit der Einstellung des früheren stellvertretenden Leipziger Polizeipräsidenten Günther Weber am 27. April 1947 änderte sich die Arbeitsweise des Ostbüros. Nachrichtendienstähnliche Methoden sollten nun dazu beitragen, die Aufgaben effektiver zu erfüllen. Schon wenige Tage, nachdem ihn der Parteivorstand angestellt hatte, erarbeitete Weber einen Plan zum Aufbau des „Nachrichten- und Propagandawesen(s) Ostzone“<sup>6</sup>. Rudi Dux konnte sich mit diesen weitreichenden Plänen nicht anfreunden. Er wechselte in die Presseabteilung des Parteivorstandes. Im Rahmen der „Reorganisation des Ostzonenbüros“<sup>7</sup> übernahm am 1. Juli 1947 Siegmund (Sigi) Neumann dessen Leitung. Der Ex-Kommunist Neumann war im Frühjahr 1946 freier Mitarbeiter der SPD geworden. Der Parteivorstand stellte ihm den langjährigen Sozialdemokraten Stephan Thomas, mit bürgerlichem Namen Grzeskowiak, zur Seite. Thomas, Jahrgang 1910, konnte nach einer Lehre das Arbeiterabitur auf der Berliner Karl-Marx-Schule ablegen und in Berlin, London und Warschau studieren. 1933 war er als „Peter the Pole“ und „Thomas“ in die Illegalität gegangen. Bevor der Parteivorstand Thomas zum stellvertretenden Leiter des Ostbüros berief, war er im Auftrag Schumachers im Polizeipräsidium von Hannover tätig.

---

## I. Professionalisierung der Arbeit

---

Mit der Einstellung von Neumann und Thomas entwickelte sich das SPD-Ostbüro „zu einer politischen Potenz“<sup>8</sup>. Die beiden begannen ihre Arbeit mit der Zusammenstellung von Listen vertrauenswürdiger Genossen in der SBZ<sup>9</sup>. Die Parteifreunde in der SBZ und späteren DDR erhielten von nun an öfter Besuch aus dem Westen. Die Gäste wollten nicht nur etwas mehr über die bereits illegal tätigen anderen Genossen erfahren, sondern hofften gleichzeitig auf neue Namen<sup>10</sup>. Oft meldeten sich alte Parteimitglieder aus dem Osten Deutschlands auch selbst bei der Westzonen-SPD. So erhoben die Sozialdemokraten aus Gera förmlich Anspruch auf zwei Delegiertenmandate beim Nürn-

berger Parteitag von 1947<sup>11</sup>. Mit der Ausweitung der Tätigkeit nahm jedoch nicht nur das Wissen um die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ostzone zu, sondern zugleich auch das organisatorische Chaos im Ostbüro. Neumann und Thomas ließen nun ein eigenes Archiv einrichten, das jahrzehntelang die Arbeit unterstützen sollte.

Die SPD sammelte nicht nur Wissenswertes, sondern gab es auch an die Genossen in der SBZ weiter. Denn, so der V-Mann Dieter Rieke aus Gardelegen: „Unser Bedürfnis war (es), Informationen zu bekommen“, nicht jedoch „nachrichtendienstliche Arbeiten zu verrichten“. Und so kamen die „Kuriere . . . , brachten Zeitungen, brachten Sopade-Blätter, die für Mitteldeutschland gedach waren, . . . und meinte(n), es wäre gut, wenn wir für Hannover auch (Berichte; d. Verf.) schreiben würden, über Demontagen, über den Vollzug der Bodenreform, über die Organisation der Parteien“<sup>12</sup>. Alles galt dem Hauptzweck, so lange auszuhalten und Vorbereitungen für den Tag zu treffen, an dem sich die SPD auch in der SBZ wieder legal betätigen konnte. Hierzu brauchten die Ostzonen-Genossen freilich mehr als nur Propagandamaterial. „In jedem Kurierbericht kann man nachlesen, welche abseitigen Wünsche von unseren Freunden in der Ostzone an uns herangetragen werden“, schilderte Neumann dem Parteivorstand im April 1948. „Der eine Genosse möchte Lebensmittel für einen lungenkranken Genossen haben, der andere Fahrradreifen, der 3. Autoreifen, der 4. Farbbänder, der 5. Medizin, der 6. Benzin.“ Die vorgetragenen Wünsche seien jedoch „nicht etwa nur privater Natur, sondern nach den glaubhaften Berichten unserer Kuriere hängen sie direkt oder indirekt mit der politischen Tätigkeit für uns zusammen“<sup>13</sup>.

Eine interne Anweisung für die illegale Arbeit in der SBZ von 1948 sieht es als die Hauptaufgabe der konspirativen Tätigkeit sozialdemokratischer Gruppen an, daß bei allen Aktionen die Sicherheit der Sozialdemokraten in der SBZ gewährleistet bleiben müsse, damit „unsere Genossen das zur Zeit in der Ostzone herrschende Regime überleben“<sup>14</sup>. Rückgrat der illegalen Arbeit des Ostbüros waren die Kuriere. Neben der Weitergabe und der Entgegennahme von Informationen sollten sie gefährdete Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone warnen und zur Flucht veranlassen. Doch die Zahl der Kuriere nahm stetig ab, und zugleich wuchs der Kreis der Vertrauensleute in der SBZ, an die sie sich wenden sollten.

---

5 AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0420 A I, Brief von D. H. an Rudi Dux vom 24. 8. 1946.

6 AdsD, PV-Akten, Bd. 0601b, Ergänzungsvorschläge von Günther Weber an Alfred Nau vom 23. 5. 1947.

7 AdsD, PV-Protokolle, Fritz Heine im PV am 16./17. 9. 1947.

8 Günther Weber im Interview mit dem Verfasser vom 20. 11. 1988, S. 1.

9 AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0394c.

10 Ebd., Bericht vom 15. 12. 1947.

11 Vgl. AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0394c.

12 Dieter Rieke im Interview mit dem Verfasser vom 20. 7. 1988, S. 5.

13 Privatarchiv Stephan Thomas (PATH), Bd. 1948, Brief von Sigi Neumann an den PV vom 1. 4. 1948.

14 Ebd., Informationsbrief Nr. 3, „Geheim“.

Der erste Kurier, der verhaftet wurde, war Wilhelm Lohrenz, ein Mitarbeiter des Berliner SPD-Landesvorstandes<sup>15</sup>. Am 27. Juni 1948, mehr als anderthalb Jahre nach der Festnahme, verlas Walter Ulbricht dessen erzwungenes „Geständnis“ vor dem Zentralsekretariat der SED<sup>16</sup>. Auch Richard Lehnert, ein Kurier des Ostbüros in Hannover, wurde schon recht bald enttarnt, aber nicht verhaftet. Wilfried Busch wurde Anfang 1948 festgenommen, als er während einer Kurierfahrt in Mühlhausen/Thüringen seine Eltern besuchte; sein Freund Bargmann quittierte nach dessen Verhaftung seinen Dienst. Als der Kurier Ernst Knüppel<sup>17</sup> Anfang 1948 versuchte, in die SBZ zu gelangen, nahm ihm die ostdeutsche Polizei den verfälschten Ausweis ab. Knüppel konnte fliehen<sup>18</sup>. Nach diesen ersten Rückschlägen hatte Ostbürochef Sigi Neumann erhebliche Probleme, den Kurierdienst aufrechtzuerhalten. Schon im Februar bezeichnete er den Kurierdienst als „schwächste(n) Punkt in unserem Büro, und all meine Bemühungen konzentrierten sich darauf, geeignete Kurierere zu finden“<sup>19</sup>.

---

## II. Massenverhaftungen

---

Nach der Inhaftierung der Kurierere kam es in der SBZ zu ersten Massenverhaftungen von Sozialdemokraten, die mit dem Ostbüro in Verbindung standen. In einem Schreiben an Heine schlug Neumann deshalb vor, die Westzonen-SPD müsse sich so revanchieren, „daß der Gegenseite Hören und Sehen vergeht. Es ist einfach unerträglich, mit gebundenen Händen zusehen zu müssen, wie unsere Genossen Freiwild sind, die wir registrieren, und bestenfalls hinterher die Dinge propagandistisch verwerten und für die Opfer sammeln. Ich ... bin der Ansicht, daß wir ... zu Repressalien greifen. Wir müssen für jeden verhafteten SPD-Funktionär zwei bis drei bekannte KP-Funktionäre im Westen unschädlich machen.“<sup>20</sup> Der Vorschlag wurde jedoch nicht weiterverfolgt. Zumeist lagen die Erfolge des sowjetischen Sicherheitsdienstes wohl an

der mangelnden Konspiration<sup>21</sup>. Mit dem Kurier Karl-Heinz Schmiedel, der wie Karl Gundlach im August 1948 in der SBZ verhaftet wurde, könnte es den ostdeutschen Behörden gelungen sein, einen Agenten ins Ostbüro zu schleusen.

Die SED zwang ihre eigenen Mitglieder immer stärker auf eine orthodox-kommunistische Linie. So forderte das Zentralsekretariat der SED am 3. Juli 1948, die Partei müsse „kompromißlos auf dem Boden des Marxismus-Leninismus“ stehen<sup>22</sup>. Am 29. Juli 1948 beschloß der Parteivorstand dann Maßnahmen zur „organisatorische(n) Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“<sup>23</sup>. Den nun einsetzenden Massenverhaftungen fielen – nachdem die meisten SPD-Kurierere enttarnt und so die illegalen Verbindungen bekannt geworden waren – natürlich in erster Linie die Vertrauensleute des Ostbüros zum Opfer. Um den Hauptvorwurf der „Spionage“ zu untermauern, warf man den Inhaftierten vor, sie hätten in Hannover oder Berlin den Gedankenaustausch mit Sozialdemokraten gepflegt oder mit Kuriereren Kontakte unterhalten. Daß es sich bei diesem Spionagevorwurf nur um einen Vorwand der politisch motivierten Justiz handelte, muß an dieser Stelle nicht besonders betont werden. Auf diesem Wege verlor die illegale Ost-SPD nach einer Schätzung Hermann Kreuzers, der gemeinsam mit Vater und Ehefrau verhaftet wurde, etwa 70 Prozent ihrer Mitglieder<sup>24</sup>. Politisch motivierte Prozesse wurden zwischen 1948 und 1950 fast ausschließlich vor Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verhandelt, die der SED damit die „politische Schmutzarbeit“ abnahmen<sup>25</sup>. Der Parteivorstand der SPD versuchte über das Ostbüro, die sozialdemokratischen Häftlinge auf zwei Wegen zu unterstützen. Zum einen versorgte er die Inhaftierten oder ihre Angehörigen mit Paketsendungen, zum anderen brachte er ihr Schicksal an die Öffentlichkeit, um so Druck auf die Machthaber im Osten Deutschlands auszuüben.

Im Sommer 1948 gab Sigi Neumann die Leitung des Ostbüros ab. Seit April dieses Jahres hatte er sich mit Rücktrittsabsichten getragen, denn es hatte größere Auseinandersetzungen um Personal und Sachmittel gegeben<sup>26</sup>. Doch nicht diese zwei-

15 PATH, Bd. 1951, Manuskript von Stephan Thomas für den PV 1951, S. 23; vgl. Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991, S. 38 ff.

16 Vgl. Frank Thomas Stöbel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1985, S. 336 (Stöbel nach Nachlaß Gniffke, Schreiben vom 18. 2. 1949).

17 Vgl. AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0444.

18 Vgl. AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0421, Bericht über die Verhaftung der Gruppe Rieke vom 25. 7. 1956.

19 PATH, Bd. 1948, Brief von Sigi Neumann an Alfred Nau vom 25. 2. 1948.

20 Ebd., Brief von Sigi Neumann an Fritz Heine vom 18. 5. 1948.

21 Horst Kunze im Interview mit dem Verfasser vom 20. 4. 1988, S. 8.

22 Dokumente der SED, (Ost-)Berlin 1951, Bd. 2, S. 82.

23 Ebd., S. 83 ff.

24 Hermann Kreuzer im Interview mit dem Verfasser vom 18. 2. 1988, S. 7.

25 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, Köln 1979, S. 55; Wolfgang Buschfort, Gefoltert und geschlagen, in: Günther Scholz (Hrsg.), Verfolgt – verhaftet – verurteilt, Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur, Berlin–Bonn 1990, S. 59–68.

26 PATH, Bd. 1948, Brief von Sigi Neumann an den PV vom 1. 4. 1948, S. 4.

fellor vorhandenen Probleme führten zum Rücktritt Neumanns, es war der schwelende Konflikt um den Stellenwert der beiden Hauptarbeitsgebiete des Ostbüros, Flüchtlingsbetreuung und Nachrichtensammlung, der im Juli 1948 zu einer „Palastrevolution“ gegen Neumann geführt hatte<sup>27</sup>. Als Stephan Thomas am 1. November 1948 offiziell die Leitung des Ostbüros übernahm, stand er, bildlich gesprochen, vor einem Trümmerhaufen. Die meisten Kurierere waren verhaftet worden oder hatten den Dienst quittiert, und Hunderte von Vertrauensleuten der SPD saßen in ostdeutschen Gefängnissen.

Um das Kurierwesen neu aufzubauen<sup>28</sup> und endlich einen funktionierenden Stützpunkt in Berlin einzurichten, schickte das Ostbüro Heinz Kühne in die Sektorenstadt. Mit zwei neuen Kurierern sollte dieser den Versuch unternehmen, die Verbindungen in die SBZ wiederherzustellen. Doch dies war auch dem sowjetischen Geheimdienst nicht verborgen geblieben. Mitarbeiter der Polizeisektion K 5 im sowjetischen Sektor Berlins – einer Einheit, aus der 1950 der Staatssicherheitsdienst der DDR entstand – verschleppten Kühne am 8. Februar 1949. Seine Verhaftung warf die Ostzonenarbeit der SPD erneut zurück, wie der zuvor verhaftete SPD-Vertrauensmann Hermann Kreuzer berichtet: „Unter dem Druck der NKWD-Vernehmungsmethoden gab Kühn(e) eine Reihe von Namen mitteldeutscher Sozialdemokraten preis ... In allen Teilen der Zone wurden Sozialdemokraten verhaftet. U. a. wurden Verhaftungen in größerer Zahl vor allem in Stralsund, Rostock, Wismar, Schwerin, Cottbus, Guben, Fürstenwalde, Brandenburg, Potsdam, Ost-Berlin, Jüterbog, Haldensleben, Mansfeld, Eisfeld, Halle, Weißenfels, Merseburg, Leipzig, Bautzen, Görlitz, Zittau, Chemnitz, Zwickau, Werdau, Crimitschau, Altenburg, Gera, Ronneburg, Sonneberg, Saalfeld, Rudolstadt, Jena, Weimar, Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Gotha, Eisenach, Arnstadt und Meiningen.“<sup>29</sup>

Erneut mußte die Arbeit des Ostbüros völlig umorganisiert werden<sup>30</sup>. Statt neue geheime Verbindungen aufzubauen, legte man nun in Hannover eine nach Orten und Straßen geordnete Kartei der SBZ an, in der zuverlässige sozialdemokratische Flüchtlinge mit ihren ehemaligen Wohnorten im Osten verzeichnet wurden. Kamen nun Flüchtlinge in Hannover an, so wurden Sozialdemokraten, die früher im gleichen Ort oder sogar in der gleichen Straße gewohnt hatten, im Westen angeschrieben und um Auskunft ersucht. Gelegentlich halfen alliierte Geheimdienste dem Ostbüro, wengleich die

Zusammenarbeit bei weitem nicht so problemlos verlief, wie das von östlicher Seite möglicherweise angenommen, zumindest aber behauptet wurde. Mit Beginn der Berlin-Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht wurden die Kontakte des Ostbüros zu den britischen Militärbehörden und Geheimdiensten enger. Um „besonders wichtige Kurierere und prominente Persönlichkeiten aus der russischen Zone“<sup>31</sup> in den Westen bringen zu können, war man auf die alliierten Flugverbindungen von und nach Berlin angewiesen. Britische Militärlzüge und später Flugzeuge transportierten auch die Päckchen nach Berlin, mit denen die SPD ihre in der SBZ inhaftierten Parteifreunde und deren Familien unterstützte<sup>32</sup>. Mit den britischen Spionageaktivitäten aber wollte man im SPD-Ostbüro nichts zu tun haben. Das belegt ein Briefwechsel des Ostbüros mit dem britischen Geheimdienst vom September 1949: Die Briten hatten einen ihrer Agenten nach seiner Flucht aus der SBZ ins Ostbüro geschickt, damit er dort als Flüchtling betreut werden könne. Stephan Thomas schrieb empört an den britischen Geheimdienst, man solle dafür „sorgen, daß in Zukunft derartige Anweisungen unterbleiben“<sup>33</sup>. Zu den Amerikanern hatte Neumann bereits Mitte 1948 Kontakte aufgenommen. Auch hier betonte die SPD, daß „unser Kampf gegen die Russen nur auf unsere eigene Weise und mit unseren eigenen Methoden“ geführt werden könne; „etwaige Versuche, unsere Freunde in der Ostzone für spezifisch alliierte Interessen (militärische Spionage etc.) einzusetzen“, würden „von uns aus unter allen Umständen zurückgewiesen“ werden<sup>34</sup>.

Dies bedeutete nicht, daß man eine Zusammenarbeit mit den alliierten Geheimdiensten prinzipiell ablehnte. Während die Briten in Hannover Räume für das Ostbüro beschafften und in der Zeit der Berlin-Blockade Transportmöglichkeiten zur Verfügung stellten, halfen die Amerikaner mit Personenauskünften. Ihr Geheimdienst CIC überprüfte auf Wunsch des Ostbüros Sozialdemokraten, die unter dem Verdacht standen, Verbindungen zu den Machthabern in der SBZ und späteren DDR zu unterhalten. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen führten dazu, daß das Ostbüro wiederholt Parteiausschlußverfahren gegen unzuverlässige Genossen einleiten ließ<sup>35</sup>. Auch leitete das Ostbüro Personen an die Alliierten weiter, an deren Mitarbeit es selbst nicht interessiert war; meist, weil es

27 Ebd., Erklärung von Karl-Heinz Schmiedel vom 23. 7. 1948. Niederschrift der Besprechung vom 21. 7. 1948, vgl. W. Buschfort (Anm. 15), S. 53f.

28 PATH, Bd. 1948, Informationsbrief Nr. 3, „Geheim“.

29 Vgl. K. W. Fricke (Anm. 25), S. 119.

30 Vgl. W. Buschfort (Anm. 15), S. 64ff.

31 PATH, Bd. 1948, Brief von Stephan Thomas an Erich Ollenhauer vom 12. 4. 1948.

32 Vgl. Ebd., Bd. E.O., Aktennotiz für Erich Ollenhauer vom 15. 7. 1948.

33 Ebd., Bd. 1949, Brief von Stephan Thomas vom 5. 9. 1949.

34 Ebd., Bd. 1948, Aktennotiz von Sigi Neumann vom 4. 2. 1948.

35 Vgl. ebd., Bd. E.O., Brief von Stephan Thomas an Erich Ollenhauer vom 4. 11. 1948.

sich bei den Betreffenden nicht um Sozialdemokraten handelte. So meldeten sich im März 1949 im Ostbüro „zwei Personen, die glaubwürdig vorgeben, im Panzerwerk Kirchmöser . . . tätig zu sein. (Eine) überbrachte das anliegende Material . . . Da es sich bei den beiden Personen um Typen handelt, an denen wir als Partei nicht interessiert sind, und wir auch kein Interesse haben, einen weiteren Kontakt mit ihnen zu pflegen, stelle ich anheim, ggf. mit . . . den Kontakt selbst aufzunehmen.“<sup>36</sup>

Um erneute Massenverhaftungen zu verhindern, arbeitete man ab 1949 mit verbesserten konspirativen Mitteln. Das Ostbüro kapselte sich von den anderen Bereichen des Parteivorstandes weitgehend ab und versuchte, mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern, daß seine Mitarbeiter bei etwaigen zukünftigen Festnahmen erneut Internat preisgeben konnten. Indem die einzelnen Tätigkeitsbereiche viel stärker als bisher voneinander abgegrenzt wurden, sorgte man dafür, daß nur noch derjenige Einblick in ein bestimmtes Arbeitsgebiet erhielt, der auch dafür zuständig war. Unter Stephan Thomas und dessen Sekretär Helmut Bärwald begann mit der Einführung dieser Sicherheitsvorkehrungen eine neue Phase in der Arbeit des Ostbüros. Das Konzept, überall in der SBZ sozialdemokratische Widerstandsgruppen als Keimzellen einer künftigen SPD zu bilden, ließ man fallen. Statt dessen sollten sich die Genossen in der SBZ nur noch individuell an das Ostbüro wenden und seine Zweigstellen oder verabredete Treffpunkte aufsuchen, um Informationen weiterzugeben oder Material in Empfang zu nehmen. Der Kurierverkehr in der bisherigen Form wurde eingestellt. Vieles spricht dafür, daß man die Genossen auch im Umgang mit Geheimtinte und Spezialkameras unterwies<sup>37</sup>.

Problemkind des Ostbüros war und blieb die Zweigstelle in Berlin. Sie beschäftigte einen Mitarbeiter, der nebenbei für den US-Geheimdienst zu arbeiten schien, und sie setzte sich immer wieder sträflich über die Grundregeln konspirativer Arbeit hinweg<sup>38</sup>. Willy Brandt, damals Beauftragter des Parteivorstandes in Berlin, stellte die Denkschriften des Ostbüros der internationalen Presse vor und verlieh gelegentlich seinen Dienstwagen samt Fahrer – so übrigens auch an den Kurier Heinz Kühne am Abend seiner Entführung. Die ostdeutsche Presse bezeichnete ihn daher immer wieder fälschlicherweise als führenden Mitarbeiter des Büros<sup>39</sup>. Im Januar 1949 richtete das Ostbüro in der Charlottenburger Langobardenallee 14 eine „offene“ Betreuungsstelle ein, deren Bürozeiten

der RIAS bekanntgab<sup>40</sup>. Nach Angaben Heines sprachen in der Langobardenallee monatlich zweihundert bis dreihundert Besucher vor, die anschließend wieder zurück in die DDR gingen<sup>41</sup>. Neben dieser offenen Kontaktstelle installierte das Berliner Ostbüro einen geheimen Stützpunkt, das sogenannte „oberhaus“. Hier hatte man den illegalen Apparat untergebracht<sup>42</sup>. Unter dem Tarnnamen „Aktionsgemeinschaft FDJ“ unterhielt das Ostbüro eine weitere Zweigstelle in Berlin. Ihr Name sollte den Eindruck vermitteln, es handle sich um eine Organisation abgespaltener FDJler, tatsächlich war es jedoch eine reine SPD-Organisation. Die „Aktionsgemeinschaft FDJ“ gab seit 1952 zwei Jugendzeitschriften heraus: die Monatschrift *Freie Junge Welt* und eine Tarnausgabe der *Jungen Welt*, die ihrem DDR-Vorbild in Format und Papierqualität vollkommen glich. Die Tarnausgabe übernahm auf der Titelseite Fotos und Schlagzeilen des DDR-Originals, um den Transport über die Sektorengrenze zu erleichtern. Im Fließtext und auf den Innenseiten schilderte sie dann aber die politischen Vorgänge unverblümt aus sozialdemokratischer Sicht.

Papiermangel und finanzielle Probleme verhinderten bis 1950, daß das Ostbüro politische Schriften im gewünschten Umfang produzierte und in den anderen Teil Deutschlands transportierte. So konnten Ostbüro-Mitarbeiter im Jahre 1950 insgesamt nicht mehr als 670 000 Broschüren, Flugblätter und Klebezettel in die DDR bringen<sup>43</sup>. Als um die Jahreswende 1951/52 die Papierrationierung aufgehoben wurde, konnte das Ostbüro Propagandamaterial in wesentlich höheren Auflagen herstellen. Wie schon in der NS-Zeit waren die Flugblätter das wichtigste Agitationsmittel der Sozialdemokraten in der Illegalität. Möglich wurde diese erste größere Ausweitung der Propagandamittel auch durch Finanzzuweisungen des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen.

---

### III. Umstrukturierungen 1951

---

Am 1. Juni 1951 verlegte das Ostbüro seinen Hauptsitz von Hannover nach Bonn. Hiermit veränderten sich auch die Aufgaben: Die Mitarbeiter mußten nun in ihrer Arbeit die nationale und internationale Presse stärker berücksichtigen, die Denkschriften einem breiten Publikum vorstellen

40 PATH, Bd. 1951 I, RIAS-Manuskript „Berlin spricht zur Zone“ vom 8. 1. 1951.

41 Vgl. AdsD, PV-Protokolle, Bd. 1955, Stichwortmanuskript von Fritz Heine für die PV-Sitzung vom 29./30. 4. 1955.

42 PATH, Bd. 1952, Streng vertraulicher Bericht über den Stand des Aufbaus in Berlin.

43 PATH, Bd. 1951, Manuskript von Stephan Thomas, S. 20.

36 Ebd., Brief von Stephan Thomas vom 11. 3. 1949.

37 Vgl. Neues Deutschland vom 8. 12. 1956, S. 2. Die Verwendung der Geheimtinte bestätigt auch Eberhard Zachmann im Interview mit dem Verfasser vom 24. 2. 1988.

38 Vgl. AdsD, Bd. 0421, Haftbericht vom 9. 4. 1954.

39 Vgl. Neues Deutschland vom 1. 7. 1953, S. 2.

und neben den bisherigen auch Arbeiten partei- bzw. innenpolitischer Art erledigen. Häufig berieten sie Bundestagsabgeordnete, wenn es um Fragen ging, die Ostdeutschland betrafen, und sie bereiteten auch Gesetzentwürfe mit vor; Reden und Rundfunkansprachen zu diesem Themenkreis kamen fast ausschließlich von Thomas und seinen Mitarbeitern. Die inzwischen nahezu 100 Mitarbeiter zählende Berliner Zweigstelle konnte nicht mehr zentral von Bonn aus geleitet werden. Die Ostbüro-Spitze suchte einen Leiter und fand ihn in dem ehemaligen Kommunisten Alfred Weber alias „Peter Wandel“. „Wandel“ war 1933 ins dänische Exil gegangen und hatte sich dort dem Widerstand angeschlossen. Nach Kriegsende arbeitete er für den dänischen Geheimdienst, der ihn dem Ostbüro empfohlen hatte.

Hatten sich die Mitarbeiter des Ostbüros in den ersten Jahren noch darauf beschränkt, einzelne Personen zu überprüfen, so beobachteten sie im Rahmen ihrer Inlandsaufklärung schon bald ein ganzes Spektrum verschiedener Gruppen und Parteien in Westdeutschland. An erster Stelle interessierten sie sich für die KPD der Westzonen. Galt diese einerseits als lästiger Konkurrent um die Stimmen der Arbeiterschaft, so sah die SPD in ihr doch andererseits auch einen direkten Ableger und Befehlsempfänger der verhassten SED-Kommunisten. Zudem behielt man auch pazifistische und konservative Gruppierungen und Zirkel im Auge<sup>44</sup>.

---

#### IV. Spionageaktivitäten des Staatssicherheitsdienstes

---

Ende der vierziger Jahre hatte es der sowjetische Geheimdienst vermocht, die Tätigkeit des Ostbüros fast völlig lahmzulegen. Doch dann blieb es ruhig um das Ostbüro. Erst Mitte der fünfziger Jahre wurde das Ostbüro wieder verstärkt Zielscheibe östlicher Geheimdienste. Als Ausgangspunkt können hier Äußerungen Ulbrichts gesehen werden, der nach dem 17. Juni 1953 feststellte, daß der „Sozialdemokratismus“ nicht ausgerottet sei<sup>45</sup>, und daß vom Ostbüro der SPD eine größere Gefahr ausgehe als von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder den Freiheitlichen Juristen.

Aufgrund der Tatsache, daß in Berlin bis zu hundert Personen für die verschiedenen Zweigstellen des Ostbüros arbeiteten, war es für die östliche Seite hier leichter als in Bonn, Agenten einzu-

schleusen. Zunächst geriet der Student Wolfgang Zaehle, der zwischen 1954 und 1957 als Sachbearbeiter dort tätig war, in Spionageverdacht, wurde aber schnell wieder mangels Beweisen entlassen. Zaehle war – wie auch andere Mitarbeiter des Ostbüros – dem Staatssicherheitsdienst namentlich bekannt und deshalb Psychoterror ausgesetzt. Er bekam 1955 einen Brief aus der DDR, in dem ihm Konsequenzen für sein Tun angedroht wurden: „Ihnen, Herr Zaehle, wird bekannt sein, auf welche Art Menschen, die eine derart verbrecherische Tätigkeit ausüben, geendet haben, enden und enden werden... Für Ihre Person gibt es gegenwärtig nur zwei Wege. Der eine Weg führt... ins Zuchthaus. Der andere Weg führt über den Bruch mit Ihrer jetzigen Tätigkeit zu dem Weg, den jeder anständige und nationalbewußte Arbeiter geht... Wir geben Ihnen hiermit die Möglichkeit, ebenfalls diesen Weg einzuschlagen und vorerst mit Vertretern unseres Organs in mittelbaren, d.h. über Ihren Vater oder Bruder oder unmittelbaren Kontakt zu kommen... Dies ist eine einmalige Chance, die wir Ihnen bieten. Schließlich werden Ihre amerikanischen Auftraggeber kaum gewillt sein, bei ihrem Abzug aus Deutschland ihrer Person und Familie in London oder New York eine gesicherte Existenz zu bieten.“<sup>46</sup>

Solche Vorgänge waren im Berlin der Nachkriegszeit keine Seltenheit. So wurde für „Dr. Reinhard“ (Pritzel) ein Grabkranz bei seiner Frau abgegeben. Auch Entführungsversuche gehörten nach wie vor zum Repertoire des Staatssicherheitsdienstes: Der spätere Leiter der Berliner Zweigstelle, Eberhard Zachmann, sollte im September 1953 in der Nähe der Friedrichstraße entführt werden, was jedoch mißlang. Bei den Ostbüro-Mitarbeiterinnen Käthe Fraedrich und Charlotte Heyden startete der SSD gleich zwei Attentatsversuche. Nachdem ein nächtlicher Einbruch in die gemeinsame Wohnung der beiden Frauen fehlgeschlagen war, scheiterte ein Entführungsversuch, und der Berliner Staatsschutz verhaftete drei Männer, die eine Gaspistole, Gift und Betäubungsmittel bei sich trugen. Der SPD-Pressedienst verbreitete daraufhin die Meldung, der Staatssicherheitsdienst sei angesichts der „propagandistischen Erfolge“ des Ostbüros zu individuellem Terror gegenüber den Mitarbeitern des Ostbüros übergegangen<sup>47</sup>.

Tatsächlich aber hatte das Ostbüro in den Monaten zuvor schwere Rückschläge hinnehmen müssen. Am 20. Juli 1956 wurde in Berlin der Postangestellte Alfred Geißler verhaftet, der seit Juli 1955 alle Telefonate im Büro in der Langobardengasse mitgeschnitten und die Bänder dem SSD

44 Vgl. W. Buschfort (Anm. 15), S. 87 ff.

45 Vgl. AdsD, Ostbüro-Archiv Bd. 0303 I, Parteiinternes Protokoll, S. 106.

46 AdsD, Ostbüro-Archiv, Bd. 0337 III, Brief vom 16. 4. 1955.

47 PPP Nr. 127 vom 10. 7. 1957; Ostspiegel vom 10. 7. 1957, S. 2.

übermittelt hatte. Am 7. August 1956 nahm die politische Polizei in West-Berlin das Hausmeisterehepaar Albrecht fest, das im Gebäude des Ostbüros in der Langobardenallee wohnte<sup>48</sup>. Die beiden Verhafteten „waren die einzigen, die von 24 Stunden volle 14 Stunden ungestört alle Räume des Ostbüros betreten konnten“, wie ein anonym Informant dem SPD-Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner mitteilte<sup>49</sup>. Die West-Berliner *BZ* griff das Ostbüro nach diesem Vorfall wochenlang an. Am 8. August 1956 forderte sie: „Bestraft den Leichtsin... Mit Bestürzung mußten die Beamten bei den gestrigen Vernehmungen feststellen, mit welchem Leichtsin diese Dienststelle, auf die Hunderttausende von Sowjetzonenbewohnern all ihre Hoffnungen gesetzt haben, arbeitet.“ Als der Westberliner Staatsschutz nur einen Monat später den Eigentümer eines Lieferwagens verhaftete, der für die Stasi spionierte hatte, indem er mit einer im Wagen eingebauten Kamera Besucher des Büros in der Langobardenallee fotografierte, lautete die Schlagzeile in der *BZ* „Macht endlich die Bude zu!“

Die Auswirkungen dieser Spionageaktionen auf die Arbeit des Ostbüros sind nicht abschätzbar. Sicherlich war der Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit mindestens so groß wie der Schaden durch die Enttarnung der V-Leute mittels abgehörter Telefonate und geheimer Aufnahmen.

---

## V. Sabotagevorwürfe

---

Neben den Problemen mit der gegnerischen Spionage tauchten vermehrt ab Mitte der fünfziger Jahre Berichte in den bundesdeutschen Medien auf, die dem SPD-Ostbüro Sabotageaktionen in Ostdeutschland vorwarfen. 1955 wurden diese Anschuldigungen so massiv, daß Fritz Heine vor dem Parteivorstand dazu Stellung nehmen mußte<sup>50</sup>. Ostdeutsche Medien warfen dem Ostbüro in unterschiedlichen Abständen immer wieder vor, „Arbeiterfunktionäre mit Säure überschütten“<sup>51</sup> oder gar „Überschwemmungen herbeiführen“ zu wollen<sup>52</sup>. Wie absurd viele Beschuldigungen waren, zeigt sich exemplarisch an dem gegenüber dem Ostbüro-Vertrauensmann Bernhard Behnisch aus Kolkwitz erhobenen Vorwurf, dieser habe ein Attentat auf den polnischen Staatspräsidenten Bierut und auf „fortschrittliche Personen geplant“ und zu

diesem Zweck „Waffen sowie Sprengstoff verborgen“<sup>53</sup>. Verurteilt wurde Behnisch dann jedoch nicht wegen Mordversuchs oder ähnlicher Kapitalverbrechen, sondern weil er und seine Gruppe „bei besonderen Anlässen“ Fahnenstangen zerstörten und die angebrachten Fahnen entwendeten.

Auch Sabotageaktionen, die direkt zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung führen sollten, wurden dem Ostbüro vorgeworfen. Auch der *Spiegel* beteiligte sich in den sechziger Jahren an dieser Kampagne<sup>54</sup>. Manche Sabotageakte wurden gleichermaßen der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) vorgeworfen<sup>55</sup>.

All diese Sabotagevorwürfe wurden vom Ostbüro konsequent zurückgewiesen. So schrieb Stephan Thomas an den Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, diese Behauptungen seien verleumderisch und führte weiter aus: „In den 19 Jahren meiner Arbeit in dem Ostbüro gab es niemals vom Ostbüro zu verantwortende Sabotageakte in der Sowjetzone, auch keine von der Art, wie sie dem Ostbüro und seinen Mitarbeitern vom Verfasser des Artikels unterstellt werden.“<sup>56</sup> Es scheint sich bei den Sabotagevorwürfen tatsächlich eher um eine Alibierklärung der DDR-Staatsführung für Probleme in der Lebensmittelversorgung gehandelt zu haben. Der „Marsch ins (wirtschaftliche) Chaos“<sup>57</sup>, bedingt durch die unvorhergesehenen Einfuhren von Rüstungsmaterial, den beschleunigten Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und die nicht erfüllten Wirtschaftspläne, führte zu einer „Spionen- und Agentenhysterie, die vor allem zur Entschuldigung eigener Fehler und Probleme diente“<sup>58</sup>.

---

## VI. Wehners Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden

---

Die sich häufende erfolgreiche Spionage der Staatssicherheit, verbunden mit unzutreffenden aber störenden Sabotagevorwürfen, führten zu einer beträchtlichen Beeinflussung der Arbeit des Ostbüros. Nach der Wahl Herbert Wehners zum stellvertretenden Parteivorsitzenden 1958 war Ste-

48 Vgl. Telegraf vom 9. 8. 1956, S. 3.

49 AdsD, Fraktionsunterlagen, Büro Wehner Bd. 735 T-Z, Unterlage für Herbert Wehner vom Februar 1957.

50 AdsD, PV-Protokolle Bd. 1955, Stichwortmanuskript für Fritz Heine, S. 18.

51 Leipziger Volkszeitung vom 30. 12. 1953, S. 6.

52 Neues Deutschland vom 17. 7. 1954, S. 2.

53 Neues Deutschland vom 6. 5. 1956, S. 2.

54 Kartoffeln erfroren, in: Der Spiegel, Nr. 29/1966, S. 6.

55 Vgl. Kai Uwe Merz, Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959, München 1987, S. 159.

56 PATH, ungeordnet, Brief von Stephan Thomas an Rudolf Augstein vom 28. 7. 1966.

57 Vgl. F. T. Stöbel (Anm. 16), S. 544.

58 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986, S. 236.

phan Thomas klar, daß auf das Ostbüro schwierige Zeiten zukommen würden. „Noch während des Parteitages . . . diskutierte er mit einigen Freunden darüber, die Arbeit des Ostbüros auf anderer Grundlage, dem Einfluß Wehners entzogen, fortzusetzen.“<sup>59</sup> So wurde angeblich auch darüber nachgedacht, das Ostbüro aufzulösen und als Nachrichtenhändler für die USA zu fungieren. Dies hätte bedeutet, mit Hilfe der vorhandenen Kontakte in der DDR eine Spionageorganisation aufzubauen<sup>60</sup>. Bärwald spricht von Überlegungen der Leitung des Ostbüros, diese Institution 1965/66 in ein von der SPD unabhängiges „DDR- und Osteuropa-Forschungsinstitut umzuwandeln und die Arbeit des Ostbüros ein wenig modifiziert in diesem Institut fortzuführen . . . Über finanzielle und personelle Probleme wurde im Kreis von Freunden und Sympathisanten beraten.“<sup>61</sup> Schon 1964 war dies in Zeitungsberichten gemeldet worden. Hauptgrund seien nicht die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Thomas und Wehner, sondern, daß „seit der Errichtung der Mauer die eigentliche Aufgabe des Büros, Kontakt zu den unterdrückten und verfolgten Sozialdemokraten in der DDR (zu halten), immer schwieriger geworden“ sei<sup>62</sup>.

Der eigentliche Grund der Auseinandersetzungen mit Wehner lag lange zurück: Kurz nach seinem Amtsantritt war Stephan Thomas vom Parteivorstand Kurt Schumacher nach Skandinavien geschickt worden, um Informationen über Wehners Verhalten in der NS-Zeit zu ermitteln. In Zusammenarbeit auch mit dortigen Geheimdiensten kamen insgesamt sieben Aktenordner mit Material zusammen, das Schumacher 1948/49 dazu veranlaßte, ein Jahr lang jeglichen Kontakt mit Wehner zu vermeiden. Diese Bände wurden bis 1958 im Ostbüro aufbewahrt und nach dem Stuttgarter Parteitag von Thomas entfernt. Als Wehner nach Schumachers Tod von den über ihn angelegten Ordnern erfuhr, steigerten sich seine Vorbehalte gegen Thomas zu offener Gegnerschaft.

Hinzu kamen große Auseinandersetzungen zwischen dem konspirativen Teil des Ostbüros und der Flüchtlingsbetreuungsstelle. So beschwerte sich Arno Stahl, Flüchtlingsbetreuer in Berlin, sowohl bei Wehner selbst als auch bei dessen Bekannter Annelene von Caprivi über die „Unterschiedlichkeit der Gehälter sowie die ständige Bevorzugung des konspirativen Apparates“<sup>63</sup>.

Herbert Wehner sollte diese Differenzen instrumentalisieren. Er übernahm 1958 nach dem Stuttgarter SPD-Parteitag die zuvor von Fritz Heine betreute Presseabteilung des Parteivorstands, mit der das Ostbüro auch über viele Aufgabenstellungen verknüpft war. Max Kukil übernahm die Verantwortung für das Ostbüro. Zuständig für das Ostbüro wurde Wehner dann endgültig im Dezember 1959, ein knappes Jahr nach dem überraschenden Tod Kukils; Erich Ollenhauer wurde Wehner gleichberechtigt zur Seite gestellt<sup>64</sup>. Wehner setzte eine Teilung des Ostbüros durch: Die Flüchtlingsbetreuung wurden aus der Arbeit des Ostbüros ausgeklammert. Nach dieser Teilung setzte Wehner am schwächsten Teil des Ostbüros an, bei der in Verruf geratenen Zweigstelle in Berlin. Wehner hatte, wie schon gezeigt, durchaus informelle Kontakte dorthin und erfuhr auf diese Weise auch Interna. „Peter Wandel“ lag mit seiner Arbeit ständig in Wehners Schußlinie und quittierte 1961 entnervt den Dienst. Wehner betrieb seine Arbeit gegen Thomas nach 1958 systematisch, und dies unterschied ihn von „Linksabweichlern“ in den vierziger und fünfziger Jahren, die auch damals die Arbeit des Ostbüros kritisiert hatten. Hinzu kam, daß die Arbeit des Büros innerhalb der Partei zunehmend als nicht mehr unverzichtbar angesehen wurde.

---

## VII. Bau der Berliner Mauer

---

Neben den innerparteilichen Problemen waren die ursprünglichen Aufgaben, gerade auch die Informationsbeschaffung aus dem Osten, immer schwieriger zu bewältigen. Trotzdem gelangen dem Ostbüro hier noch vereinzelte Erfolge, so im Zusammenhang mit dem Bau der Berliner Mauer. Schon im November 1957 hatte Stephan Thomas an einen ehemaligen amerikanischen Botschaftsangehörigen geschrieben, es sei von östlicher Seite beabsichtigt, „den Westsektor (Berlins) vom Ostsektor effektiv durch eine umfassende Kontrolle (zu) trennen“<sup>65</sup>. Mehr als eine Woche vor der endgültigen Abschnürung West-Berlins vom Ostteil der Stadt und dem Umland meldeten gleich mehrere Quellen Maßnahmen, die auf eine bevorstehende „Isolierung“ West-Berlins hindeuteten. So waren diverse Kinderferienlager in der Umgebung Berlins geräumt und medizinisches Personal in Alarmbereitschaft versetzt worden. Daneben kündigte der „Vertrauensmann 610“ Maßnahmen gegen West-Berlin an; eine Abriegelung sei sehr

---

64 Vgl. AdsD, PV-Protokolle 1959, Protokoll vom 19. 12. 1959.

65 PATH, Bd. 1957, Brief von Stephan Thomas an Harry vom 16. 11. 1957.

59 Helmut Bärwald, Das Ostbüro der SPD: 1946–1971. Kampf und Niedergang, Krefeld 1991, S. 128.

60 Vgl. AdsD, Fraktionsunterlagen, Korrespondenz Wehner, Bd. 731 A-E, Erwin Stahl, Brief an Annelene von Caprivi vom 3. 7. 1958.

61 H. Bärwald (Anm. 59), S. 133.

62 SPD-Ostbüro wird aufgelöst, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 7. 1964.

63 AdsD, Fraktionsunterlagen (Anm. 60).

nahe<sup>66</sup>. Ob dieser Bericht jedoch je Bonner Regierungskreise erreichte, scheint zumindest zweifelhaft<sup>67</sup>.

---

## VIII. Stephan Thomas verläßt das Ostbüro

---

Trotz dieser Erfolge, die das Ostbüro vereinzelt immer noch vorweisen konnte, wurde die Lage für diese Institution und ihren Leiter immer schwieriger. Stephan Thomas sah sich Anfang 1966 dem – unbegründeten – Vorwurf ausgesetzt, einer der „Heckenschützen“ gewesen zu sein, die mit großem Insiderwissen, unter anderem aus dem Ostbüro, Herbert Wehners Führungsstil kritisierten und an seine kommunistische Vergangenheit erinnerten. Und schon vier Jahre zuvor waren innerhalb des Parteivorstandes Gerüchte kursiert, Stephan Thomas habe aufgrund seiner Gespräche mit dem früheren Ostbüroleiter Sigi Neumann starke Vorbehalte gegen den Berliner Bürgermeister Willy Brandt. Thomas konterte, Neumann habe ihm im Frühjahr 1948 zwar gewisse Ratschläge gegeben. Er sei dann jedoch „aufgrund der guten Zusammenarbeit“ zu einer „eigenen positiven Beurteilung“ Brandts gekommen<sup>68</sup>.

Mitte 1966 verließ Stephan Thomas „verbittert“ das Ostbüro, „dessen große Zeit... allerdings längst vorbei“ war<sup>69</sup>, und wechselte als Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Um jeden Zusammenhang mit der „Heckenschützenaffäre“ zu vermeiden, betonte die SPD in einer Pressemitteilung – fünf Tage, nachdem die Meldung in vielen Zeitungen stand –, Thomas sei „auf eigenen Wunsch und im besten Einvernehmen“ ausgeschieden, der Wechsel zur Stiftung bereits im Januar beschlossen worden<sup>70</sup>. Hier leitete Thomas vor allem eine Ausdehnung der Tätigkeit der Stiftung nach Lateinamerika und Ostasien ein, bevor er am 15. Mai 1968 zum Chefredakteur des Deutschlandfunks berufen wurde.

Zunächst kommissarisch, dann als Referatsleiter übernahm Helmut Bärwald 1967 das Büro, das fortan „Referat für gesamtdeutsche Fragen“ hieß. Bärwalds Aufgaben wurden Zug um Zug beschnit-

ten, sein Handlungsspielraum war jedoch schon durch den Bau der Berliner Mauer stark eingeschränkt worden. Deshalb verlegte er sich fast ausschließlich auf die Inlandsaufklärung, so gegen die aufkeimende Studentenbewegung und die Wiedergründungsversuche kommunistischer Parteien. Noch 1966 war das Ostbüro erneut in die Schlagzeilen geraten: Ein Teil des eigenen Archivs verbrannte im Dezember des Jahres; und drei ehemalige Vertrauensleute des Ostbüros strengten Schadensersatzprozesse gegen die SPD an, um von ihrer Partei eine Entschädigung für die Haftzeit in der DDR zu erhalten.

Große Auseinandersetzungen gab es nach 1966 wieder um die vom Ostbüro gestarteten Ballons mit Flugblättern, in der DDR kurz „Hetzballons“ genannt<sup>71</sup>. Letztendlich führten die ständigen Angriffe auf diese Ostbüroaktionen im Oktober 1967 zur Einstellung des Flugblattversandes per Ballon. Der Parteivorstand betrachtete diese Arbeit nicht mehr als zeitgemäß; das Ostbüro verlegte sich fortan darauf, Propagandamaterial per Post an ausgesuchte Adressen in Ostdeutschland zu verschicken. Dies führte dazu, daß die Auflage der Informationsschriften stark zurückgefahren wurde. Für die Zeitung *Sozialdemokrat* bedeutete dies beispielsweise eine Verringerung von 600 000 Stück auf 15 000 bis 30 000 Exemplare ab 1968<sup>72</sup>. Schon zuvor war das Erscheinen des *Ostspiegel* – angeblich aus finanziellen Gründen – eingestellt worden<sup>73</sup>.

---

## IX. Auch Helmut Bärwald geht

---

Nach internen Auseinandersetzungen quittierte Helmut Bärwald im Januar 1971 den Dienst. Die SPD behauptete, er sei vor allem deswegen „gegangen worden“, weil er ein NPD-Mitglied mit der Nachtwache im Ostbüro beauftragt habe. Bärwald begründete seine Kündigung nach 22 Dienstjahren mit dem Unbehagen über die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt<sup>74</sup>. Weitere Probleme, die möglicherweise mit zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Bärwald führten, kamen im November 1974 an die Öffentlichkeit. Danach soll Bärwald über Jahre hinweg als „Sonderverbindung 55207“ des BND diesem vertrauliche Informationen über Gespräche in der Baracke mitgeteilt haben<sup>75</sup>. Helmut Bärwald trat im September

66 PATH, Kopie im Besitz des Verfassers.

67 Eine entsprechende Weitergabe wird in der Welt am Sonntag vom 8. August 1982 (S. 7) behauptet, von der Mitarbeiterin Adenauers, Frau Poppinga jedoch ausgeschlossen. (Welt am Sonntag vom 15. 8. 1982, S. 8).

68 PATH, ungeordnet, Geheime Aktennotiz von Stephan Thomas an Willy Brandt vom 26. 11. 1962.

69 Vgl. „Thomas geht“, in: Christ und Welt vom 24. 6. 1966.

70 Vgl. SPD-Pressemitteilung Nr. 327/66 vom 4. 7. 1966.

71 Vgl. Neues Deutschland vom 30. 6. 1966.

72 Vgl. H. Bärwald (Anm. 59), S. 136f.

73 Vgl. Ebd., S. 135.

74 Vgl. Quick, Nr. 8 vom 17. 2. 1971, S. 22ff.

75 Vgl. Stern, Nr. 49 vom 28. 11. 1974, S. 222; Die Welt vom 18. und 19. 10. 1974; Frankfurter Rundschau vom 21. 11. 1974; Süddeutsche Zeitung vom 19. 11. 1974.

1971 aus der SPD aus und arbeitete als freier Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beispielsweise im Guillaume-Untersuchungsausschuß mit. Hier war er vor allem beim CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx tätig, dessen politische Karriere Ende 1979 durch die Stasimitarbeiterin Inge Goliath vorzeitig beendet wurde<sup>76</sup>. Bärwald schrieb Bücher über die Infiltration und Spionage östlicher Geheimdienste und geriet als allzu vertrauensseliger Antikommunist 1984 in die

Spionageaffäre um den Fregattenkapitän Reichenburg<sup>77</sup>. Das Bonner Ostbüro wurde nach Bärwalds Abgang 1971 aufgelöst. In Berlin arbeitete das SPD-Ostbüro als „Büro für innerdeutsche Beziehungen“ ohne Anleitung aus Bonn weiter, bis es 1981 ebenfalls aufgelöst und das Archiv vernichtet wurde. Das Bonner Ostbüro-Archiv kam teilweise zur Friedrich-Ebert-Stiftung und diente gelegentlich zur Verfolgung von Rentenansprüchen für Zeiten der Inhaftierung in der SBZ/DDR und in der UdSSR.

---

76 Vgl. Inge Goliath, Ein verhängnisvolles Bündnis gegen Frieden und Entspannung, (Ost-)Berlin 1979.

---

77 Vgl. Welt am Sonntag vom 2. 9. 1984, S. 2; Der Spiegel, Nr. 38 vom 26. 8. 1984, S. 106f.

# Vom KGB zum MBRF: Das Ende des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit und der neue russische Sicherheitsdienst

---

## I. Das Ende des KGB

---

Das Ende der Sowjetunion bedeutete auch das Ende der alten zentralen Exekutivgewalten, einschließlich des KGB, des Komitees für Staatssicherheit. Diese Entwicklung wurde durch den mißglückten Putschversuch vom August 1991 dramatisch beschleunigt. Hatte doch dieser Sicherheitsapparat als konstitutives Element einer totalitären Diktatur unter verschiedenen Namen – Tscheka, GPU, OGPU, NKWD/NKGB, MGB, MWD und seit 1954 KGB – die Entwicklung der Sowjetunion seit 1917 entscheidend geprägt<sup>1</sup>.

Auch war er ein Schlüsselinstrument imperialer Politik im sowjetischen Hegemonialbereich in Osteuropa gewesen, wo nach dem Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg analoge Apparate nach seinem Vorbild und unter seiner Kontrolle eingerichtet worden waren<sup>2</sup>. Er lieferte schließlich ein Modell für politische Polizeiapparate, an das die totalitären und Dritte-Welt-Diktaturen anknüpfen konnten<sup>3</sup>.

---

## II. KGB und Ministerium für Staatssicherheit (MfS)<sup>4</sup>

---

Die Enthüllungen über die DDR-Stasi haben Struktur, Funktionen und Macht auch des MfS wei-

ter verdeutlicht: Dieser Apparat verfügte über 85 500 hauptamtliche Mitarbeiter, vielleicht eine halbe Million Informanten, ca. 4 000 Auslandsagenten und sechs Millionen Akten, in denen sechs Millionen Bürger erfaßt waren<sup>5</sup>.

Das MfS, eingerichtet 1950 von der sowjetischen Staatssicherheit (damals MGB) und nach ihrem Modell strukturiert, arbeitete bis zuletzt mit dem KGB zusammen, dessen „Berater“ über alle entscheidenden Entwicklungen informiert wurden. Es gab gemeinsame Arbeitspläne, ja die Hauptverwaltungen des KGB konnten mit den Hauptabteilungen des MfS spezielle Kooperationsabkommen treffen. Das MfS hatte alle wichtigen Meldungen automatisch nach Moskau weiterzuleiten, wie der Überläufer Werner Stiller<sup>6</sup> berichtete.

In Moskau befand sich das Zentrum des elektronischen Datenverbunds Soud – des „Systems der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner“ – mit seinem zentralen Datenspeicher, der schätzungsweise 75 000 Personendaten enthalten soll. Dieses System wurde von allen verbündeten Diensten des Warschauer Pakts (außer Rumänien) sowie denen Vietnams und der Mongolei beliefert, zu 80 Prozent jedoch von der DDR-Stasi. Wenn z. B. ca. 90 Prozent der westdeutschen Besucher in der DDR von MfS und Polizei der DDR detailliert erfaßt wurden – mit Namen, Adresse, Arbeitsplatz, Angaben, ob sie Zugang zu Verschlusssachen (VS)-Material hatten usw. –, so gingen wiederum 90 Prozent dieser Materialien automatisch nach Moskau weiter<sup>7</sup>.

In der DDR arbeiteten nach deutscher Schätzung ca. 400 KGB-Offiziere. Der Überläufer Aleksej Mjagkow aus der 3. Hauptverwaltung des KGB (militärische Spionageabwehr) berichtete sogar von über 1 500 KGB-Offizieren, die sich zum großen

---

1 Ein knapper Überblick findet sich in Astrid von Borcke, *Unsichtbare Weltmacht KGB. Steht sie hinter Gorbatschows Perestroika?*, Neuhausen-Stuttgart 1989. Wesentliche Werke über die sowjetische Staatssicherheit sind: John Barron, *KGB. Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West*, München-Zürich 1984; ders., *KGB heute. Moskaus Spionagezentrale von innen*, Bern-München 1984; Peter Deriabin/Frank Gibney, *The Secret World*, London 1959; ders./Tennent H. Bagley, *KGB: Masters of the Soviet Union*, New York 1990; Jeffrey Richelson, *Sword and Shield. The Soviet Intelligence and Security Apparatus*, Cambridge, Mass. 1986.

2 Eine nützliche Sammlung über die allzu wenig behandelten osteuropäischen Dienste ist Jonathan R. Adelman, *Terror and Communist Politics: The Role of the Secret Police in Communist States*, Boulder, Col. 1984.

3 Vgl. Hidalgo Castro, *Spy for Fidel*, Miami 1971; Humberto Belli, *Breaking Faith. The Sandinista Revolution and Its Impact on Freedom and Christian Faith in Nicaragua*, Winchester, Ill. 1985.

4 Diese Ausführungen stützen sich u. a. auf wertvolle Information von Karl Wilhelm Fricke; vgl. ders., *Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder*, Köln 1989.

5 Vgl. *Der Spiegel* vom 13. 1. 1992, S. 27 und vom 9. 9. 1991, S. 34; *International Herald Tribune* vom 3. 1. 1992.

6 Vgl. Werner Stiller, *Im Zentrum der Spionage. Mit einem Nachwort von Karl Wilhelm Fricke*, Mainz 1986.

7 Vgl. Aleksej Myagkov, *Inside the KGB. An Exposé by an Officer of the Third Section*, Richmond-Surrey 1977, S. 27.

Teil der Spionage gegen die Bundesrepublik widmeten<sup>8</sup>. Obgleich der KGB das MfS 1989 fallenließ, heißt es, Markus Wolf, der Chef der alten HVA (Hauptverwaltung Aufklärung), habe bei seinen vier Besuchen in Moskau in der Zeit von 1989 bis 1990 die besten Agenten und Unterlagen dem KGB übergeben. Er hat das dementiert, und Leonid Schebarschin, der Ex-Auslandschef des KGB, bestätigte seine Behauptung in einem Spiegel-Interview<sup>9</sup>. Aber das scheint wenig plausibel. Der Ex-Insider Oleg Kalugin meinte, der KGB wäre schlecht beraten gewesen, wenn er die Übernahme nicht vollzogen hätte.

Unsere Dienste kamen jetzt anhand des (unentschlüsselten) Funkverkehrs aus den Kasernen der Westgruppe der (ex)sowjetischen Streitkräfte in den ostdeutschen Bundesländern an Empfänger im deutschsprachigen Raum zu dem Schluß, daß die Agententätigkeit weitergeht. Auch die schwedische Sicherheitspolizei bemerkte nichts von der vom Interims-KGB-Chef Wadim Bakatin (Ende August bis Dezember 1991) versprochenen Reduktion der Auslandsagenten um mindestens die Hälfte<sup>10</sup>.

---

### III. Die Macht des alten KGB

---

Der KGB galt als der größte, mächtigste und aggressivste Sicherheitsdienst der Geschichte. Er beschäftigte insgesamt etwa eine halbe Million Personen (Bakatin bestätigte diese Schätzung des Rockefeller-Reports aus den siebziger Jahren<sup>11</sup>), darunter – und das war beispiellos unter modernen Diensten – eine Reihe verschiedener Truppengattungen: nämlich ca. 220 000 Mann Grenztruppen, etwa die gleiche Zahl Nachrichten-Truppen (ca. ein Viertel des KGB-Budgets entfiel auf die sogenannte Regierungskommunikation, die vom KGB besorgten vertraulichen Kommunikationen des Regimes, eingeschlossen die der obersten Militärführung<sup>12</sup>) sowie die Elite-Specnaz-Einheiten, d. h. Sabotage- und Diversionskommandos „zur besonderen Verwendung“<sup>13</sup>, und schließlich auch die Wachmannschaften der Atomraketen. Das offi-

8 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 11. 1989; A. Myagkov (Anm. 7), S. 26.

9 Vgl. Friedrich-Wilhelm Schломann, Die östliche Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien, 42 (1991) 320, S. 600; Leonid Schebarschin-Interview, in: Der Spiegel vom 16. 3. 1992, S. 128f.

10 Vgl. Salzburger Nachrichten vom 13. 2. 1992; Izvestija vom 17. 2. 1992.

11 Bakatin erklärte, daß ihm als Chef des neuen MSB von einer halben Million Personen, die früher für den KGB gearbeitet hätten, voraussichtlich nur noch 39 000 verbleiben würden, vgl. TASS vom 10. 11. 1991.

12 Vgl. Wadim Bakatin, in: Komsomol'skaja pravda vom 23. 10. 1991.

13 Näheres über Specnaz in: A. v. Borcke (Anm. 1), S. 109.

zielle KGB-Budget betrug zuletzt 6,45 Milliarden Rubel und 50 Millionen Valuta-Rubel<sup>14</sup>. Die vollen Kosten des Sicherheitsapparats wurden im Westen Mitte der achtziger Jahre auf den Gegenwert von ca. 20 Milliarden US-Dollar geschätzt<sup>15</sup>.

Nach den Erfahrungen mit Stalins Terror der dreißiger Jahre war der im Anschluß an den Sturz von Geheimdienstchef Lawrentij Berija (Juni 1953) „gesäuberte“ und reformierte Sicherheitsapparat von Nikita S. Chruschtschow in der Innenpolitik betont zurückgesetzt worden. Allerdings spielte der KGB weiterhin auch in diesem Bereich eine größere Rolle, als westliche Beobachter allgemein wahrhaben wollten<sup>16</sup>. Zugleich wurden seine Auslands„missionen“ seit Mitte der fünfziger Jahre, im Zuge der „Globalisierung“ der sowjetischen Außenpolitik, systematisch aktiviert. In der Ära Breschnew gewann der KGB in enger Symbiose mit dem Parteiapparat seine führende Stellung im Regime zurück. Dieser Trend gipfelte im bis dahin „Udenkbaren“: der Wahl von KGB-Chef Jurij Andropow zum neuen Generalsekretär 1982.

---

### IV. Gorbatschow und der KGB

---

Michail S. Gorbatschow, der „Kronprinz“ Andropows, begann seinen Aufstieg zur höchsten Macht mit einer KGB-Verbindung, und der KGB war der Machtapparat, der als einziger von Gorbatschow lange von Radikalreformen verschont blieb. KGB-Einflüsse zeichneten sich auch in den Anfängen seiner Perestrojka ab.

Die Reformpolitik dürfte vor allem in den Reihen der Ersten Hauptverwaltung (Ausland), die allerdings vom KGB-Inlandsapparat sowohl geographisch als auch administrativ getrennt war, Unterstützung gefunden haben. Diese Kreise sahen genauso klar wie die Außenpolitiker den drohenden Niedergang der „Großmacht Sowjetunion“, vor dem Gorbatschow Ende 1984 so eindringlich warnte. In der Tat soll der Perestrojka ein „Hearing“ im KGB vorausgegangen sein, das zu dem Schluß gelangte, die Nation sei in der Krise<sup>17</sup>.

Insofern aber die nötigen Reformen eine liberalisierende, die „Freiheit von“ betonende Stoßrichtung haben mußten, war der für die innere Ruhe und

14 Vgl. Argumenty i fakty vom 20. 10. 1991.

15 Vgl. Walter Laqueur, A World of Secrets. The Uses and Limits of Intelligence, New York 1985, S. 247.

16 Vgl. Jeremy R. Azrael, The KGB in Soviet Politics. RAND/UCLA, Center for the Study of Soviet Behavior, February 1989.

17 Vgl. F. Comte in: Nouvel observateur, 22.–28. 8. 1991, S. 48.

Stabilität verantwortliche, konservative Inlandsapparat des KGB von vornherein – wie der Parteiapparat – skeptisch bis ablehnend.

Ab 1987 begannen die Spannungen zwischen Gorbatschow und der KGB-Führung unverkennbar zu werden. KGB-Chef Wiktor Tschebrikow, Andropows Nachfolger im Amt, war vor allem um die Zukunft der Partei besorgt. Gorbatschow entledigte sich seiner, indem er ihn auf den Posten eines ZK-Sekretärs für Rechtsfragen wegloste.

Im Oktober 1988 wurde der bisherige Auslandschef Wladimir Krjutschkow neuer KGB-Chef: eine ungewöhnliche Personalentscheidung. Krjutschkow war enger Mitarbeiter Andropows gewesen und seit 1974 Leiter der Ersten Hauptverwaltung des KGB. Gorbatschow berichtete nach dem Putsch, er habe ihn gewählt, da er in ihm einen gebildeten Mann gesehen hatte, der offenbar nicht in blutige Angelegenheiten verwickelt gewesen war.

Der Überläufer Oleg Gordiewskyy dagegen nannte Krjutschkow abfällig einen „Tartaren“. Er besäße zwar Energie, Entschlossenheit, Selbstvertrauen, verbunden mit administrativem Geschick und politischem Instinkt und sei als exzellenter Kenner der ZK-Politik ein Meister der politischen Intrige gewesen, aber doch ohne größere Welterfahrung<sup>18</sup>.

Krjutschkow hatte sich als neuer KGB-Chef zunächst betont aufgeklärt gegeben. Er profilierte sich umgehend mit einer scharfen Kritik an der Außenpolitik der Ära Breschnew, die simplifizierend gewesen sei. Statt dessen forderte er einen „unvoreingenommenen Blick auf die Weltentwicklung“. Er gab sowjetische Fehler zu, wie etwa das anfängliche Verkennen des Potentials der Friedensbewegung und der Grünen. Auch seien Kontakte zu ausländischen Staatsmännern zu wenig gepflegt worden. „Es ist natürlich leichter und einfacher, sich Feinde zu machen, als Partner zu gewinnen.“<sup>19</sup> Mit dieser Rede unterstützte er die Forderung des neuen Außenministers Eduard Schewardnadse nach einer Reform des Außenministeriums.

Die erste Reihe wirklich großer Umbesetzungen im KGB seit über einem Jahrzehnt fand Anfang 1991 statt. Ihr fiel unter anderen der ominöse Filip Bobkow zum Opfer, ein prominenter Altstalinist und die „graue Eminenz“ des KGB-Apparats. Das schien auf einen neuen Geist auch im KGB hinzuweisen<sup>20</sup>.

18 Vgl. Christopher Andrew/Oleg Gordiewsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 691f.

19 Meždunarodnaja žizn', Nr. 10, 1988, S. 34f.

20 Vgl. A. v. Borcke, Der KGB und die Krise der Perestrojka, in: Sowjetunion 1990/91. Krise – Zerfall – Neuorientierung, München–Wien 1991, S. 72f.

Doch spätestens seit dem Herbst 1990 waren die Spannungen zwischen Reformern und Konservativen bedrohlich gewachsen. Das zeigte Gorbatschows „Umfallen“ in der Schlüsselfrage der Wirtschaftsreformen („500-Tage“-Programm). Der Taktierer Krjutschkow schloß sich den Konservativen an. Im Dezember warnte er Gorbatschow „als Freund“, eine Mitte-Links-Regierung würde keine hundert Tage im Amt bleiben<sup>21</sup>. Im Januar 1991 spielte der KGB eine Schlüsselrolle bei den Geschehnissen in Litauen – im Grunde bereits die Generalprobe für die von den Konservativen geforderte Verhängung des Ausnahmezustands im ganzen Lande<sup>22</sup>.

---

## V. Zunehmende Kritik am KGB

---

Inzwischen war der KGB selbst zunehmend unter Beschuß geraten. Ein Wendepunkt war die Berchin-Affäre von 1987 gewesen, nämlich der Tod eines kritischen Journalisten in der Ukraine, der sich mit seinen Nachforschungen den Mißmut lokaler Potentaten zugezogen hatte, wegen „Hooliganismus“ verhaftet worden war und den KGB-Verhörmethoden erlag. Daraufhin mußte Tschebrikow Anfang 1988 auf der ersten Seite der Prawda in aufsehenerregender Weise Selbstkritik üben<sup>23</sup>.

Nun aber nahmen die Kritiken am KGB zu. So machte sich seit 1988 Wladimir Rubanow, Sektorleiter im Wissenschaftlichen Forschungsinstitut des KGB, für einen Abbau der übermäßigen Geheimhaltung stark: Diese sei Ausdruck der „Tatsache, daß die Macht über dem Gesetz steht“<sup>24</sup>. Er verlor seine Stellung im KGB und fand Zuflucht im Innenministerium (MWD) Wadim Bakatins.

Im Sommer 1989 erklärte der prominente Jurij P. Wlasow, Weltchampion im Schwergewichtheben, in einem dramatischen Auftritt vor dem Kongreß der Volksdeputierten, der KGB sei kein Dienst, sondern ein echtes „Untergrundimperium“<sup>25</sup>.

Im Sommer 1990 wurde Oleg Kalugin durch seine öffentliche Kritik am KGB weltberühmt. Kalugin war der ehemalige Chef der Spionageabwehr in der Ersten Hauptverwaltung (Ausland). Er hatte in den sechziger Jahren nach einjährigem Studium an der Columbia University 1959 (zusammen mit Alexander Jakowlew) unter journalistischem Deckmantel

21 Vgl. Der Spiegel vom 18. 3. 1991, S. 169.

22 Vgl. Jurij Šekočichin, in: Literaturnaja gazeta vom 10. 7. 1991.

23 Vgl. Pravda vom 8. 1. 1988; A. v. Borcke (Anm. 1), S. 200f.

24 Vgl. Wladimir Rubanow, in: Socialističeskaja zakonost', Nr. 8, 1988. – RFE/RLD (Radio Free Europ Daily/Radio Liberty Daily), 6. 9. 1988.

25 International Herald Tribune vom 24./25. 8. 1991.

in den USA gearbeitet. Schon 1989 hatte er „vernünftige Suffizienz“ auch in Sachen Geheimdienste gefordert<sup>26</sup>.

In einem Interview nannte er im Sommer 1990 „das Gerede vom neuen Gesicht“ des KGB Blendwerk. „Der KGB änderte vorläufig seine Grundsätze nicht.“ Seine stalinistischen Strukturen und seine Macht seien so gut wie unangetastet geblieben. Er habe alle staatlichen Institutionen infiltriert und beschatte weiterhin die Gegner des orthodoxen Flügels der Partei. Zwar fehle es auch im KGB nicht an Befürwortern von Reformen, doch die große Mehrheit verfolge die Bemühungen um Glasnost (Öffentlichkeit) und Perestrojka mit tiefstem Mißtrauen. Kalugin forderte, den KGB zu entpolitisieren und sein Personal auf die Hälfte(!) zu reduzieren<sup>27</sup>. Am 3. August 1990 wurde Kalugin degradiert; er verlor seinen Generalsrang, alle Auszeichnungen und die Pensionsansprüche.

Boris Jelzin, der im Juni 1991 zum russischen Präsidenten gewählt wurde, hatte sich seit längerem für die „Entparteilichung“ der Sicherheitsorgane und Streitkräfte stark gemacht und schließlich am 20. Juli 1991 die Parteiorganisation in den staatlichen Institutionen Rußlands verboten. Damit löste er einen vehementen Protest der großen Parteiorganisation des KGB aus.

Diese hatte sich trotz der vermeintlichen „Verstaatlichung“ des KGB im Frühjahr 1991 dank Einbeziehung der Parteiorganisationen der KGB-Truppen von 50 000 auf 103 000 Mitglieder verdoppelt und so den Status einer unionsrepublikanischen Organisation erworben. Sie bestimmte seit dem Frühjahr-Sommer 1991 untergründig in entscheidendem Maße die KGB-Politik<sup>28</sup>, also genau seit der Zeit, als die Partei offiziell gar keine Weisungsbefugnisse gegenüber dem KGB mehr hatte.

---

## VI. Der Weg in den Putsch

---

Im Frühjahr 1991 gab es im Zusammenhang mit der Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten weitere Militärmanöver, die auf mögliche Putschabsichten hindeuteten. Im Sommer hielten dann die drei Sicherheitschefs – KGB-Chef Krjutschkow, Verteidigungsminister Dimitrij Jasow und Innenminister Boris Pugo, der Ex-KGB-Chef von Lettland – Brandreden in einer geschlossenen Sitzung

---

26 Oleg Kalugin, *Razvedka i vnešnjaja politika*, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 5, 1989.

27 Vgl. Radio Moskau vom 20. 6. 1990; *International Herald Tribune* vom 24./25. 8. 1991; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. 8. 1991.

28 Vgl. Boris Smirnow, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 26. 11. 1991.

des Obersten Sowjets. Wieder wurde betont, die Union sei in Gefahr und nur der Ausnahmezustand ein Ausweg.

Krjutschkow erklärte nun – ganz in stalinistischem Geiste – die Perestrojka für das Werk von eingeschleusten CIA-Agenten. Präsident Gorbatschow wurde tatsächlich vorgeworfen, seine Politik deckte sich genau mit den Zielen der CIA<sup>29</sup>. Gorbatschow und besonders seine Mitstreiter Alexander Jakowlew, der geistige Vater des „neuen Denkens“, sowie Außenminister Schewardnadse waren konservativen KGB-Kreisen verhaßt, die, indem sie diese Männer als CIA-Agenten brandmarkten, faktisch nach Schauprozessen riefen. Doch Gorbatschow nahm das alles scheinbar nicht ernst, zeigte sich kurz darauf mit den drei Sicherheitschefs in der Öffentlichkeit und erklärte: „Der Putsch ist vorüber.“

Der Putschversuch vom August 1991 – der genau einen Tag vor Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags begann – kam dann doch überraschend. Bezeichnenderweise waren alle Führer des sogenannten GKTschP, des Staatskomitees für den Ausnahmezustand, Mitglieder des Sicherheitsrats. Die KGB-Führung um Krjutschkow spielte eine Schlüsselrolle, wie die folgenden Verhaftungen und die eher zögerlich bekanntgegebenen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bestätigten: Das ganze Kollegium des KGB – eine Art Rat der führenden Männer des Apparats – trat zurück bzw. wurde abgesetzt. Bis Jahresende waren laut Alexander Ruzkoj, Jelzins Vize, 56 hohe KGB-Funktionäre entlassen oder verhaftet worden<sup>30</sup>.

Gorbatschow hatte nach dem Putsch in Sachen KGB zunächst offenbar immer noch eher an „business as usual“ gedacht, wie seine Ernennung des bisherigen Auslandschefs des KGB, Leonid Schebarschin, zum neuen amtsführenden KGB-Chef andeutete. Der Orientalist Schebarschin genoß zwar unter seinen Kollegen hohes professionelles Ansehen, aber seine Ernennung hätte doch auf weitgehende bürokratische Kontinuität gedeutet. Diese Kontinuität aber, so fanden Jelzin und die Demokraten, galt es nun, im Interesse der Reformen unbedingt zu brechen. Gorbatschow lenkte ein.

---

## VII. Reformen der Staatssicherheit

---

Jelzin setzte die Ernennung von Wadim Bakatin am 23. August 1991 zum neuen KGB-Chef durch. Bakatin hatte sich an der Spitze des MWD bis Dezem-

---

29 Vgl. *Sovetskaja Rossija* vom 27. 6. 1991; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. 6. 1991.

30 Vgl. Mark Galeotti, in: *Jane's Defense Review*, Dezember 1991, S. 530.

ber 1990, als die aufgebrachten Konservativen ihn zu Fall brachten, als souveräner Manager und liberal denkender Reformler gezeigt, der die Legalität betonte und von der Grundeinsicht ausging: Mit Gewalt sei die Union nicht zu retten. Bakatin begann nun mit Radikalreformen im KGB, die dem totalitären Tscheka-Erbe ein für allemal ein Ende bereiten sollten.

Bakatin war bestrebt, zunächst einmal das Quasimonopol des KGB in Sachen Sicherheit zu brechen und dieses Riesenkonglomerat von Organisationen zu „entflechten“. Der Grenzschutz wurde zunächst dem Verteidigungsministerium unterstellt und dann zu einer eigenständigen Streitmacht unter einem Komitee für den Grenzschutz der UdSSR (Komitet po ochrane granic SSSR) gemacht. Die Regierungskommunikation – die KGB-Kontrolle hierüber hatte Gorbatschow in Foros isoliert – wurde dem Präsidenten direkt unterstellt.

Vom Inlands-KGB verblieb der MSB, der Interrepublikanische Sicherheitsdienst (Meschrespublikanskaja sluschba besopasnosti) mit nur noch knapp 40 000 Mann. Die „repressiven“ Funktionen des KGB – Bespitzelung, Telefonabhören, Korrespondenzkontrolle – sollten beendet werden, es sei denn in Fällen von Hochverrat und begründetem Verdacht auf Schwerverbrechen, und dann wäre die Zustimmung und Aufsicht der Staatsanwaltschaft nötig.

Der Auslandsdienst wurde vom Inlandssicherheitsdienst abgetrennt und erhielt den neuen Namen CSR (Centralnaja sluschba raswedki, Zentraler Nachrichtendienst). Sein Chef wurde am 30. September 1991 der Wissenschaftler und Gorbatschow-Berater Akademiemitglied Ewgenij Primakow, ein Orientalist und Vorkämpfer des neuen Denkens, aber zugleich ein Mann mit einer deutlichen konservativen Verbindung, der zu Schewardnadses dramatischem Rücktritt vom Amt des Außenministers im Dezember 1990 beigetragen hatte. Er war dann selbst als möglicher neuer Außenminister im Gespräch, hatte sich aber mit seiner Konzilianz Saddam Hussein gegenüber Washingtons Unmut zugezogen.

– weitgehend die Festschreibung des bürokratischen „Besitzstands“ des Sicherheitsapparats – sei als verfassungswidrig außer Kraft zu setzen und der KGB selbst als Nachfolgeorganisation von NKWD und Tscheka zu liquidieren.

Das war eine Sensation. Denn die Kommission und sogar Bakatin waren zunächst davon ausgegangen, daß es nur um Reformen des KGB ging, der Sicherheitsapparat als solcher aber zu erhalten sei. Anfang Oktober 1991 bestätigte der Staatsrat die Entscheidung. Rechtsnachfolger wurde bald darauf der neue russische Dienst.

Jelzin hatte bis zum Mai 1991 die Gründung eines besonderen russischen KGB durchgesetzt. Bislang hatte die RSFSR ja dem Zentrum direkt unterstanden. Hieraus entstand am 25. November 1991 der AFB (Agentura federal'noj besopasnosti, Agentur für Förderale Sicherheit), der sich dann zum Rechtsnachfolger des KGB erklärte. Es war ein großer Schritt: Hatte dieser Dienst doch bis Sommer 1991 aufgrund der Opposition des KGB-Zentrums ganze 20 Mann Personal gehabt. Im Herbst aber übernahm er ca. 20 000 – ein Drittel – der Offiziere des alten KGB-Zentralapparats.

Im Dezember führte das Ende der Union auch zum Ende der Bakatinschen Reformen, die von der Weiterexistenz einer Form von Staatenverband ausgegangen waren und Dienstleistungsinstitutionen für alle hieran beteiligten Ex-Republiken schaffen sollten. Zurück blieben damit die einzelnen Dienste der 15 Ex-Unionsrepubliken.

Im Dezember 1991 sorgte Jelzin für einen Entrüstungsturm, als er nach einem wenig transparenten Entscheidungsprozeß am 19. Dezember einen Ukas zur Fusion von AFB, MSB und des russischen und Unions-MWD in einem neuen MBWD (Im Ministerstwo besopasnosti i wnutrennich del, Ministerium für Sicherheit und Inneres) unterzeichnete. Für ein solches Supersicherheitsministerium war MWD-Minister Wiktor Barannikow eingetreten, offenbar im Hinblick auf eine mögliche Destabilisierung des Landes infolge der bevorstehenden Liberalisierung der Preise ab dem 1. Januar 1992. Die Demokraten fühlten sich an die Tage Genrich Jagodas und Lawrentij Berijas erinnert. Die „Tschekisten“ (Geheimdienstler) waren empört, daß sie mit den von ihnen so verachteten (und ungleich schlechter ausgestatteten) MWD-Funktionären unter einem Dach zusammenarbeiten sollten. Fachleute warnten schließlich, daß es sich um zwei ganz heterogene Dienste handele.

Der resolute Einspruch des Parlaments und des Verfassungsgerichts brachten das Projekt zu Fall. Das neue Verfassungsgericht begründete sein Urteil vom 14. Januar 1992 damit, daß dies eine Verletzung der Gewaltenteilung sei. Nach anfänglichen bürokratischen Widerständen beugte sich

---

## VIII. Das Ende des KGB und der russische Nachfolgedienst

---

Der nach dem Putsch eingesetzte Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe der August-Ereignisse aufzuklären und zugleich bis zum 26. Oktober Vorschläge zur Reform der Staatssicherheit zu erarbeiten hatte, kam bis zum 25. September zu dem überraschenden Schluß: Das mit soviel Fanfaren verabschiedete KGB-Gesetz vom 6. Mai 1991

Jelzin dem Urteil. Statt dessen wurde ein neuer russischer Dienst, MBRF (Ministerstwo besopasnosti Rossijskoj Federacii, Ministerium für [Staats-] Sicherheit der russischen Föderation) gegründet, dessen Chef am 24. Januar 1992 Barannikow wurde. Inzwischen war per Dekret des russischen Präsidenten vom 24. Dezember 1991 auch Primakows Zentraler Nachrichtendienst in den russischen Dienst eingegliedert worden. Er heißt seitdem Dienst für Auslandsaufklärung (Sluschba wneschnej raswedki).

---

## IX. Ungewißheiten und Ausblick

---

Wie dieser kurze Überblick über die zahlreichen Reorganisationen zeigt, ist die Situation noch im Fluß. Allein die „Schwester“-organisation und Konkurrenz des KGB, der GRU, die Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs, die u. a. für die elektronische Aufklärung zuständig ist, ist unter ihrem militärischem Oberbefehl ziemlich intakt geblieben<sup>31</sup>.

Der neue russische Nachrichtendienst hat in erheblichem Maße die Strukturen und Funktionäre – schließlich 80 000 – des alten KGB übernommen, was nicht ohne Risiken ist. Einerseits möchte man auf Professionalismus bauen, zumal diese Männer, setzte man sie auf die Straße, auch zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft werden können; andererseits aber übernimmt man so womöglich zuviel vom Geist des früheren KGB.

Es wurde bereits gemeldet, inzwischen würden die Demokraten aus dem russischen Dienst entfernt. Als neuer Sicherheitschef unternahm Barannikow im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen dann eine radikale Personalkürzung des MBRF auf ein Zwölftel des bisherigen, im Vergleich zum alten KGB bereits reduzierten Apparats.

Präsident Jelzin stattete am 26. Dezember 1991 der Führung des neuen Auslandsnachrichtendienstes einen Besuch ab, womit er die anhaltende Bedeutung der Institution – „im Interesse Rußlands und der Stabilisierung der internationalen Lage“<sup>32</sup> – symbolträchtig herausstellte. Inzwischen meldeten westliche Dienste, daß die ex-sowjetische Auslandsaufklärung aktiv sei wie eh und je, was aber russi-

scherseits wiederholt und betont dementiert wurde<sup>33</sup>.

Es war symptomatisch, daß seit Dezember 1991 konservative Elemente versuchten, den Reformen Bakatin zur Strecke zu bringen. Seine Übergabe der in den Beton des amerikanischen Botschaftsgebäudes in Moskau eingelassenen Abhöranlagen nebst den Plänen an den amerikanischen Botschafter – eine politische Geste Gorbatschows und Jelzins, zumal die Amerikaner Placierung und Technologie dieser Geräte längst kannten – löste Forderungen nach einem Hochverratsverfahren aus.

Zu den neuen russischen Diensten kommen neue Dienste auch der ehemaligen Republiken, die ihre KGBs gleich nach ihrer Souveränitätserklärung mehr oder minder pauschal übernahmen. Radikale Reformen und Personalkürzungen gab es zunächst nur im Baltikum. Die Ukraine, Moldau, Aserbaidschan und Usbekistan haben bereits eigene Auslandsnachrichtendienste eingerichtet.

Der neue ukrainische Dienst für Nationale Sicherheit (SNB) übernahm beispielsweise praktisch den alten republikanischen KGB-Apparat, bis dahin der zweitmächtigste der Sowjetunion: Er beschäftigte im Herbst 1991 angeblich 10 000 Offiziere. Die Spannungen mit Rußland dürften dafür sorgen, daß dieser Dienst auch künftig Arbeit hat.

Die Vision des Endes aller Geheimdienste, wie sie nach dem Putsch mancherorts im Westen aufkam, scheint also verfrüht. Doch sofern die Demokratisierung Rußlands gelingt, wird sein Dienst zumindest „zivilisierter“ vorgehen und auf alte Dogmen und Methoden heimlicher Kriegführung verzichten. Jedenfalls strebt man nach neuer Respektabilität. So gibt es bereits seit Gorbatschow Ansätze zur Kooperation mit westlichen Diensten gegen Terrorismus, Drogenhandel und organisierte Kriminalität.

Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob Rußland der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft gelingt. Denn sollte ein autoritäres Regime die Macht übernehmen, so würde der Sicherheitsdienst wieder aggressiver agieren, wenn auch schwerlich im Dienste einer neuen Form von „Weltrevolution“. Können aber die Reformen einigermaßen erfolgreich durchgeführt werden, dann bleiben am Ende wohl nur ein mehr oder minder „klassischer“ Nachrichtendienst und eine Art Verfassungsschutz im Innern. In der Tat haben russische Reformen in den Diensten der Bundesrepublik – neben denen der USA – ihr Vorbild gesehen.

---

31 Vgl. Salzburger Nachrichten vom 13. 2. 1992.

32 Vgl. Radio Liberty, USSR Today vom 26. 12. 1991, 1202.

33 Vgl. Izvestija vom 17. 2. 1992.

## **Karl Wilhelm Fricke: „Schild und Schwert der Partei“. Das Ministerium für Staatssicherheit – Herrschaftsinstrument der SED**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/92, S. 3–10

Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR waren durch Gesetz nicht definiert. Lediglich ein vom Nationalen Verteidigungsrat erlassenes Statut des MfS und eine Vielzahl von Richtlinien, Dienstanweisungen und Befehlen, die streng geheimgehalten wurden, bestimmten die Strukturen und Funktionen des Überwachungs- und Unterdrückungsapparates. Die SED nutzte das MfS als ihr wichtigstes Herrschaftsinstrument, als „Schild und Schwert der Partei“, nach dem Selbstverständnis der DDR-Tschekisten dazu gedacht, „die strategische Linie der Partei offensiv durchzusetzen“.

In den knapp vier Jahrzehnten seiner Existenz wurden dem MfS von der SED mehr und mehr Aufgaben und Zuständigkeiten zugewiesen. Daraus erklärt sich die Hypertrophierung seines Personalbestandes. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter stieg von 1 000 im Jahre 1950 auf 17 500 im Jahre 1957, das heißt, schon unter dem Regime Walter Ulbrichts setzte der Trend zur Überdimensionierung ein. Unter Erich Honecker nahm diese Entwicklung groteske Ausmaße an; die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter im MfS wuchs von 52 700 im Jahre 1973 auf ca. 85 500 im Jahre 1989. Angesichts dieser Größenordnungen sind Schätzungen der Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter zwischen mindestens 180 000 und einer halben Million realistisch.

Die besondere Gefährlichkeit des MfS lag in der Bündelung seiner parlamentarisch unkontrollierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan in politischen Strafsachen und als geheimer Nachrichtendienst in der Gewalt einer totalitär verfaßten Partei.

## **Ehrhart Neubert: Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/92, S. 11–22

Die Aufarbeitung der MfS-Verstrickungen in den Kirchen steht mit der Rollenfindung der Kirchen im neuen deutschen Gesamtstaat im Zusammenhang und hat eine gesellschaftliche Bedeutung, weil ein rationaler Umgang mit dem Stasiphänomen noch nicht zu erkennen ist.

Der Einfluß des MfS auf die Kirchen und die kirchenpolitische Willensbildung war begrenzt, da die protestantischen Kirchen ein pluralistisches Institutionengeflecht darstellen, das in sich eine Fülle von Öffentlichkeitsebenen enthält. Die innerkirchlichen Teilöffentlichkeiten garantierten ein hohes Maß an selbständigem Handeln, was eine partielle Interessengleichheit von Staat und Kirche in formaler Hinsicht nicht ausschloß. Von sozialetischer Relevanz ist aber die Tatsache, daß es dem MfS gelungen war, eine größere Anzahl von kirchlichen Mitarbeitern als IM zu gewinnen und, an sich zu binden. Diese Bindung erklärt sich aus der Verinnerlichung der Repression. Unter diesen Bedingungen bedeutete eine Stasimitarbeit als Teilhabe an Macht eine Entlastung um den Preis einer Selbstunterdrückung. Betroffene rechtfertigen die Stasimitarbeit mit moralischen Motiven. Die Schuldfrage muß darum an der Konspiration erörtert werden, die nachhaltig die Zerstörung sozialer Beziehungen bewirkte. Die Überprüfung und auferlegte Aufklärung von Stasibeziehungen ermöglicht Resozialisierung und ist Teil einer ethischen Aufarbeitung, die zur Stärkung individueller Selbstbestimmung und sozialer Verantwortung beiträgt.

Die rechtliche Aufarbeitung von Stasiverstrickungen kann auf der Grundlage kirchlichen Verfassungsrechtes und Disziplinarrechtes erfolgen. In den ostdeutschen Landeskirchen werden bisher nur zögernd diese Mittel eingesetzt. Schwierigkeiten ergeben sich u. a. aus einer primär theologisch geleiteten Wahrnehmung der Kirche, die deren soziale und rechtliche Realität nur ungenügend zur Kenntnis nimmt.

In der theologischen Diskussion über die Stasiverstrickungen wird nach den „Einfallstoren“ der Stasi gefragt, die – wie etwa die simplifizierte neulutherische Zweireichelehre – die Schwelle zur Kontaktaufnahme zum MfS niedrig gehalten haben. Von gesellschaftlicher Bedeutung sind die praktischen Versuche in den Kirchen, Versöhnung auf der Grundlage des Rechtes in integrativen Modellen sozial zu gestalten.

## **Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD 1946–1981**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/92, S. 23–32

Die SPD gründete als Reaktion auf den Prozeß der Zwangsvereinigung 1946 ein Ostbüro. Zunächst arbeitete es als Flüchtlingsbetreuungsstelle. Später ging es vor allem darum, den Anspruch der SPD aufrechtzuerhalten, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Informationen über die Lage in der SBZ wurden gesammelt und der westlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht; in der SBZ verteilte das Ostbüro über seine Vertrauensleute vor Ort massenhaft Flugschriften.

Sehr schnell zog sich die SPD damit den Haß der ostdeutschen Machthaber zu. Ab 1948 erfolgten Massenverhaftungen unter den Sozialdemokraten in der SBZ, die Kontakte zur SPD der Westzonen hatten. Trotzdem reorganisierte sich die nunmehr stark konspirative illegale Parteiarbeit sehr schnell. Erst mit dem Machtzuwachs von Herbert Wehner im SPD-Vorstand ab 1958 wurde die Arbeit des Ostbüros Stück für Stück reduziert. Der langjährige Leiter Stephan Thomas verließ 1966 das Ostbüro; mit dem Ausscheiden seines Nachfolgers Helmut Bärwald 1971 wurde die Arbeit als nicht mehr in die Zeit passend weitgehend eingestellt.

## **Astrid von Borcke: Vom KGB zum MBRF: Das Ende des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit und der neue russische Sicherheitsdienst**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/92, S. 33–38

Das Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 besiegelte auch das Ende des alten KGB, des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit; hatte doch die Staatssicherheit unter ihren verschiedenen Namen die gesamte Geschichte der Sowjetunion entscheidend geprägt.

Der Sicherheitsapparat, zunächst von Michail Gorbatschow im Zuge seiner Perestrojka auffallend geschont, war zunehmend unter Beschuß geraten. Indem dann aber konservative Elemente, unter denen der KGB eine Schlüsselrolle spielte, im August 1991 einen Putschversuch unternahmen, wurden sie zum Katalysator des Zusammenbruchs eben jenes alten Systems, das sie hatten retten wollen.

Nach dem Putsch unternahm der neue KGB-Chef Wadim Bakatin eine Vielzahl von Reformen, die darauf abzielten, das totalitäre Tscheka-Erbe zu liquidieren. Als neuer Sicherheitsdienst und zugleich Hauptrechtsnachfolger des KGB ist Anfang dieses Jahres der MBRF – das Ministerium für Sicherheit der Russischen Föderation – aus einer Reihe von Reorganisationen hervorgegangen.